

ANTRAGSBUCH ZUR LDK 1.24

06. - 07. April 2024 im IG-Metall-Haus



Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	3
Anträge.....	6
Antragsbereich A: Arbeitsprogramm	7
A1_1/24 Landesarbeitsprogramm der Jusos Berlin 2024 - 2026	7
Antragsbereich D: Digitales und Netzpolitik	29
D1_1/24 Ein echtes Gesetz zur Bekämpfung digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt	29
D2_1/24 Hände weg von meinen Chats! - Gegen Chatkontrolle und Überwachung im Internet	32
Antragsbereich F: Feminismus und Gleichstellung	36
F1_1/24 Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt besser schützen!	36
F2_1/24 #MeToo unless you are a Jew? - Für eine feministische Solidarität mit Israel	38
Antragsbereich G: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit	41
G1_1/24 Armut beenden!	41
G2_1/24 Gegen studentische Armut - für soziale Gerechtigkeit!	50
G3_1/24 Zu wenig Zeit für zu viel Stress - warum wir eine feministische Zeitpolitik brauchen	52
G4_1/24 Die Besten für Berlin: Gesundheitsbeschränkungen bei der Verbeamtung von Lehrkräften abschaffen.....	54
G5_1/24 Für eine gerechte Zukunft: Stoppt die Horror-Briefe vom Jobcenter zum 18. Geburtstag!	55
G6_1/24 Sanktionsfreies Bürgergeld	57
G7_1/24 Azubis finanziell Entlasten.....	58
G8_1/24 Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht für alle Personen während der Dauer der Erstausbildung	59
Antragsbereich I: Internationales, Europapolitik und Migration	60
I1_1/24 Europawahlen 2024 - Unsere Stimme, Unsere Zukunft, Unser Europa!.....	60
I2_1/24 Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen	65
I3_1/24 Guten Morgen, Mayistero!	67
I4_1/24 Stoppt die Angriffe der türkischen Armee! - Solidarität mit Rojava	70
Antragsbereich J: Justiz, Recht und Innenpolitik.....	72
J1_1/24 Keine Entmündigung durch Bezahlkarten – Würde ist nicht verhandelbar!	72
J2_1/24 Rassistischer Berichterstattung ein Ende setzen!	74
J3_1/24 Für ein freiheitliches Verständnis von innerer Sicherheit	75

J4_1/24 „Nie Wieder!“ ist jetzt - jüdisches Leben schützen!	81
J5_1/24 Kirchensteuer und staatliche Entschädigungsleistungen an die christlichen Kirchen in Deutschland abschaffen!	85
J6_1/24 Vor dem Gesetz sind (nicht) alle gleich!	87
J7_1/24 Ich weiß, was ich tu‘ – und krieg es auch bezahlt: Gleichberechtigte Vorsorge zur sexuellen Gesundheit sicherstellen	91
J8_1/24 Bekämpfung des Klimanotstandes als Bestandteil der Verfassung	92
Antragsbereich M: Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung	94
M1_1/24 Aus Sorge vor jeder Monatsmiete: Schluss mit dem Wohnungsmarkt als Warenhandel!	94
M2_1/24 JETZT Deutsche Wohnen und Co. Enteignen	96
M3_1/24 Mietenwucher stoppen - Für bezahlbaren Wohnraum ohne Ausnahmen!	97
M4_1/24 Echter Klimaschutz und schnelle Verkehrswende statt absurder Magnetschwebebahn!	99
M5_1/24 Nur Sharing is Caring	100
M6_1/24 Die Stadt denen, die dort wohnen: ein Stadterneuerungs- und Umwandlungsprogramm für geschlossene Kaufhäuser entwickeln	102
M7_1/24 Zweckentfremdung von Grund und Boden und Wohnraum beenden	104
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform	105
O1_1/24 X-it now: Raus aus Twitter	105
O2_1/24 All-Gender Toiletten im Verband	107
O3_1/24 Neugründung des Arbeitskreises Ausbildung	108
O4_1/24 Mehr Awareness schaffen: gut ausgebildete A-Teams auf allen Verbandsebenen .	109
O5_1/24 Keine politische Arbeit in unserer Partei ohne die Partizipation Aller: eine Reformkommission für die Geschlechterquote mit dem Schwerpunkt FLINTA*-Personen einrichten	111
O6_1/24 Gründung einer Projektgruppe „Jungsozialistische Sicherheitspolitik“	112

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen, Männern und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechtskategorien dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Damit die Geschlechtsidentitäten

nicht aus den Vornamen abgeleitet werden, vermerken die Redner*innen ihre Pronomen auf der Wortmeldekarte. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei Cis-Männer geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere Cis-Männer geöffnet werden, worüber nur noch die FINTA-Delegierten abstimmen. Sobald sich FINTA melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (06.03.2024) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 06. April 2024, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 06. April 2024, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (24.03.2024, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des

Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Änderungsanträge können von der*dem Antragssteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum Änderungsantrag von dem*der Antragssteller*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann – wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.

16. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongress zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

Anträge

Antragsbereich A: Arbeitsprogramm

Antragssteller*innen: Erweiterter Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

A1_1/24 Landesarbeitsprogramm der Jusos Berlin 2024 - 2026

1 Selbstverständnis

2 Wir Jusos Berlin sind ein sozialistischer, internationalistischer, antirassistischer, antifaschistischer und
3 feministischer Richtungsverband. Wir sind Teil der Sozialdemokratie und Teil der gesellschaftlichen
4 Linken. Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen - ohne jede Form von Unterdrückung
5 und Menschenfeindlichkeit. Diese Gesellschaft wünschen wir uns auch für unsere Stadt Berlin. Als
6 Landesverband steht Berlin im Zentrum unseres politischen Handelns. Wir kämpfen für ein Berlin und
7 eine Welt, in der jede*r selbstbestimmt und frei von Ängsten und Unterdrückung leben kann.

8 In der Tradition der Arbeiter*innenbewegung stehen wir gegen jede Form von Ausbeutung. Während
9 wenige Menschen von dem Profit, der aus der Arbeit anderer entsteht oder von vererbten Vermögen
10 leben, wird die Mehrheit der Menschen ausgebeutet. Andere profitieren von ihrer Arbeit und geben
11 vor, was zu tun ist. Falls Menschen keiner Arbeit nachgehen, werden sie gesellschaftlich diskreditiert.
12 Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, auch die Gehaltsunterschiede
13 wachsen zu Ungunsten der weniger verdienenden. Immer mehr Menschen leben in Armut. Diese
14 Ungleichheit ist durch das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, den Kapitalismus, bedingt.
15 Im Kapitalismus kann es keine Gesellschaft frei von Ausbeutung, keine Welt der Freien und Gleichen
16 geben. Daher wollen wir den Systemwandel: Der Kapitalismus muss überwunden und alle
17 Lebensbereiche demokratisiert werden. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Unsere
18 Vision des Wirtschaftens ist ein sozialistisches Wirtschaften, in dem die Produktion in der Hand der
19 Gesellschaft ist und der erwirtschaftete Mehrwert auch der Gesellschaft und nicht Einzelnen
20 zugutekommt.

21 Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES
22 (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit Sozialist*innen weltweit. Die Herausforderungen
23 unserer Zeit, wie globale Ausbeutungsstrukturen, Klimawandel und Kriege können nur
24 grenzüberschreitend und solidarisch gelöst werden. Menschen, die nach Berlin kommen heißen wir
25 willkommen und stellen uns gegen diejenigen, die sie ausgrenzen wollen - unabhängig davon, ob sie
26 vor Krieg, Unterdrückung oder Armut fliehen oder ob sie einfach gern hier leben möchten.

27 Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus. Das bedeutet für uns, dass wir auf strukturellen
28 Rassismus in Staat und Gesellschaft hinweisen und Wege finden, ihn zu bekämpfen. Das bedeutet
29 auch, dass wir als mehrheitlich weiß geprägter Verband anerkennen müssen, dass auch wir und unsere
30 Strukturen als Teil der Gesellschaft von rassistischen Mustern geprägt sind und sich folglich ändern
31 müssen. Für uns gilt so wie für die Gesellschaft insgesamt: Weiße Menschen müssen Privilegien
32 abgeben und BIPOC muss ermöglicht werden, sich ihren Teil vom Kuchen zu nehmen.

33 Ebenso stellen wir uns gegen jede Form von Antisemitismus. Jüdinnen*Juden müssen in Berlin und
34 weltweit sicher leben können. Der erstarkende Antisemitismus in breiten Teilen der Gesellschaft erfüllt
35 uns mit großer Sorge - umso entscheidender stellen wir uns jedem Antisemitismus entgegen.

36 Wir Jusos sind seit unserer Gründung überzeugte Antifaschist*innen. Wir stellen uns gegen jede Art
37 von Menschenfeindlichkeit und Faschismus. Wo auch immer wir mit neofaschistischen Bewegungen,
38 Parteien oder Ideologien konfrontiert sind, stellen wir uns dieser entgegen, zum Beispiel durch unsere
39 Bildungsarbeit, auf Demos oder sozialen Plattformen. Die steigenden Umfragewerte der AfD, die
40 wachsende Akzeptanz von rechtem Gedankengut werden wir nicht unwidersprochen stehen lassen.
41 Für uns ist klar: Niemand muss mit Nazis laufen - kein Fußbreit!

42 Wir Jusos sind ein feministischer Verband. Unser politischer Kampf gilt einer feministischen
43 Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt leben können. Daher gilt es, das Patriarchat in
44 allen Lebensbereichen zu zerschlagen. Feminismus muss in allen Politikfeldern mitgedacht werden,
45 egal ob Innenpolitik, Klimapolitik oder Arbeitspolitik. Wir kämpfen für die körperliche und reproduktive
46 Selbstbestimmung von FINTAs (Frauen, intersex, nicht-binär, trans und agender Personen) und für eine
47 materielle Gleichstellung aller Geschlechter.

48 Unser Feminismus ist divers und intersektional. Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Geschlechter
49 ein und sind uns dabei bewusst, dass die unterschiedlichen Diskriminierungsformen, wie Sexismus,
50 Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, trans* Feindlichkeit sowie Klassismus
51 zusammenwirken. Wir stehen für die Überwindung patriarchaler und heteronormativer Strukturen ein
52 - im eigenen Verband und darüber hinaus. An der Seite der queeren Community in unserer Stadt
53 engagieren wir uns gegen Queer- und trans* Feindlichkeit.

54 Wir stellen fest, dass wir noch lange nicht an unserem Ziel einer Gesellschaft sind, in der jede*r
55 unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung frei und diskriminierungsfrei leben kann und
56 in der das Patriarchat den Erzählungen der Vergangenheit angehört - trotz einer zunehmenden
57 Popularität des Feminismus in der Mitte der Gesellschaft. Auch in linken Kreisen werden feministische
58 Debatten oft zu weiß, zu akademisch, zu neoliberal und zu wenig queer gedacht.

59 Ebenso vielfältig wie die Unterdrückung im Patriarchat müssen daher unsere Gegenstrategien sein.
60 Fest steht, dass wir uns als feministische Jugendorganisation niemals mit dem Status quo
61 zufriedengeben dürfen und langfristig an unserer sozialistisch-feministischen Utopie für den Verband,
62 unsere Stadt und die ganze Welt arbeiten müssen.

63 **Verortung der Jusos Berlin**

64 Wir wollen weiterhin als Jusos Berlin auch innerhalb des Juso-Bundesverbands sichtbar auftreten und
65 Berliner Akzente setzen. Wir verstehen uns als eigenständiger und kritischer Verband innerhalb der
66 SPD und als treibende Kraft innerhalb der Parteilinken. Unser Verhältnis zur SPD ist eines der kritischen
67 Solidarität. Wir arbeiten in der SPD für eine Sozialdemokratie, die als Partei, aber auch im
68 Regierungshandeln sowie im Parlament und Wahlkampf für solidarische, sozialistische Positionen
69 einsteht und diese durchsetzt. Wir üben aber auch öffentlich Kritik und schaffen Öffentlichkeit für
70 unsere Forderungen, wenn die SPD vom linken Pfad abkommt. Dabei scheuen wir uns auch nicht davor,
71 selbst für Ämter und Mandate anzutreten und Verantwortung zu übernehmen.

72 Insbesondere durch die Schwarz-Rote-Koalition hier in Berlin ist unsere kritische Solidarität gegenüber
73 der SPD besonders gefordert. Wir stehen dafür ein, dass die SPD Berlin wieder eine linke Partei wird.
74 Auch wenn unser Ziel bleiben muss, Jusos auch in die Parlamente zu bringen, müssen wir unser kritisch-
75 solidarisches Verhältnis zur SPD aufrechterhalten. Ansonsten laufen wir Gefahr, uns zu einer reinen
76 SPD-Nachwuchsorganisation zu entwickeln.

77 Mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie verstehen wir uns als Teil der gesellschaftlichen Linken. Unter
78 dem Begriff Doppelstrategie verstehen wir die Zusammenarbeit sowohl mit der SPD als auch mit
79 unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Einerseits wollen wir in der SPD agieren und durch die

80 Besetzung wichtiger Positionen, die inhaltliche Mitgestaltung und aktive Einbringung in Debatten
81 innerhalb der Partei möglichst viel Rückhalt für unsere Positionen erzielen. Andererseits sehen wir es
82 als wichtig an, in gesellschaftlichen Bewegungen, wie zum Beispiel antifaschistischen, migrantisch und
83 postmigrantischen Gruppen, Umweltbewegungen oder bei Netzaktivist*innen und
84 Gewerkschaftsjugenden präsent zu sein und für gemeinsame inhaltliche Positionen in unserer
85 Mutterpartei zu werben. Wir setzen uns für eine lebendige, enge und langfristige Zusammenarbeit mit
86 den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein.

87 **Sozialistisches Berlin - Her mit dem guten Leben!**

88 Unser gegenwärtiges Leben ist stark von Krisen geprägt. Die Mieten steigen stetig, der öffentliche
89 Raum bleibt ungleich verteilt, und die Stadt heizt sich immer weiter auf. In politischen Fragen werden
90 Menschen gegeneinander ausgespielt, anstatt nach sozialen Lösungen zu suchen. Trotzdem profitieren
91 Einzelne davon und es geht ihnen finanziell immer besser. Sie leben auf dem Rücken der Vielen, die
92 immer verzweifelter werden und besorgt in die Zukunft schauen. Die Schere zwischen ärmeren und
93 reicheren Menschen geht immer weiter auseinander. Wenige Menschen besitzen mehr als die ärmere
94 Hälfte der Weltbevölkerung – und die Tendenz ist steigend. Weltweit und auch hier in Berlin werden
95 täglich Menschen durch das System ausgebeutet. Der Kapitalismus verleitet sie dazu, die
96 vermeintlichen Fehler und Ursachen bei sich selbst zu suchen, statt im System, und erkennt nicht die
97 Kraft der Veränderung in der Gemeinschaft. Die aktuelle Entwicklung ist klar: Gewinne werden
98 privatisiert und Verluste vergesellschaftet. Die Gesellschaft und vor allem der Geldbesitz in ihr werden
99 immer ungleicher – der Kapitalismus ist eine Dauerkrise.

100 Umverteilung bedeutet für uns mehr als nur die Umverteilung von Geld. Auch wenn diese
101 Verteilungsfrage zentral ist, muss auch in vielen anderen Bereichen radikal umverteilt werden. Der
102 erfolgreiche Kampf gegen den Kapitalismus löst nicht alle Probleme. Auch nach seiner Überwindung
103 werden Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen weiter existieren. Deshalb brauchen wir
104 ganzheitliche Ansätze. Der Platz in der Stadt darf nicht länger Autos vorbehalten sein, sondern muss
105 zugunsten von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und einer besseren Aufenthaltsqualität in den
106 Kiezen umverteilt werden. Wohnraum darf keine Ware sein, sondern muss vergesellschaftet und so an
107 die Gemeinschaft umverteilt werden. Die Verrichtung unbezahlter Sorgearbeit, beispielsweise
108 Kindererziehung oder Arbeiten im Haushalt, muss auf alle Geschlechter umverteilt werden.
109 Wirtschaftliche Macht muss umverteilt werden, sodass alle Arbeiterinnen und Arbeitnehmerinnen
110 echte Mitsprache auch im Betrieb haben und der Kapitalismus überwunden wird. Politische Macht und
111 Teilhabe müssen umverteilt werden, damit alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem
112 Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung, ihrem Aussehen oder ihrer Religion unsere
113 Gesellschaft mitgestalten können. Wir streiten für eine Welt der Freien und Gleichen – das geht nur
114 mit Umverteilung!

115 **Finanzielle Umverteilung**

116 Die Ungleichverteilung von Kapital und Gewinnen in unserer Gesellschaft nimmt kontinuierlich zu.
117 Während jedes vierte Kind in Berlin von Armut betroffen ist, steigt das Vermögen einzelner
118 wohlhabender Personen weiter an. Obwohl oft behauptet wird, dass jede*r durch harte Arbeit Erfolg
119 haben kann, wird Wohlstand und Reichtum in den allermeisten Fällen nicht erarbeitet, sondern
120 vererbt. Auch 35 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer bestehen deutliche Unterschiede im
121 Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschen – Westdeutsche besitzen im Durchschnitt mehr als
122 doppelt so viel Vermögen wie Ostdeutsche. Es ist inakzeptabel, dass diese Zustände nebeneinander
123 existieren. Eine radikale Umverteilung von Kapital an die Menschen und in die Bereiche, die es am
124 dringendsten benötigen, ist erforderlich. Besonders ist Umverteilung eine feministische
125 Herausforderung, da FINTA-Personen durch unbezahlte Reproduktions- und Sorgearbeit doppelt vom

126 Kapitalismus ausgebeutet werden und in Armut gedrängt sind. Ebenso sind migrantisierte Personen
127 überdurchschnittlich oft von Armut und prekären Arbeitsbedingungen betroffen, was das
128 Zusammenspiel von Rassismus und Kapitalismus unterstreicht.

129 Anstatt gesellschaftliche Debatten darüber zu führen, wie viel Armut „zumutbar“ ist, setzen wir uns
130 für Obergrenzen für Reichtum ein. Unsere Beschlusslagen zeichnen klare Wege für diese Umverteilung,
131 beispielsweise durch eine Vermögensabgabe, höhere Steuern für Reiche und ein Gesellschaftserbe.
132 Wir widersprechen gegenwärtigen Kürzungshaushalten, die hohe Vermögen und Reiche vollkommen
133 unberücksichtigt lassen, und kämpfen weiter für die sofortige Abschaffung der Schuldenbremse. Wir
134 wollen uns dafür einsetzen, dass diese Konzepte nicht nur die guten Ideen unseres Verbandes bleiben,
135 sondern in der Realität umgesetzt werden.

136 Um dieses Ziel zu erreichen, suchen wir verstärkt die gesellschaftliche Debatte und den Austausch mit
137 der Zivilgesellschaft. Durch gezielte inhaltliche Kampagnen, Social Media und Aktionen auf der Straße
138 wollen wir die Möglichkeit nutzen, Diskussionen über progressive Inhalte anzustoßen und breite
139 Zustimmung zu erlangen.

140 **Umverteilung von Räumen & natürlichen Ressourcen**

141 Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. An den Bedürfnissen der Menschen wollen wir die Stadt
142 ausrichten und sie lebenswert gestalten. Berlin lebt von seinen vielfältigen Kiezen und Stadtteilen.
143 Diese sind aber nicht nur Kult, sondern auch Lebensort für uns alle in Berliner*innen. Steigende
144 Mieten, Spekulationen mit Boden oder Leerstand gefährden diese Lebensmittelpunkte allerdings. Der
145 Lärm und die Abgase von Autos belasten viele Berliner*innen. Gleichzeitig werden die Auswirkungen
146 der Klimakrise auch hier in Berlin direkt vor Ort immer spürbarer: Es wird heißer, stickiger, es regnet
147 in kürzester Zeit zu viel und dann lange Zeit zu wenig.

148 Damit unsere Kieze und Stadtteile lebenswert bleiben, dürfen sie nicht den Interessen des Kapitals
149 geopfert werden dürfen. Dafür bedarf es endlich einer öffentlichen, an den Interessen der vielen
150 orientierten, Bewirtschaftung von Wohn- und Lebensräumen und echten Schutz vor Verdrängung. Des
151 Weiteren müssen Stadtteile am Stadtrand besser an den öffentlichen Nahverkehr angebunden
152 werden, um die Abhängigkeit vom Auto zu verringern. Wir setzen uns für den Ausbau des
153 Radwegenetzes, der Tramlinien und eine Beschleunigung des ÖPNV ein.

154 Unsere Lebensräume brauchen ausreichend Orte für Begegnungen, frei zugängliche Plätze für
155 Aufenthalt draußen, auch an heißen oder regnerischen Tagen, aber auch soziale Infrastruktur, wie
156 Jugendclubs oder Begegnungsstätten. Dabei werden wir die Perspektive Obdach- und Wohnungsloser
157 mitdenken und uns gegen deren Verdrängung von öffentlichen Orten einsetzen. Gerechte
158 Flächenverteilung ist vor allem auch sozial: Menschen mit geringeren Vermögen leben häufiger an
159 Verkehrsachsen mit hoher Emissionsbelastung und wenig Stadtgrün. Mit der Ausrichtung des
160 öffentlichen Raums zur lebenswerten Stadt können wir insbesondere auch den Bedürfnissen von
161 Frauen, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen gerechter werden. Mauern und Zäune als
162 ordnungspolitische Alternative zu effektiven, langfristigen und ganzheitlichen Präventionskonzepten
163 lehnen wir ab.

164 In den nächsten zwei Jahren werden wir uns damit beschäftigen, wie unsere Kieze wieder zu echten
165 Lebensorten werden. Dafür werden wir uns mit Initiativen wie der “15-Minuten Stadt”
166 auseinandersetzen und alternative Modelle der Innenstadts- und Geschäftsstraßenentwicklung
167 diskutieren. Darauf aufbauend erarbeiten wir ein Konzept für eine zukunftsorientierte, sozialistische
168 Stadtentwicklung Berlins.

169 **Umverteilung von Macht**

170 Der Kapitalismus hat auch die Arbeitswelt nach wie vor fest im Griff. Anstatt Arbeitnehmer*innen
171 durch Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohn- oder Produktivitätsverlust ein besseres Leben zu
172 ermöglichen, fantasieren Arbeitgeberverbände von weniger Arbeitnehmer*innenrechten. Wie Arbeit
173 auszusehen hat, wird in der Chef*innenetage entschieden - viel zu oft, ohne dass die
174 Arbeitnehmer*innen gehört werden. Während bei jeder dringend notwendigen Erhöhung des
175 Mindestlohns um jeden Cent diskutiert wird, wird so gut wie nicht hinterfragt, ob es gerecht sein kann,
176 wenn einzelne Manager*innen das hundert- oder tausendfache ihrer Angestellten verdienen. Die
177 Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland wächst immer weiter und viel zu viele Westdeutsche
178 zucken über diesen Fakt mit den Schultern. Die Arbeitswelt ist in ihrem aktuellen Zustand durchzogen
179 von Ausbeutung. Doch dieser Status Quo ist nicht in Stein gemeißelt - wir müssen ihn verändern!

180 Dazu müssen wir uns fragen, wie wir in Zukunft arbeiten wollen und wie wir uns die Zukunft der Arbeit
181 vorstellen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere, dass BIPOCs, queere Menschen und FINTA-
182 Personen oftmals überausgebeutet werden. In diesem Kampf wollen wir besonders mit unseren
183 Partner*innen der Gewerkschaften zusammenarbeiten.

184 Daher darf die Umverteilung nicht nur gelebte Praxis wirtschaftlicher Güter bleiben. Gerechte und
185 wirksame Umverteilung beinhaltet nicht nur das gleichmäßige Verteilen des Kuchens, sondern auch,
186 dass alle, insbesondere auch marginalisierte Gruppen, mit am Tisch sitzen und mitentscheiden dürfen.
187 Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Gesellschaft und damit besonders marginalisierte Gruppen
188 wirksam an politischen Prozessen beteiligt werden, ihre Perspektiven einbringen und mitentscheiden
189 können. Gleichzeitig impliziert die Umverteilung von Macht, aber auch, dass weiße Menschen und cis-
190 Männer aktiv und selbstständig Privilegien abgeben müssen.

191 In diesem Sinne möchten wir darauf achten, bei Veranstaltungen, überall wo möglich, Betroffene zu
192 Wort kommen zu lassen. Auch für die Ausarbeitung von Forderungen wollen wir stets von noch enger
193 mit Betroffenen zusammenarbeiten.

194 **Gegen den Rechtsruck**

195 **Kampf gegen Rechts auf allen Ebenen**

196 Die Umfragewerte für die AfD sind in den vergangenen Monaten stark angestiegen und das trotz der
197 Offenlegung des geheimen Treffens von AfD-Funktionär*innen, Rechtsextremist*innen, auch
198 Mitgliedern der CDU und Werteunion und potentiellen Geldgeber*innen zur Planung ihrer
199 rassistischen Pläne. Immer mehr rechte Anschläge passieren, immer neue rechte Netzwerke in
200 Sicherheitsbehörden werden aufgedeckt. Für uns als antifaschistischer Jugendverband ist klar, dass wir
201 uns diesen Entwicklungen entschieden entgegenstellen müssen!

202 Anstatt wie die SPD rechten Narrativen hinterherzulaufen und rechte Politik, wie den sogenannten
203 Asylkompromiss, durchzusetzen, müssen wir linke, solidarische Strategien gegen den Rechtsruck
204 entwickeln. Dazu müssen wir analysieren, wie der Rechtsruck die verschiedenen Gesellschaftsbereiche
205 und die verschiedenen Menschen in unserer Gesellschaft unterschiedlich betrifft und wie wir ihm auf
206 allen Ebenen entschieden entgegen treten können.

207 **Intersektionaler Antifaschismus**

208 Wir brauchen alle Ressourcen für den antifaschistischen Kampf: inhaltliche, aber auch personelle.
209 Antifaschismus und antifaschistische Arbeit werden jedoch besonders stark von weißen Männern
210 geprägt und Antirassismus und Antifaschismus viel zu selten und nicht konsequent zusammen gedacht.
211 Im Zweifel sind BIPOCs und auch FINTA Personen aber im besonderen Ausmaß von rechter Politik und
212 rechter Gewalt betroffen, weshalb wir dringend an intersektionalen antifaschistischen Strukturen
213 arbeiten müssen.

214 **Kampf gegen die AfD**

215 Die AfD ist die zentrale Gefahr für unsere Demokratie. Für uns ist klar, dass wir uns ihr deshalb auf
216 allen Ebenen entgegenstellen müssen. Dies bedeutet zum einen, den Kampf auf der Straße
217 anzunehmen und starke Präsenz bei antifaschistischen Protesten zu zeigen. Zum Anderen müssen wir
218 uns mit den Gründen ihres Erstarkens, der Auswirkung auf marginalisierte Menschen und rechtlichen
219 Wegen auseinandersetzen wollen. Im Kampf gegen den Faschismus dürfen wir kein Mittel unversucht
220 lassen: Wir unterstützen daher die Initiative für ein Parteiverbot der AfD.

221 Daran anschließend lassen wir keinen Raum für rechte Narrative in unserer eigenen Partei. Der
222 Versuch, die AfD inhaltlich zu stellen, indem rechte Themen bespielt werden, ist einer
223 antifaschistischen Partei nicht würdig und wird von uns Jusos nicht hingenommen. Vielmehr braucht
224 es von der SPD ein umfassendes, inhaltlich linkes Gegenangebot, welches tatsächlich die alltäglichen
225 Probleme der Menschen lösen will. In diesem Zusammenhang müssen sich alle Teile der Partei auch
226 grundsätzlich hinsichtlich ihrer Fehler in der Vergangenheit sowie mangelhafter Strukturen
227 hinterfragen. Auf Basis dieser Erkenntnisse müssen neue Strategien für die zukünftige politische Arbeit
228 entwickelt werden, um wieder vermehrt Menschen für eine linke Politik zu gewinnen. Hierfür werden
229 wir uns als Jusos stark machen.

230 **Bündnisarbeit**

231 In Bündnissen gegen Rechts engagieren wir uns mit vielen demokratischen Partner*innen,
232 organisieren Demonstrationen und kämpfen gemeinsam gegen den Rechtsruck - auf der Straße und
233 darüber hinaus.

234 **Feminismus**

235 Eine zunehmende Gefahr für unser feministisches Grundverständnis stellen Gegenbewegungen der
236 Neuen Rechten dar, die sich unter dem Begriff "Antifeminismus" zusammenfassen lassen. Als Jusos
237 Berlin sehen wir es als unseren Auftrag, uns darin zu schulen, wie wir solchen Narrativen aktiv
238 entgegentreten können. Wir wollen in unseren Verbandsstrukturen und in der Öffentlichkeit auf die
239 Gefahren derartiger Narrative aufmerksam machen und rechte Framings öffentlich als solche
240 benennen. Innerhalb unseres Verbands wollen wir FINTAs in ihrem Engagement empowern.

241 **Antidiskriminierung**

242 Der gesellschaftliche Rechtsruck geht einher mit der Verrohung von Sprache und Gesellschaft -
243 insbesondere hinsichtlich marginalisierter, vulnerabler Gruppen. Die Zahl rassistischer, antisemitischer
244 und queerfeindlicher Straftaten nimmt zu und die Rechte von Minderheiten werden auch von
245 demokratischen Parteien immer wieder in Frage gestellt. Es ist unsere Aufgabe, uns aktiv gegen diese
246 Entwicklung zu stellen und gegen Diskriminierung in allen Teilbereichen zu kämpfen: dies beginnt bei
247 uns im Verband, umfasst die Arbeit in der SPD und führt sich auf der Straße fort. Dabei ist klar, dass
248 Diskriminierung auch öffentlich als solche zu benennen ist und marginalisierten Gruppen innerhalb wie
249 außerhalb unseres Verbandes der Raum gegeben werden muss, über ihre Erfahrungen, Ängste und
250 Wünsche zu informieren. Auch ist klar, dass diese Perspektiven eine zentrale Stellung in unserer
251 politischen Arbeit einnehmen werden und wir einen intersektionalen Ansatz verfolgen, der das
252 Aufeinandertreffen und die Überschneidung verschiedener Unterdrückungsmechanismen
253 berücksichtigt.

254 **Gegen jeden Antisemitismus**

255 Wir verurteilen jeden Antisemitismus auf das Schärfste. Dabei haben wir alle Formen des
256 Antisemitismus im Blick - rechten, linken, bürgerlichen, religiös fundamentalistischen, religiös
257 geprägten, israelbezogenen und verschwörungsideologischen Antisemitismus. In diesem Sinne stellen

258 wir uns antisemitischen und menschenverachtenden Ideologien entschlossen entgegen, wo immer wir
259 ihnen begegnen - ob in den sozialen Medien, an der Hochschule oder bei Kulturveranstaltungen.

260 Insbesondere israelbezogener Antisemitismus hat seit dem 7. Oktober laut Daten von RIAS (Recherche
261 & Informationsstelle Antisemitismus e.V.) stark zugenommen und macht 87% der seitdem gemeldeten
262 antisemitischen Vorfälle aus. Deswegen wird ein Schwerpunkt unserer inhaltlichen Arbeit in den
263 kommenden zwei Jahren darauf liegen, israelbezogenen Antisemitismus deutlich zu kritisieren und auf
264 Doppelstandards, Delegitimierungen und Dämonisierungen des Staates Israel aufmerksam zu machen.

265 Besonders in Berlin sehen wir einen wachsenden Antisemitismus aus verschiedenen Richtungen.
266 Diesem werden wir entgegentreten, egal aus welcher Richtung er kommt. Der Schutz jüdischer
267 Einrichtungen und deren Sicherheit hat für uns oberste Priorität. Darüber hinaus sehen wir
268 Bildungsarbeit als einen wichtigen Weg in- und außerhalb des Verbandes, um auch antisemitische
269 Gedankenmuster bei uns selbst zu reflektieren.

270 **Gegen antimuslimischen Rassismus**

271 Wir stellen uns gegen jeden antimuslimischen Rassismus. Wir verurteilen die jüngsten gewalttätigen
272 Übergriffe auf Moscheen und Gläubige und sind zutiefst beunruhigt über die breite gesellschaftliche
273 Akzeptanz für islamfeindliche und rassistische Positionen. Es ist hier wichtig anzuerkennen, dass nicht
274 nur muslimische Menschen von diesem Rassismus betroffen sind, sondern auch Menschen, die als
275 muslimisch gelesen werden. Dass Mitglieder der CDU und Koalitionspartner*innen der SPD Berlin wie
276 Kurt Wansner oder Falko Liecke regelmäßig Stimmungsmache gegen Muslim*innen betreiben, ist
277 unerträglich.

278 Daher werden wir laut und entschlossen Aussagen, die antimuslimisch-rassistisch sind, entgegentreten
279 und Reflexionsangebote in- und außerhalb des Verbands unterstützen. Wer gesellschaftliche Konflikte
280 auf dem Rücken von muslimischen und muslimisch gelesenen Menschen austrägt, wird auf unseren
281 Widerstand stoßen.

282 **Migration**

283 Der gesellschaftliche Diskurs zu Asyl- und Migrationspolitik wird zunehmend rassistisch geführt und ist
284 von rechten Narrativen geprägt. Daraus folgt, dass geflüchtete Menschen immer öfter zum Ziel von
285 Hass und Hetze werden. Als Antifaschist*innen stellen wir uns der Instrumentalisierung geflüchteter
286 Menschen für menschenverachtende Politiken - auch in der eigenen Partei - und weltweit
287 existierenden, gewaltvollen Grenzregimen entschieden entgegen. Wir stehen für offene Grenzen und
288 eine unbürokratische, menschliche und unbegrenzte Unterstützung aller geflüchteten Menschen.
289 Darüber hinaus müssen wir helfen, die Perspektive von geflüchteten Menschen sichtbarer zu machen
290 - sowohl im gesellschaftlichen Diskurs, als auch im Verband.

291 Besonders werden wir die Situation von Geflüchteten in Berlin im Auge behalten. Die Berichte über
292 die Zustände in Sammelunterkünften in Tegel, die fehlende Beschulung von Kindern oder über
293 auslaufende Duldungen auf Grund von fehlenden Terminen in Behörden beunruhigen uns zutiefst. Wir
294 werden mit den zuständigen Personen in Austausch bleiben und darauf drängen, dass sich die Situation
295 von Geflüchteten und Asylbewerber*innen deutlich verbessert.

296 **Gedenkarbeit**

297 Wir reflektieren unsere und die gesellschaftliche Erinnerungs- und Gedenkkultur kritisch.

298 Wir werden gemeinsame Besuche von Gedenkstätten in und um Berlin organisieren. Dabei wollen wir
299 so weit möglich, mit den Zeitzeug*innen, die die Geschichte erlebt haben, ins Gespräch kommen, um
300 deren Erfahrungen und Wissen aufzunehmen und weiterzugeben. Es gibt einige Orte, die in unserer

301 Erinnerungsarbeit besonders wichtig sind. Dazu gehören für uns unter anderem die Gedenkstätten der
302 KZ Sachsenhausen, KZ Außenlager Sonnenallee, die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-
303 Friedrichsfelde und das KZ Moringen sowie das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

304 Wir müssen in unserer täglichen Arbeit immer die Frage berücksichtigen, wie und warum es zu den
305 Verbrechen des Nationalsozialismus überhaupt kommen konnte. Dabei ist es unser Anspruch,
306 verstärkt auch bislang unsichtbar gemachte Geschichten, wie z.B. die Schwarzer, migrantisierter,
307 queerer oder jüdischer Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Sinti*zze und Rom*nja, zu
308 gedenken. Dafür werden wir auch in den nächsten zwei Jahren wieder zu Gedenkveranstaltungen, wie
309 z. B. zu Hanau, Halle, der Reichspogromnacht und der Befreiung von Auschwitz aufrufen und die
310 Organisation einer jährlichen Gedenkveranstaltung zu Utøya fortführen.

311 **Internationale Solidarität**

312 Mit dem Verständnis, dass unsere Arbeit immer auch internationalistisch sein muss, geht einher, dass
313 wir all unsere Themen, all unsere Kämpfe immer global denken. Zu diesem Zweck sind wir unter
314 anderem Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists).
315 Abseits der internationalen Dachorganisationen muss es aber auch unser Ziel sein, niedrigschwellige
316 internationale Vernetzungen für unsere Mitglieder zu ermöglichen. Es muss zudem unser Anspruch
317 sein, unsere Aufmerksamkeit vor allem auf bisher unbekannte Kämpfe zu legen und diese mit unserer
318 Stimme zu unterstützen. Dabei sind unsere weiteren Grundwerte für uns das maßgebliche Leitwerk:
319 insbesondere globalen feministischen und antifaschistischen Kämpfen und dem Empowerment von
320 FINTA-Personen werden wir uns besonders widmen. Die diversen Herausforderungen unserer Zeit
321 können nur internationalistisch gelöst werden - die weltweite Destabilisierung der letzten Jahre hat
322 dies nur unterstrichen.

323 Besonders beschäftigt uns die Eskalation zwischen Israel und der Hamas in Gaza. Wir stehen an der
324 Seite der Jüdinnen*Juden weltweit. Wir gedenken nicht nur den Opfern des antisemitischen Terrorakts
325 vom 7. Oktober in Israel, sondern auch denen in Gaza, die schutzlos der Hamas ausgeliefert sind, von
326 der Terrororganisation instrumentalisiert werden und unter den militärischen Entscheidungen der
327 ultrarechten israelischen Regierung leiden.

328 Als Jusos sind wir fest in unserer Überzeugung der doppelten Solidarität mit progressiven Kräften
329 sowohl auf der israelischen als auch der palästinensischen Seite und der Ausarbeitung einer friedlichen
330 Zwei-Staaten-Lösung. Es muss unsere Priorität in der nächsten Zeit sein, unsere wichtige Arbeit in der
331 Region, v.a. am Willy-Brandt-Center Jerusalem in enger Abstimmung mit der Bundesebene und
332 unseren Vertreter*innen in internationalen Gremien weiterzuführen. Dabei müssen auch Betroffene
333 in unsere Arbeit miteinbezogen werden. Denn wir müssen den Betroffenen zuhören, ihnen einen
334 Schutzraum geben und gemeinsam mit ihnen und unseren Bündnispartner*innen in Deutschland,
335 Berlin und vor Ort zusammenarbeiten. Die Perspektive unserer israelischen sowie palästinensischen
336 Partner*innen bleibt wichtig. Ihr Leid muss enden, die Zivilbevölkerung geschützt und ihre Rechte
337 gestärkt werden.

338 **35 Jahre Mauerfall**

339 **Wendepolitik und Mauerfall**

340 Dieses Jahr jährt sich der Mauerfall zum 35. Mal, was wir als Jusos zum Anlass nehmen, uns dem Thema
341 konkret zu widmen und uns mit der Perspektive einer Juso-Generation zu beschäftigen, die das Ereignis
342 selbst nicht erlebt hat, aber auf verschiedene Arten individuelle Bezugspunkte aufweist. Neben der
343 internen Auseinandersetzung und der Bedeutung für den Verband haben wir auch die gesellschaftliche

344 Relevanz im Blick und beschäftigen uns mit bestehenden Ungleichheiten und strukturellen
345 Unterschieden in Ost- und Westdeutschland. Wir wollen die kommenden zwei Jahre nutzen, um im
346 Kontext des Mauerfall-Jubiläums, der Wiedervereinigung und der Landtagswahlen in Ostdeutschland
347 einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Auseinandersetzung mit ostdeutschen Identitäten zu legen.

348 **Bundes-Ostvernetzung**

349 Als Jusos Berlin sind wir Mitglied der Bundes-Ostvernetzung. Gleichzeitig erkennen wir an, dass wir als
350 Stadt mit nur teilweise ostdeutscher Geschichte und als Großstadt nicht im gleichen Maße von
351 strukturellen Problemen betroffen sind, wie die ostdeutschen Flächenländer. Wir respektieren daher
352 die besondere Gesamtsituation der ostdeutschen Landesverbände und stehen solidarisch an ihrer
353 Seite. Ebenfalls respektieren wir die besondere Verbundenheit der Berliner Ostkreise zu den
354 ostdeutschen Flächenländern. Wir achten darauf, dass Berlin in der Bundes-Ostvernetzung auch durch
355 Personen vertreten wird, die eine ostdeutsche Biografie haben oder den Schwerpunkt ihrer politischen
356 Arbeit in den Berliner Ostbezirken legen. Bei der Entscheidung über die Vertretung Berlins in der
357 Ostvernetzung werden die Vorsitzenden der Berliner Ostkreise aktiv vom Landesverband einbezogen.

358 **Ostwahlkampf und Support Ostdeutschlands**

359 Die anstehenden Landtagswahlen in einigen ostdeutschen Bundesländern sind für uns nicht weniger
360 als ein Kampf um das Überleben der Demokratie. Die Möglichkeit, dass die AfD nach den Wahlen
361 Regierungsverantwortung tragen könnte, erfüllt uns mit Angst. Für uns ist klar, dass wir unsere
362 Genoss*innen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Wahlkampf und darüber hinaus, nicht im
363 Stich lassen. Einerseits durch konkrete Aktionen, aber auch inhaltlich, wollen wir die anstehenden
364 Landtagswahlen begleiten und entsprechende thematische Veranstaltungen organisieren. Unsere
365 Wahlkampfunterstützung erfolgt dezentral, praxisnah und nicht nur einmalig. Dabei gliedern wir uns
366 in die vom Bundesvorstand geschaffenen Strukturen ein, um möglichst wenig Aufwand zu erzeugen.
367 Unser Ziel ist es, so viel wie möglich vor Ort präsent zu sein. Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf
368 ländliche Regionen. Die Wahlkampfhilfe Berlins wird durch den Landesvorstand koordiniert, der
369 hierfür ein Konzept erarbeitet.

370 Wir erkennen an, dass Wahlkampf in ostdeutschen Flächenländern nicht mit Wahlkampf in Berlin zu
371 vergleichen ist. Die schwachen Strukturen demokratischer Parteien sowie die Präsenz von Neonazi-
372 Gruppen stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Für uns gilt daher, dass wir uns bei
373 Sicherheitseinschätzungen stets auf die Genoss*innen vor Ort verlassen. Um uns selbst auf den
374 Wahlkampf vorzubereiten, bietet der Landesverband umfassende Schulungen an, die für die
375 Teilnehmer*innen von Unterstützungsfahrten verpflichtend sind. Unser Ansatz eines antirassistischen
376 und intersektionalen Antifaschismus beinhaltet auch, dass Wahlkampffahrten und konkrete
377 Wahlkampfunterstützung nicht für alle Menschen selbstverständlich sind.

378 **Intersektionalität**

379 Unsere Auseinandersetzung mit dem Mauerfall soll so vielfältig und intersektional wie möglich sein.
380 Wir wollen uns verstärkt mit der Perspektive der Vertragsarbeitenden in der DDR und ihrer Situation
381 nach dem Mauerfall auseinandersetzen, aber auch damit, wie Jüdinnen*Juden, BIPOCs, migrantisierte
382 und queere Menschen sowie FINTAs und andere marginalisierte Gruppen den Mauerfall, die DDR
383 sowie die Nachwendezeit erlebt haben.

384 **Berliner Osten**

385 Auch in Berlin als ehemals geteilte Stadt sind die Auswirkungen des Mauerfalls und der Wende bis
386 heute spürbar: Macht, Mobilität, Soziale Infrastruktur, die Verteilung von Geldern und vieles mehr
387 verlaufen teilweise bis heute anhand unsichtbarer Grenzen oder sichtbarer Bezirksgrenzen durch
388 unsere Stadt. Zudem entstehen durch die steigende Attraktivität des Berliner Ostens neue

389 Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in den Bezirken, wobei in weiten Teilen eine
390 erneute Verdrängung droht. Mit diesen Themen und strukturellen Ungerechtigkeiten werden wir uns
391 als Verband vermehrt auseinandersetzen und anhand dessen eine Perspektive auf das Jubiläum 35
392 Jahre Mauerfall konkret aus der Perspektive unserer Stadt heraus erarbeiten. Dazu gehört auch die
393 Frage, welche Herausforderungen sich für die politische Arbeit im ehemaligen Osten der Stadt stellt
394 und wie wir diesen als Verband gemeinsam begegnen können. Wir wollen als Verband nicht nur den
395 kritischen Blick auf die Gesellschaft werfen, sondern, entsprechend unseren eigenen Ansprüchen, auch
396 einen kritischen Blick auf uns und die SPD richten. Dabei werden wir die diversen Ost-Perspektiven auf
397 Mauerfall und Nachwendezeit im Sinne unseres intersektionalen Ansatzes miteinbeziehen.

398 **Veranstaltungsreihe “Wendeperspektiven” & Ostkongress**

399 Mit dem Mauerfall hat die Zeit des politischen Umbruchs in der DDR ihren ersten Höhepunkt erreicht,
400 mit der Wiedervereinigung wurde die Teilung in zwei deutsche Staaten dann überwunden. Doch bis
401 heute sind die Nachwirkungen der Teilung sowie auch der Politik nach der Wiedervereinigung vor allem
402 in Ostdeutschland und (Ost-)Berlin noch spürbar. Wir wollen das bereits begonnene Projekt
403 “Wendeperspektiven” verstetigen. In diesem wollen wir einen intersektionalen und kritischen Blick auf
404 die Wiedervereinigung und die Nachwendezeit werfen. Hierbei ist uns eine “ostdeutsche” Perspektive,
405 besonders die von marginalisierten Personen wie BIPoCs, FINTAs und queeren Menschen im Sinne
406 einer intersektionalen Betrachtung wichtig. Der Blick soll sich nicht nur auf die Erfahrungen der
407 Menschen in der DDR, sondern auch auf ihre Perspektive auf die Wiedervereinigung, sowie die
408 Nachwendezeit erstrecken.

409 Die Wendeperspektiven-Reihe soll auf einen Ostkongress im Zeitraum des 35. Jahrestages der
410 Wiedervereinigung hinlaufen.

411 **Formate**

412 **Vernetzungen**

413 Die Unterstützung, aber auch Vernetzung untereinander von marginalisierten Gruppen, wie zum
414 Beispiel FINTA Personen, Queeren Menschen und BIPoCs im politischen Ehrenamt, sind uns ein
415 besonderes Anliegen. Entsprechende Vernetzungen sollen regelmäßig und verstetigt, auch abseits von
416 Kongressen und Landesdelegiertenkonferenzen, angeboten werden. Hierbei ist es wichtig, die
417 Angebote möglichst niedrigschwellig zu gestalten und kreative und vielfältige Formate
418 auszuprobieren. Vernetzungen sind dabei ein safer space innerhalb der Partei und des Verbands,
419 indem die jeweiligen Gruppen über ihre Erfahrungen innerhalb wie außerhalb der Partei sprechen und
420 Kraft sammeln können.

421 **Ostvernetzung**

422 Unser Anspruch ist es, ostdeutsche Stimmen in unserem Verband zu stärken und ostdeutsche
423 Identitäten anzuerkennen. Hierfür bieten wir einen Raum in Form einer Vernetzung für Menschen, die
424 sich aus biografischen oder anderen Gründen dem Thema verbunden fühlen. Gleichzeitig schaffen wir
425 Räume, um zu diskutieren, was ostdeutsche Identität für unsere Generation bedeutet, sowie was
426 ostdeutsche Identität für unseren Verband bedeutet. Wir wollen uns außerdem damit
427 auseinandersetzen, wie bestimmte Faktoren im ehemaligen Ostteil der Stadt fortwirken. Wir führen
428 hierzu Veranstaltungen durch, bei denen besonders Personen aus unserer Mitte zu Wort kommen wie
429 auch externe Referent*innen. Ziel ist es, einen Leitantrag zu unserem Verständnis von ostdeutscher
430 Identität zu verfassen.

431 **Empowerment**

432 Analog zum Aufbau von Vernetzungen wollen wir marginalisierte Gruppen in unseren
433 Verbandsstrukturen besonders fördern. Dafür bauen wir Empowerment-Programme auf, die

434 marginalisierten Gruppen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu vernetzen und durch
435 Workshops Wissen zu erlangen und zu stärken. Diese Programme werden intersektional gestaltet, um
436 sicherzustellen, dass die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung stets berücksichtigt
437 wird. Ziel soll es sein, die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen zu erhöhen und sie zu empoweren,
438 sich für unterschiedliche Ämter und Funktionen in der Breite des Verbandes und Gesellschaft
439 einzubringen.

440 **BIPoC-Empowerment**

441 Berlin ist eine vielfältige Stadt mit vielen BIPoCs. Diese Repräsentanz ist in der Breite unseres
442 Verbandes nicht abgedeckt. Um BIPoCs zu fördern, wollen wir das BIPoC Empowerment fortführen
443 und weiter ausbauen. Im Empowerment sollen sich BIPoCs untereinander vernetzen, stärken und mit
444 externen Akteur*innen in Gespräche kommen. Die Teilnehmenden sollen auch als Multiplikator*innen
445 in ihren Kreisen fungieren können, um die Repräsentanz in der Breite unseres Verbandes zu stärken.
446 Innerhalb des BIPoC-Empowerments sollen eine FINTA-Vernetzung und auch eine Queere-Vernetzung
447 stattfinden. Parallel zu den weitergehenden Vernetzungen, soll ein Seminar zur Kritischen
448 Männlichkeit und How-to-be-an-ally stattfinden, um intersektionale Perspektiven zu fördern.

449 **FINTA-Empowerment**

450 FINTA sind Frauen, intersex, nicht-binär, trans und agender Personen. Im Gegensatz zu dem oft noch
451 verwendeten binären Modell von Mann und Frau, wollen wir alle Menschen und ihre Perspektiven
452 mitdenken. Alle im Begriff FINTA vereinten Menschen sind in unserer in besonderem Maße von
453 patriarchaler Diskriminierung und Gewalt betroffen. Wichtig ist außerdem: FINTA meint explizit mehr
454 als nur Frauen und die Gruppe FINTA darf nicht mit der Gruppe Frauen gleichgesetzt werden. Auch
455 Männer, nicht-binäre Personen und agender Personen gehören zu FINTA. Genauso wenig gibt es ein
456 „FINTA im Gegensatz zu Männern“ - denn trans und intersex Männer gehören zu FINTA. Wenn eine
457 Abgrenzung nötig ist, kann von FINTA im Gegensatz zu cis Männern gesprochen werden.

458 Bei FINTA-Treffen, wie auch bei queeren Veranstaltungen, wird es keine „Einlass-Kontrollen“ geben.
459 Niemand kann oder darf von außen Geschlechter (oder sexuelle Orientierungen) zuschreiben oder in
460 Frage stellen. Wir gestalten die Veranstaltungen als safer spaces und informieren vorher über
461 Barrieren und Awareness Strukturen. Das FINTA Empowerment soll wie in den letzten Jahren aus
462 verschiedenen Veranstaltungen bestehen. Es wird ein Programm geben, das über mehrere
463 Wochenende läuft, sowie auch Alleinstehende Veranstaltungen. Hierbei wollen wir das FINTA
464 Empowerment nutzen, um ein gemeinsames Verständnis für unseren feministischen Kampf und die
465 gegenseitige Ermutigung in den Mittelpunkt stellen. Darüber hinaus wollen wir, wenn es zeitlich oder
466 inhaltlich passt oder einen Anlass gibt, weitere Vernetzungen und Räume zum Austausch für
467 Teilgruppen schaffen (z.B. TIN-Treffen, Veranstaltung für menstruierende Menschen, Frauen-
468 Vernetzung).

469 FINTA Vernetzungen wird es bei größeren und mehrtägigen Events geben. Hier gibt es parallel ein All
470 Gender Plenum, zum Thema toxischer Männlichkeit, der kritischen Reflektion eigener Privilegien und
471 patriarchaler Dynamiken. Die Teilnahme an einer der Veranstaltungen wird dringend empfohlen und
472 beide Veranstaltungen sind zeitlich gleich lang. Außerdem soll die Veranstaltung zu toxischer
473 Männlichkeit nicht nur auf weiße cis-hetero Männer zugeschnitten sein, sondern auch die
474 Perspektiven anderer Männer berücksichtigen.

475 **Queer-Empowerment**

476 Als queerfeministischer Verband wollen wir eine für Queere Personen einladende und attraktive
477 Umgebung bieten, um sich politisch sowie persönlich frei entfalten zu können. Dafür wollen in den
478 nächsten zwei Jahren regelmäßig einen Raum bieten, in dem sich Queere Genoss*innen geschützt

479 vernetzen und über Herausforderungen, die sie bei uns im Verband, der SPD oder in der Gesellschaft
480 erleben, austauschen können. Dabei wollen wir uns auch mit Queeren Verbänden und Aktivist*innen
481 Vernetzen, um von ihren Erfahrungen profitieren zu können und politisch gemeinsam mehr für die
482 Community zu erreichen.

483 **Internat-Empowerment**

484 Als internationalistischer Verband werden wir ein Programm aufbauen, um Interessierte zum Thema
485 Internationales gezielt anzusprechen und eine tiefe inhaltliche Arbeit zu ermöglichen. In enger
486 Abstimmung mit dem Arbeitskreis Internationales soll dieses Programm insbesondere die Teilnahme
487 an internationalen politischen Veranstaltungen, Kongressen und Seminaren ermöglichen und so dazu
488 beitragen, dass interessierte Mitglieder mit, durch und für die Jusos Berlin in einen Austausch mit
489 anderen politischen Organisationen treten und sich vernetzen können

490 **Reflexion**

491 Angebote zur individuellen Reflexion sind ein wichtiger Teil in unseren Kämpfen für Gerechtigkeit von
492 marginalisierten Gruppen. Sowohl im Rahmen unserer Veranstaltungen als auch darüber hinaus
493 möchten wir weiterhin Räume für kritische Männlichkeit, critical whiteness und allyship anbieten und
494 sie um antisemitismuskritische Reflexion ergänzen.

495 Politisches Engagement darf nicht im Widerspruch zu individuellem Wohlbefinden stehen. Als Jusos
496 Berlin müssen wir die Arbeitsbelastungen unserer aktiven Mitglieder verringern und die Vereinbarkeit
497 von Engagement und Job, Studium, Ausbildung, Familie etc. verbessern. Dazu achten wir auf
498 ausreichende Pausen, immer freundlich-solidarische Kommunikation untereinander und respektieren
499 Belastbarkeitsgrenzen.

500 **Verbandswerkstatt**

501 Die Verbandswerkstatt hat in unserem Verband eine Doppelfunktion. Sie ist Teil der Bildungsarbeit
502 und Ort der Diskussion für den Verband. Dort werden Inhalte weiterentwickelt und der Austausch
503 zwischen Genoss*innen gefördert. Wir werden die Verbandswerkstatt weiterhin mindestens einmal
504 im Jahr durchführen. Wir wollen die Verbandswerkstatt nutzen, um neue Mitglieder an unsere
505 thematischen Debatten heranzuführen und ihnen methodische Fähigkeiten zu vermitteln. In Zukunft
506 besteht die Möglichkeit, eine Verbandswerkstatt auf ein bestimmtes Thema auszurichten und
507 dementsprechend möglichst vielfältige Perspektiven und eine breite Auseinandersetzung durch
508 thematisch abgestimmte Workshops zu erreichen. Anlehnend an unsere Grundwerte, könnte man
509 beispielsweise einen feministischen Basiskongress organisieren, auf dem im Rahmen einer
510 Verbandswerkstatt sozialistisch-feministische Visionen und Utopien für unseren Verband und unsere
511 Gesellschaft gemeinsam erarbeitet werden. Inhaltlich sind die Seminare ausgewogen von Grundsatz-
512 und Kernthemen bis hin zu berlinbezogenen Themen anzubieten. Darüber hinaus ist jedes Seminar
513 verpflichtet, eine intersektionale queere feministische Perspektive auf das jeweilige Thema einzubauen
514 und zu diskutieren. Wir werden Awarenessbeauftragte und diskriminierungsfreie Schutzräume, z. B.
515 als FINTA-, BIPoC- und Queere-Räume anbieten. Abends werden wir ein Kulturangebot sowie Räume
516 zum Kneipenabend und drogenfreie, insbesondere alkoholfreie Alternativen anbieten.

517 **Neumitglieder**

518 Angesichts eines andauernden Mitgliederschwunds, müssen wir verstärkt und auf vielfältigen,
519 kreativen Wegen an unserer Neumitgliedergewinnung arbeiten. Unsere Kampagnen sollen hierbei auf
520 Schüler*innen und Auszubildende ausgerichtet sein, um unsere Verbandsstrukturen langfristig
521 diverser zu gestalten. Es bieten sich Verteilungen vor Schulen, Ausbildungszentren, Oberstufenzentren
522 und ähnlichen Orten an. Hierbei sollen die Kreise bei der Mitgliedergewinnung entsprechend ihrer

523 Wünsche und ihres Bedarfs vom Landesvorstand, zum Beispiel im Rahmen der "LaVo-Tour" unterstützt
524 werden.

525 **In die SPD**

526 Wir verstehen unser Verhältnis zur Mutterpartei als kritisch-solidarisch. Daraus folgen einerseits
527 geteilte Grundwerte und ein solidarischer Umgang in parteiinternen Debatten und mit den
528 handelnden Personen. Auf der anderen Seite ist es das Ziel der Jusos, auf eine Veränderung der Inhalte
529 und politischen Positionen der SPD hinzuwirken. Dabei finden wir uns in einem Zwiespalt: Einerseits
530 möchten wir unsere Beschlüsse und Ideen in die SPD hineintragen und dort mehrheitsfähig machen.
531 Dies ist langfristig nur dadurch zu erreichen, dass wir selbst Verantwortung in der SPD übernehmen,
532 uns in Gremien engagieren und auf Kreisdelegiertenkonferenzen und auf dem Landesparteitag präsent
533 sind. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Jusos in diesen Gremien mit Arbeit überhäuft werden und
534 diese Strukturen am Laufen halten müssen, während ihre Inhalte am Ende immer wieder abgelehnt
535 werden. Dies darf nicht der Fall sein. Die Aufrechterhaltung von SPD-Gremien ist kein Eigeninteresse
536 der Jusos und muss für uns immer gewinnbringend sein.

537 Wir verfolgen daher ein Doppelstruktur: In Gremien oder Kreisen, in denen eine Mehrheit für Juso-
538 Positionen realistisch ist, empowern wir Jusos aktiv zum Engagement in der SPD. Nur über die
539 Übernahme von Verantwortung auf Kreisebene haben wir die Möglichkeit, unsere Ideen auf dem
540 Landesparteitag tatsächlich Beschlusslage werden zu lassen. Auch empowern wir inhaltlich
541 nahestehende Genoss*innen, insbesondere Jusos, die unsere Inhalte und Ideale teilen und die dies aus
542 eigenem Antrieb möchten, sich auf Mandate zu bewerben, wenn dies aussichtsreich ist. Die aktive
543 Teilnahme an Parlamenten ist und bleibt der zielgerichtetste Weg zur Umsetzung unserer Beschlüsse.
544 In diesen Fällen unterstützen wir als Verband Personen oder Kreise aktiv, um ihre Arbeitsbelastung zu
545 verringern und sie bei ihrer Arbeit in der SPD zu unterstützen.

546 Sollte hingegen in einem Gremium oder einem Kreis eine linke Mehrheit nicht realistisch sein, so ist es
547 nicht unsere Aufgabe, diese Gremien organisatorisch zu tragen. In diesen Situationen erreichen wir
548 durch aktive Gegenrede zu konservativen Positionen mehr. Engagement in der SPD muss immer mit
549 einer Möglichkeit der Durchsetzung unserer Inhalte verbunden sein.

550 **Europawahlkampf**

551 Im Jahr 2024 steht wieder die Europawahl an. Inwiefern wir als Verband Wahlkampf machen, werden
552 wir wie bisher auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) beschließen. Sofern die LDK dies beschließt,
553 werden wir auch im Wahlkampf kritische Aspekte der EU, wie die menschenfeindliche Asylpolitik, nicht
554 beschönigen, sondern die Missstände klar benennen und für unsere Vision eines sozialistischen
555 Europas eintreten.

556 **Bundestagswahlkampf**

557 2025 steht eine Bundestagswahl an. Inwiefern wir als Verband Wahlkampf machen, werden wir auch
558 hier wie bisher auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) beschließen. Dabei scheuen wir uns auch
559 nicht davor, selbst für Ämter und Mandate anzutreten und Verantwortung zu übernehmen.

560 **Grundlagen und Bildungsarbeit**

561 Auch unser Verband ist nicht frei von diskriminierenden Strukturen. Im Kampf gegen Diskriminierung,
562 Rassismus und Antisemitismus hinterfragen wir daher auch unsere eigenen Handlungen und
563 Strukturen. Mit Ansätzen wie "Kritisches Weißsein" und "Kritischer Männlichkeit" wollen wir
564 Privilegien sichtbar machen und so für Veränderung in den Machtstrukturen auch unseres eigenen
565 Verbands sorgen. Antidiskriminierungsarbeit soll sowohl inner- als auch außerparteilich, in Form z.B.

566 von Workshops und Vorträgen, unterstützt und gewährleistet werden. Hierzu gehört auch die
567 Vernetzung und das Empowerment von Betroffenen.

568 Wir wollen als Verband unsere Mitglieder bestmöglich miteinander vernetzen und schulen. Dafür
569 wollen wir neue Formate, wie Kreisvorstandsrunden, ausprobieren und bestehende Strukturen, wie
570 "Kreise supporten Kreise" ausbauen. Zum Wissenstransfer zwischen den Kreisen und Arbeitskreisen
571 wollen wir verstärkt digitale Tools nutzen. Für den aktiven Wissenstransfer werden Funktions- und
572 insbesondere Awarenessschulungen anbieten. Ein besonderer Fokus soll hier auf der Ausbildung der
573 Fähigkeiten von Funktionär*innen wie auf dem Umgang mit mentaler Gesundheit liegen.

574 Um die Arbeitslast des Landesvorstands zu verringern werden wir verstärkt auf Kampagnen- und
575 Projektteams setzen und Taskforces gründen.

576 Veranstaltungsformate sollen immer wieder dahingehend überprüft und reflektiert werden, dass sie
577 möglichst niedrigschwellig sind und möglichst viele Person ansprechen. Außerdem soll darauf geachtet
578 werden, dass bestimmte Formate, wie ein klassisches "Stammtischgespräch" insbesondere für FINTA-
579 Personen abschreckend sein können. Hierzu sollte beispielsweise ein feministisches Sitzungskonzept
580 erarbeitet werden. Bei unseren Sitzungen achten wir darauf, sie so gut wie möglich für die mentale
581 und physische Gesundheit zu gestalten.

582 **Raus aus dem Sitzungssaal**

583 Wir wollen unsere Politik nicht nur in Sitzungssälen machen, sondern verschiedene Formate verstärkt
584 ausprobieren. Dazu gehören Museumsbesuche oder Stadtspaziergänge, lockere Austauschrunden,
585 kreative Formate (wie Poetry Slams), oder Filmabende. Die Tour des Juso-Landesvorstands ("Lavo On
586 Tour") möchten wir auch außerhalb des Wahlkampfs nutzen. So wollen wir beispielsweise lokale
587 Initiativen vor Ort in den Kiezen besuchen und miteinander ins Gespräch kommen.

588 Bei diesen Formaten achten wir darauf, dass sie für möglichst viele Genoss*innen besuchbar sind. Dazu
589 gehört auch, die finanziellen Kosten so gering wie möglich zu halten. Falls Angebote nicht kostenlos
590 möglich sind, sind sie solidarisch zu finanzieren, sodass auch Menschen kostenlos teilnehmen können.
591 Hierzu wollen wir uns auch zwischen den Kreisverbänden zum Thema Finanzen austauschen.

592 Bei gutem Wetter wird versucht, bestimmte Sitzungen ins Freie zu verlegen. Auch Sitzungszeiten
593 sollten in einem angemessenen Rahmen bleiben und stärker zwischen Wochentagen und Tageszeiten
594 variieren, um mehr Mitglieder, zum Beispiel in Schichtarbeit, zu erreichen. Zudem sollten kleinere und
595 auch längere Pausen in unserer Sitzungsplanung, nicht nur bei längeren Kongressen, stärker
596 berücksichtigt werden.

597 **Bündnikongress**

598 In Berlin gibt es viele verschiedene Initiativen und Bündnisse, deren Positionen wir teilen. Durch
599 Schwarz-Rot in Berlin hat sich die SPD weit von der linken Zivilgesellschaft entfernt. Auch wir Jusos
600 leiden darunter, indem wir von vielen nicht mehr als stabile Bündnispartner gesehen werden. Dies
601 wollen wir ändern und auf einem Bündnikongress verstärkt mit verschiedenen Bündnissen, Initiativen
602 und Gewerkschaften ins Gespräch kommen und uns zu unseren Ideen für ein sozialistisches und
603 solidarisches Berlin auszutauschen und anschließend diese Ideen in die Partei tragen, wie unsere
604 Doppelstrategie es vorsieht.

605 **Kongress zur Queer-Politik**

606 Wir leben in einer Gesellschaft, in der Queerfeindlichkeit leider immer noch an der Tagesordnung ist.
607 Queere Menschen führen auch in Berlin kein sicheres Leben. Immer noch haben queere Menschen
608 Angst davor, öffentlich Händchen zu halten oder frei zu lieben. Auch bei uns Jusos Berlin erfahren

609 queere Personen immer wieder Queerfeindlichkeit. Dies gilt es zu beenden. Der Kongress hat das Ziel
610 zum einen einen Schutzraum für LGBTQIA+ Personen sowie Bildungsarbeit zu schaffen. Wir wollen uns
611 bei diesem Kongress vernetzen, Wissen auszutauschen, führen und die Rechte und Anliegen der
612 LGBTQIA+ Gemeinschaft zu fördern. Der Kongress wird eine Vielzahl von Veranstaltungen und
613 Aktivitäten umfassen, darunter Vorträge, Podiumsdiskussionen, Workshops, Panels, kulturelle
614 Veranstaltungen und vieles mehr. Themen können Gleichstellung, soziale Akzeptanz,
615 Gesundheitsfragen, kulturelle Vielfalt, LGBTQIA+ -Rechte und -Aktivismus sowie andere relevante
616 Themen umfassen. Der Kongress richtet sich an queere Personen, Verbündete, Organisationen und
617 Bündnispartner*innen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Arbeit für LGBTQIA-Rechte ein fortlaufender
618 Prozess ist, der weiterhin Unterstützung und Engagement erfordert, um die Gleichstellung und den
619 Schutz aller Mitglieder der LGBTQIA-Gemeinschaft sicherzustellen.

620 **Ostkongress**

621 Die Wendeperspektiven-Reihe soll auf einen Ostkongress im Zeitraum des 35. Jahrestages der
622 Wiedervereinigung hinlaufen, bei dem wir die gewonnen Erkenntnisse gemeinsam mit vielen
623 Genoss*innen aus Berlin, aber auch Gäst*innen aus anderen ostdeutschen Bundesländern besprechen
624 wollen. Die Organisation und Veranstaltung der Wendeperspektivenreihe, sowie auch des
625 Ostkongresses übernehmen gemeinsam der Landesvorstand, die Ostkreise und interessierte
626 Genoss*innen aus dem Landesverband. Der Ostkongress soll im Osten Berlins stattfinden.

627 **Themenlabore**

628 Um große Querschnittsthemen, die sich nicht durch Arbeitskreise oder die Verbandswerkstatt
629 abdecken lassen, angemessen zu bearbeiten, wollen wir in landesweiten Themenlaboren mit neuen
630 Veranstaltungsformaten experimentieren. Statt klassischer Sitzungen mit oder ohne Referent*innen,
631 sollen z.B. workshopartige Formate oder Exkursionen im Vordergrund stehen.

632 **Delegationsreisen**

633 Wir streben eine Delegationsreise zu unserer Partnerorganisation TSD in Bucharest, Rumänien, an, um
634 uns insbesondere über die Themen Migration, marginalisierte Gruppen und der Repräsentanz junger
635 Menschen in Politik und Gesellschaft auszutauschen. Des Weiteren möchten wir anlässlich des
636 Anschlags auf Utøya (Norwegen) eine Delegations- und Gedenkreise planen. Je nach Möglichkeiten
637 und Angeboten hoffen wir, auch noch weitere spontanere Delegationsreisen durchzuführen.

638 Auch fördern wir aktiv den Austausch zu Organisationen, die einen Besuch in Berlin planen. Dazu
639 halten wir engen Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zum Juso-Bundesbüro und zu IUSY, um
640 interessierte Organisationen möglichst gut zu betreuen und langfristige Kontakte aufzubauen.

641 **Auf die Straße**

642 Als Jusos Berlin sind wir viel auf Demonstrationen vertreten. Ob gegen Nazis, in Solidarität mit
643 Streikenden oder bei Klimademos - wir sind sichtbar und lautstark auf der Straße. Damit möglichst
644 viele von uns an Demonstrationen teilnehmen, werden wir uns zu Best-Practice-Beispielen der
645 Mobilisierung austauschen. Außerdem wollen wir ein "How-To" Demo bereitstellen, in dem erklärt
646 wird, wie Genoss*innen beispielsweise eine Demonstration anmelden können. Außerdem wollen wir
647 Demo-Trainings anmelden, sodass sich alle Genoss*innen auf Demos möglichst sicher fühlen,
648 unabhängig davon, wie sie demonstrieren möchten oder wieviel Demo-Erfahrung sie schon haben.
649 Speziell für FINTA-Personen sollen zum Beispiel im Rahmen der Wahlkampfunterstützung in den
650 Ostbundesländern, aber auch darüber hinaus, spezifische Angebote und Vernetzungen diesbezüglich
651 stattfinden.

652 **Gewerkschaften und Bündnisarbeit**

653 Wir sind als eigenständiger Jugendverband Teil vielfältiger Bündnisse. In Bündnissen gegen Rechts
654 engagieren wir uns mit vielen demokratischen Partner*innen, organisieren Demonstrationen und
655 kämpfen gemeinsam gegen den Rechtsruck - auf der Straße und darüber hinaus. Auch in feministischen
656 Bündnissen sind wir vertreten, wie im Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung. Darüber hinaus sind wir
657 aktiv auf der Suche nach neuen Initiativen und Bündnissen, die sich für unsere Sache einsetzen,
658 besonders auch in Bereichen wie Antidiskriminierung und queeres Leben.

659 Insbesondere in Zeiten der Schwarz-Roten-Koalition in Berlin ist es wichtig für uns, engen Kontakt zur
660 Grünen Jugend Berlin zu halten. Wir möchten auch den Kontakt zu jungen Abgeordneten der
661 Linkspartei stärken, damit ab spätestens 2026 wieder progressive Bündnisse möglich sind.

662 Gewerkschaftsmitglied zu sein, gehört als Juso dazu. Deshalb werben wir in unseren eigenen
663 Strukturen aktiv für die DGB-Gewerkschaften. Für eine aktive Bündnisarbeit halten wir proaktiv
664 Kontakt zu den Gewerkschaftsjugenden und progressive, gewerkschaftlichen Kampagnen, wie zum
665 Beispiel Wirfahrenzusammen oder die Krankenhausbewegung. Durch kleine Kontaktteams (geleitet
666 durch ein LaVo-Mitglied) sind wir ständig vor Ort und ansprechbar bei Demos, in Plena und an
667 Streiktagen. Zudem wollen wir die politischen Ideen und Initiativen der Gewerkschaften aufgreifen
668 und diese in unsere Partei tragen. Eine Vernetzung mit Gewerkschaften in breiten linken Bündnissen
669 ist notwendig, um unsere gesellschaftlichen Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

670 **Digitale Formate**

671 Es wird versucht, einige Veranstaltungen digital oder hybrid durchzuführen, um möglicherweise mehr
672 Personen die Teilnahme zu ermöglichen, Abwechslung zu schaffen und Personen mit langen
673 Anfahrtswegen entgegenzukommen.

674 **Dauerhafte Formate**

675 Bei allen inhaltlichen Sitzungen und Auseinandersetzungen sollte aktiv eine feministische Perspektive
676 auf das jeweilige Thema mitgedacht werden. Hier bieten sich zum Beispiel "Feministische 15 Minuten"
677 zu Beginn der Sitzungen an, die aber aufgrund der Arbeitsbelastung nicht immer von FINTAs selbst
678 organisiert und geplant werden müssen.

679 **Verbandsstrukturen**

680 **Verbandsverständnis**

681 Wir Jusos Berlin sind als sozialistischer, internationalistischer, antirassistischer, antifaschistischer und
682 feministischer Richtungsverband Teil der Sozialdemokratie und Teil der gesellschaftlichen Linken.
683 Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen - ohne jede Form von Unterdrückung und
684 Menschenfeindlichkeit. Diese Gesellschaft wünschen wir uns für unsere Stadt Berlin, die im Zentrum
685 unseres politischen Handelns steht und in der jede*r selbstbestimmt und frei von Ängsten leben
686 können soll. Dies muss auch für unseren Verband gelten. Deswegen werden wir jede Form von
687 Diskriminierung auch verbandsintern bekämpfen und marginalisierte Gruppen in unserer Arbeit aktiv
688 fördern.

689 Unsere Grundwerte müssen mit uns wachsen. Wir müssen stetig daran arbeiten, die Werte, die unser
690 Selbstverständnis ausmachen, in unserer politischen Arbeit präsenter zu machen. Auch müssen wir
691 gemeinsam überlegen, welche Weiterentwicklung dieses Selbstverständnisses möglich ist. Welche
692 neuen Themenfelder ergeben sich? Welche Prioritäten wollen wir in unserer politischen Arbeit
693 verfolgen? Auch unsere Grundwerte können sich aktuellen Gegebenheiten anpassen, doch nur, wenn
694 diese von einer breiten Masse der Mitglieder gestützt werden.

695 Als Jusos Berlin ist es unser Anspruch, unsere Verbandsstrukturen regelmäßig auf ihre Funktionalität
696 hin zu überprüfen. Dazu gehören mehrere Aspekte:

- 697 ● Als Jusos Berlin wollen wir unsere Verbandsstrukturen so inklusiv wie möglich gestalten. Wir
698 setzen uns daher mit der Frage auseinander, ob unsere Gremien für Personen, die Care-Arbeit
699 leisten, Schicht arbeiten o.Ä. gut mit ihrem Leben vereinbar sind und wie wir dies verbessern
700 können.
- 701 ● Gremienstrukturen neigen dazu, sich über Jahre hinweg zu verselbstständigen. Wir haben
702 keine Angst vor Veränderung und setzen uns daher damit auseinander, ob unsere
703 Gremienstrukturen für die Arbeit, die wir machen möchten, noch gut funktionieren.
- 704 ● Unser Verband durch seine Diversität aus. Wir überprüfen daher, wie wir diskriminierende
705 Unterschiede abbauen können, Schutzräume verfestigen und Sichtbarkeit erhöhen können.
- 706 ● Als Jusos Berlin sind wir nur so stark wie unsere Mitglieder. Wir setzen uns daher damit
707 auseinander, wie wir die Einbeziehung aller Kreisverbände, egal welcher Größe dauerhaft
708 sicherstellen können und an allen Orten Berlins Menschen für die Juso-Arbeit motivieren
709 können.
- 710 ● Ein großes Anliegen für uns ist die Mentale Gesundheit im Ehrenamt. Wir überprüfen unsere
711 Strukturen kritisch auf die Vereinbarkeit mit psychischer Gesundheit hin und wirken auf den
712 Abbau der Arbeitsbelastung hin.

713 **Verhältnis der Kreise**

714 Der Landesverband der Jusos Berlin setzt sich aus Kreisverbänden zusammen, die sich in ihren
715 Strukturen, ihrer Geschichte und ihrem Mobilisierungspotential unterscheiden. So divers wie unsere
716 Stadt ist, so divers ist auch unser Verband. Wir erkennen an, dass verschiedene Kreise mit einer Vielfalt
717 an unterschiedlichen Problemen in ihrem Wirkungsbereich konfrontiert sind. Insbesondere am Stadtrand
718 und außerhalb des S-Bahn-Rings sind die Wege häufig weit und die Anzahl an aktiven Mitgliedern
719 gering. Wir unterstützen diese Kreise und Kreisteile als gesamter Verband dabei, ihren Kampf
720 fortzusetzen und Mitglieder zu gewinnen. In Zeiten einer erstarkenden AfD ist es unerlässlich, dass wir
721 gerade in diesen Teilen der Stadt stabil gegen rechts Präsenz zeigen.

722 Eine geringe Mitgliederzahl darf nicht mit einer geringen Sichtbarkeit und Teilhabe einhergehen. Der
723 Landesverband und die Kreisverbände stehen zueinander in einem Verhältnis der gegenseitigen
724 Solidarität. Der Landesverband berücksichtigt bei seinen Entscheidungen, ob diese für kleinere
725 Kreisverbände realistisch umsetzbar sind. Jeder Kreis - egal wie groß oder klein - wird in unsere Abläufe
726 und Strukturen eingebunden und als wichtige und wertvolle Stimme dieses Verbands wahrgenommen.
727 Bei der Kommunikation zwischen den Kreisen untereinander und zwischen Landesvorstand und
728 Kreisen stellen wir daher sicher, dass alle Kreise Zugang zu Informationen haben und ihre Ideen und
729 Positionen für und in unserem Verband gehört und gesehen werden. Der Landesverband wirkt aktiv
730 auf einen Ausgleich verschiedener Ressourcen hin und unterstützt strukturschwache Kreise aktiv.

731 Juso-Arbeit in kleineren SPD-Kreisverbänden geht oft mit einer starken Präsenz der Jusos in der SPD
732 einher. Daraus ergeben sich Optionen, aktiv linke Positionen in die SPD hineinzutragen und dort
733 mehrheitsfähig zu machen. Außerdem bieten sich hier vermehrt Optionen für Jusos, sich um Ämter
734 und Mandate zu bewerben. Der Juso-Landesverband unterstützt derartige Bestrebungen und
735 unterstützt die Kreise aktiv bei der Umsetzung dieser Bestrebungen. Gleichzeitig geht die Arbeit in
736 kleinen Kreisverbänden aufgrund der Verantwortung, die Jusos hier in zahlreichen SPD-Gremien
737 tragen, mit einer doppelten Arbeitsbelastung einher. Im Sinne der praktischen Umsetzung unserer

738 Beschlüsse bedenken die Kreise daher bei ihren Vorschlägen, Initiativen und ihren Anträgen die
739 Arbeitsbelastung für kleinere Kreisverbände in Solidarität miteinander.

740 **Strukturreform**

741 Mit den wachsenden gesellschaftlichen Umbrüchen und dem sich weiter entwickelnden Anspruch an
742 uns und unsere Parteiarbeit wachsen und verändern sich die Aufgaben und Prozesse ehrenamtlicher
743 Verbandsarbeit immer weiter. Auch unsere Mitgliederzusammensetzung und -zahlen schwanken
744 gleichzeitig.

745 Bei all diesen Veränderungen müssen wir uns gesamtheitlich damit auseinandersetzen, ob unsere
746 Verbandsstrukturen diesen Ansprüchen und Herausforderungen wirklich noch gerecht werden. Um
747 die Überprüfung unserer Verbandsstrukturen umfassend durchzuführen, erarbeitet der
748 Landesvorstand ein Konzept für ein zweijähriges Projekt. Hieran sollen sich alle Mitglieder des
749 Landesverbands beteiligen können. Der Landesvorstand benennt aus seiner Mitte zwei Personen, die
750 ihren Fokus auf diese umfassende Strukturreform legt. Der Landesvorstand koordiniert und begleitet
751 das Projekt, nimmt aber seine Ergebnisse nicht vorweg und sperrt sich nicht gegen Neuerungen. In der
752 eigentlichen Diskussion stellen wir sicher, dass Basismitglieder genauso Gehör finden, wie
753 Funktionsträger*innen.

754 **Kommunikation**

755 Für uns als Verband ist die Kommunikation mit unseren Mitgliedern sowie mit der Öffentlichkeit sehr
756 wichtig. Dazu werden wir verschiedene Formate, online wie offline, durchführen.

757 **Social Media**

758 Neben klassischen Sitzungsformaten wollen wir vor allem die Arbeit auf den sozialen Netzwerken, mit
759 einem Fokus auf Instagram und den TikTok Kanal, ausbauen. Insbesondere vor dem Hintergrund der
760 wachsenden Stärke der AfD und anderen rechtsextremen sowie weiteren demokratiefeindlichen
761 Akteur*innen müssen auch hier gegenhalten. Mit neuen plattformübergreifenden Konzepten, wie
762 einer Anti-Sexismus-Kampagne, wollen wir unsere Inhalte und den Alltag unserer Verbandsarbeit
763 anschaulich und spannend darstellen. Bei den Beiträgen zu aktuellen politischen Themen, aber auch
764 mit informativen Posts soll vor allem auf eine barrierefreie Kommunikation geachtet werden, um allen
765 eine flexible politische Teilhabe zu ermöglichen. Das Ziel soll die Ansprache neuer, interessierter
766 Menschen sein, die wir durch die teilbaren Beiträge auch außerhalb unserer Filterblase erreichen
767 wollen.

768 **Newsletter**

769 In den Newsletter, der alle zwei Monate verschickt werden sollte, sollen aktuelle Informationen und
770 Statements zu wichtigen Themen zusammengefasst werden. Auch die nächsten Veranstaltungen der
771 Kreise oder die Treffen und Aktionen der verschiedenen Arbeitskreise können hier nach Wunsch
772 aufgelistet werden. Das Ziel ist es, regelmäßig alle wichtigen Informationen und Veranstaltungen auf
773 einen Blick zu haben.

774 **Website**

775 Die Website des Landes soll durchgehend mit Erfolgen und Entwicklungen unseres Verbandes bespielt
776 werden. Auf unserer Website sollen immer alle aktuellen Beschlüsse der
777 Landesdelegiertenkonferenzen sowie des Bundeskongresses zu finden sein. Zusätzlich soll die Website
778 mit unseren Social-Media-Kanälen mittels eines News Feeds synchron erfolgen. So sollen sich über
779 unsere Website Interessierte über anstehende Termine sowie größere politische Veranstaltungen

780 informieren können. Ebenso möchten wir alle Kreise und aktiven Arbeitskreise auf der Website
781 auflisten, ggf. mit Ansprechpartner*innen und Social-Media-Kanälen.

782 **Strukturen**

783 **Landesdelegiertenkonferenz**

784 Wir wollen auch weiterhin mindestens zwei Landesdelegiertenkonferenzen im Jahr veranstalten.
785 Dabei wollen wir daran festhalten, die Landesdelegiertenkonferenzen unter Einbeziehung der Kreise
786 zu organisieren und bei der Auswahl des Tagungsortes darauf zu achten, verschiedene kostengünstige
787 Raumangebote in unserer Stadt zu nutzen. Der Landesvorstand schlägt ein Präsidium vor. Hierfür
788 können nach Bedarf Vorschläge aus den Kreisen eingeholt werden. Das Präsidium wird quotiert besetzt
789 und auch seine Redeleitung soll zu mindestens 50% von weiblichen Präsident*innen erfolgen.

790 Die Kreisverbände sind aufgerufen, eine Quotierung ihrer Delegationen ggf. durch Ergreifen geeigneter
791 Maßnahmen, bspw. der Abmeldung von Delegierten und der Verkleinerung der Delegation bis zur
792 Erreichung der Quotenvorgaben, sicher zu stellen. Wir werden Anträge, die nicht in
793 geschlechtergerechter Sprache verfasst wurden, nicht behandeln. Wir werden unquotierte
794 Delegationen weiterhin zur Rechtfertigung aufs Präsidium bitten und sie entschlossen auffordern, sich
795 eine harte Quote zu geben. Antragsteller*innen, insbesondere der Landesvorstand und die
796 Kreisverbände, sollen, wenn sie mehrere Anträge einbringen, insgesamt auf eine quotierte Einbringung
797 achten, damit Anträge nicht immer von Männern eingebracht werden. Die Redeliste beginnt strikt mit
798 der Antragsbringung, sodass, wenn ein Mann den Antrag einbringt, eine nicht-männliche Person
799 folgen muss. Mindestens eine Gegenrede ist möglich.

800 Bei der Einladung von Gastredner*innen für Grußworte hält der Landesvorstand die 50-Prozent-Quote
801 ein. Wir werden auch künftig anstreben, stets alle Anträge auf jeder Landesdelegiertenkonferenz zu
802 behandeln. Die Antragsdebatten sollen im Zentrum der LDKen stehen. Grußworte müssen in einem
803 ausgewogenen Verhältnis zur Antragsdebatte stehen und nach Möglichkeit an diese gekoppelt sein.

804 Durch die Antragsarbeit auf der Landesdelegiertenkonferenz beschließen wir eigene politische Inhalte
805 und stellen Forderungen an politische Akteur*innen, größtenteils parteiinterne Gremien und Mandats-
806 sowie Amtsträger*innen. Jedes Jahr werden deutlich mehr Anträge an den Bundeskongress der Jusos
807 entsendet, als von diesem bearbeitet werden können. Wir wollen daher in Absprache mit den anderen
808 Landesverbänden auch weiterhin nur eine enge Auswahl an Anträgen an den Bundeskongress
809 entsenden. Diese sind Anträge mit sorgfältiger Analyse, die eine wichtige grundsätzliche Beschlusslage
810 der Jusos erwirken wollen oder eine neue Beschlusslage enthalten, bzw. gegensätzlich zur aktuellen
811 stehen.

812 Im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz werden Unterschiede zwischen Kreisen besonders
813 deutlich. Während einige Kreise hier regelmäßig umfassende Anträge stellen, diese intensiv
814 vorbereiten und umfassende Änderungsanträge einreichen, ruht in manchen Kreisen die Last der LDK-
815 Vorbereitung auf 1-2 Personen.. Wenn in kleinen Delegationen dann auch noch neueren Mitgliedern
816 die Gelegenheit zur Teilnahme als Delegiert*e gegeben werden soll, ist häufig nur noch eine Person
817 anwesend, die Erfahrung mit Antragsarbeit und Landeskonferenzen hat, geschweige denn sich einen
818 Redebeitrag zutraut.

819 Im Zuge der gegenseitigen Solidarität zwischen Kreisen setzen wir uns daher den Anspruch, nur
820 Anträge zu stellen, die aufgrund von Lücken in unseren Beschlusslagen oder aktueller politischer,
821 wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Entwicklungen notwendig sind. Wir vermeiden Anträge, die
822 bestehenden Beschlusslagen nichts hinzufügen und legen stattdessen einen Fokus auf Schulung dieser
823 Beschlusslagen an unsere Mitglieder. Dies dient auch der Verkürzung der Sitzungszeiten. Wir halten

824 uns insgesamt an unsere Selbstverpflichtung zu kürzeren Anträgen und zu Sitzungszeiten, die
825 Vereinbarkeit von Ehrenamt und Alltag erleichtern.

826 Wir begreifen die LDK als Übungsraum, auch für sehr junge oder unerfahrene Genoss*innen. Niemand
827 sollte Hemmungen haben müssen, auf die LDK auch mit unbekanntem Personen über Anträge zu
828 verhandeln oder sich durch Wortbeiträge einzubringen. Wir bieten diesen Raum als Raum zum
829 gemeinsamen Erlernen von politischen Abläufen, wie es unsere Aufgabe als Jugendverband ist.

830 Der Landesvorstand wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf ausreichende Pausenregelungen und
831 eine möglichst barrierearme Ausgestaltung der Landesdelegiertenkonferenzen geachtet. Der
832 Landesvorstand organisiert bei Bedarf eine Kinderbetreuung.

833 Der Umwelt zuliebe werden die Antrags- und Änderungsantragsbücher weiterhin nur noch bei Bedarf
834 in ausgedruckter Form bereitgestellt. Dafür wird nach Antragsschluss eine Abfrage unter den
835 Delegierten durchgeführt. Ein kleines Kontingent an Änderungsantragsbüchern wird auf der LDK zur
836 Verfügung gestellt.

837 **Erweiterter Landesvorstand**

838 Der erweiterte Landesvorstand (eLV), besteht aus den Kreisvertreter*innen, von denen eine*r der*die
839 Vorsitzende oder eine*r der Kreissprecher*innen des jeweiligen Kreises ist, und dem Landesvorstand.

840 Zusätzlich wird aus jedem Arbeitskreis sowie von den Juso-Schüler*innen je ein*e Vertreter*in
841 kooptiert. Der erweiterte Landesvorstand dient der Kontrolle des Landesvorstandes, der
842 Beschlussfassung, der Mitorganisation des Informationsaustausches zwischen den verschiedenen
843 Verbandsebenen und der aktiven Gestaltung des politischen Meinungsbildungsprozesses der Jusos
844 Berlin zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. Der Juso-Landesvorstand bereitet die Sitzungen
845 des erweiterten Landesvorstandes vor und lädt frühzeitig, aber mindestens zwei Wochen im Voraus,
846 ein. Anträge, Protokolle und Beschlüsse des erweiterten Landesvorstandes werden allen interessierten
847 Mitgliedern zugänglich gemacht.

848 Der erweiterte Landesvorstand ist das höchste beschlussfassende Gremium nach der
849 Landesdelegiertenkonferenz. Wir stellen sicher, dass der erweiterte Landesvorstand mindestens
850 sechsmal im Jahr zusammentritt und - im Zweifel auch außerhalb dieses Turnusses - regelmäßig über
851 die Arbeit des Landesvorstands informiert wird. Wir achten so darauf, dass der Landesvorstand
852 insbesondere bei größeren und themenspezifischen Projekten auch die Expertise der Arbeitskreise
853 miteinbezieht. Kreise, Arbeitskreise und Landesvorstand werden bei landesweiten Projekten Hand in
854 Hand arbeiten und so voneinander profitieren können. Positionierungen und Anträge, die wegweisend
855 sind und/oder nicht unbedingt von einer breiten Mehrheit des Verbands getragen werden, beschließt
856 daher nicht der Landesvorstand, sondern der erweiterte Landesvorstand. Die Kreise sind dabei
857 Impulsgeber*innen und werden ermutigt, selbst Anträge zu stellen und Beschlüsse zu erwirken. Dabei
858 steht es Kreisverbänden aber natürlich frei, auch von eLV-Beschlüssen abweichende Positionierungen
859 selbstständig zu beschließen.

860 Zwecks der besseren Vereinbarkeit des Ehrenamt und Alltag, stellt der Landesvorstand ein Verfahren
861 zur Durchführung hybrider eLV-Sitzungen bereit, dass stimmberechtigten Mitgliedern die Teilnahme
862 an (ggf. verdeckten) Abstimmungen ermöglicht.

863 Im Rahmen unserer Auseinandersetzung mit unseren Verbandsstrukturen setzen wir uns auch mit der
864 Rolle des eLV auseinander und schließen eine Reform des Gremiums nicht aus. Dabei behandeln wir
865 unter anderem die Möglichkeit, die Arbeitsbelastung stärker auf mehrere Schultern innerhalb der
866 Kreise zu verteilen. Hierzu soll geprüft werden, ob Stellvertreter*innen für die Kreisvertreter:innen

867 gewählt werden, die im Falle der Abwesenheit das Stimmrecht ausüben können bzw. ob auf anderen
868 Wege mehr Flexibilität ermöglicht wird.

869 **Landesvorstand**

870 Der Landesvorstand ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin zwischen den
871 Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes. Der Landesvorstand trägt die politische Verantwortung
872 des Landesverbands. Er vertritt den Landesverband nach außen und koordiniert die Arbeit des
873 Landesverbands. Seine Mitglieder repräsentieren den Landesverband in Gänze und sind nicht
874 Vertreter*innen einzelner Kreise auf Landesebene. Diese Aufgabe kommt den Mitgliedern des eLV zu.
875 Trotzdem erkennen wir an, dass die Mitglieder des Landesvorstands durch ihre Kreise geprägt sind.
876 Der Landesvorstand strebt daher auch immer den Einbezug von nicht im Landesvorstand vertretenen
877 Kreisen an.

878 Bei Kooptierungen wird strikt auf die Quotierung des Gesamtvorstands geachtet. Für den Fall, dass der
879 Landesvorstand weitere Personen, soweit nicht in den Richtlinien der Jusos Berlin bereits vorgesehen
880 kooptiert, erfolgt dies ausschließlich für konkrete klar definierte Aufgaben. Die Aufgabenbeschreibung
881 wird dem eLV vom LaVo zum Beschluss vorgelegt.

882 Um eine enge Anbindung an die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise zu
883 gewährleisten, übernimmt jedes gewählte Mitglied des Landesvorstands die Betreuung eines oder
884 mehrerer Kreise. So soll jeder Kreis und jeder Arbeitskreis eine*n Ansprechpartner*in im
885 Landesvorstand haben, um diese*n bei Fragen, Problemen oder Anregungen zu konsultieren. Bei
886 Kreisen, die nicht durch eine eigene Person im Landesvorstand vertreten sind, ist die
887 Betreuungsperson verpflichtet, einmal pro Quartal mit den Betreuungskreisen in den direkten
888 Austausch zu gehen. Der Landesvorstand trifft sich mindestens einmal monatlich.

889 Die Aufgabe des Landesvorstands besteht vornehmlich darin, Beschlüsse der LDK und des eLV politisch
890 wie organisatorisch umzusetzen. Außerdem koordiniert er als Ansprechpartner*in das Wirken unseres
891 Verbandes innerhalb der Jusos auf Bundesebene und in internationalen Gremien sowie innerhalb der
892 SPD Berlin und mit unseren Partner*innen auf Landesebene. Bei besonders drängenden oder
893 unproblematischen Fragen kann der Landesvorstand selbstständig politische Positionen fassen und
894 umsetzen. Dabei achtet er darauf, dass eine breite Mehrheit des Landesverbands sich hinter einer
895 solchen Positionierung versammeln kann. Der Landesvorstand ist der LDK und dem eLV umfassend zur
896 Rechenschaft verpflichtet. Über seine Sitzungen berichtet er zeitnah und aktiv dem erweiterten
897 Landesvorstand. Alle zwei Jahre legt er einen ausführlichen Rechenschaftsbericht der
898 Landesdelegiertenkonferenz vor. Er legt jährlich einen Gleichstellungsbericht der
899 Landesdelegiertenkonferenz vor.

900 Wir erkennen an, dass über die Rolle, die der Landesvorstand haben soll, im Verband differenzierende
901 Meinungen existieren. Im Rahmen unserer Auseinandersetzung mit den Verbandsstrukturen gehen
902 wir hierzu in die Diskussion und passen das Aufgabenprofil des Landesvorstands ggf. an. Insgesamt
903 schließen wir eine Reform des Gremiums nicht aus, sofern dies von einer breiten Mehrheit der
904 Verbandsmitglieder gewünscht ist, langfristig zur besseren Arbeitsweise im Landesverband beiträgt
905 und praktisch umsetzbar ist. Wir vermeiden jedoch überstürzte Reformen zur Beilegung aktueller
906 Konflikte und suchen nach einer Lösung, die langfristig eine effiziente und gleichzeitig inklusive
907 Verbandsarbeit ermöglicht.

908 **Awareness-Team**

909 Das Awareness-Team berät und unterstützt Betroffene diskriminierenden Verhaltens im
910 Landesverband. Um die Sichtbarkeit des Teams zu erhöhen, stellen sich die Mitglieder dem eLV und

911 auch direkt in den Kreisen sowie auf den Landesdelegiertenkonferenzen vor. Sie werden von der LDK
912 für zwei Jahre und ein halbes Jahr nach den ordnungsgemäßen Wahlen des Landesvorstandes gewählt.
913 Das Awareness-Team besteht aus sechs Personen. Dabei sollen möglichst alle Personengruppen, die
914 von diskriminierendem Verhalten betroffen sind, Teil des Awareness-Teams sein. Das Awareness-
915 Team wird dabei mind. aus drei FINTA-Personen bestehen sowie aus mind. einer BIPOC-Person.. Die
916 Mitglieder und eine direkte Kontaktmöglichkeit werden zentral auf der Homepage veröffentlicht. Die
917 Team-Mitglieder nehmen an Weiterbildungen teil und beraten den Landesverband bei der
918 Entwicklung von Maßnahmen gegen Sexismus. Sie werden vom Landesvorstand in ihrer Arbeit
919 unterstützt.

920 Sofern auf Veranstaltungen, insbesondere bei Verbandswochenenden, ein anderes Team als das
921 gewählte Awareness-Team die Awareness-Arbeit übernimmt, sind auch diese Mitglieder entsprechend
922 zu schulen. Wir setzen uns dafür auf Bundesebene für ein professionelles Schulungssystem zum Thema
923 Awareness-Arbeit, aber auch für konsequente Awareness-Arbeit auf Bundesebene ein.

924 **Arbeitskreise**

925 Arbeitskreise sind wichtige Bestandteile unseres Verbands. Sie schaffen die Möglichkeit, kontinuierlich
926 an Themenbereichen zu arbeiten und über Kreisgrenzen hinweg Positionen zu diskutieren und
927 weiterzuentwickeln. Sie arbeiten themenspezifisch. Zur Einrichtung eines Arbeitskreises ist die Vorlage
928 eines kurzen Konzepts auf der LDK mit der thematischen Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr,
929 sowie langfristige Perspektive für den Arbeitskreis erforderlich. Der eLV lädt die Arbeitskreise jährlich
930 zur Evaluation ein.

931 **Projektgruppen**

932 Unser Verständnis einer vitalen Verbandskultur ist geprägt von der Überzeugung, dass politische Arbeit
933 nicht ausschließlich in institutionalisierten Gruppen stattfinden kann und darf. Wir wollen es daher
934 weiterhin ermöglichen, dass Genoss*innen sich themenbezogen und kurzfristig zu Projektgruppen
935 zusammenschließen, um Anträge oder Veranstaltungen zu erarbeiten oder vorzubereiten und Themen
936 zu diskutieren. Der Landesvorstand setzt Projektgruppen ein und fördert solcherlei Bestrebungen auch
937 weiterhin in organisatorischer Hinsicht. Zur Einrichtung einer Projektgruppe ist die Vorlage eines
938 kurzen Konzepts mit der thematischen Schwerpunktsetzung erforderlich. Sobald das im Konzept
939 dargelegte Ziel erreicht ist, endet die Laufzeit von Projektgruppen.

940 **Aktions- und Kampagnenteams**

941 Wir Jusos verfolgen mit unserer Doppelstrategie den Ansatz, parlamentarische und aktivistische Arbeit
942 zu kombinieren. Wir wollen Ideen und Anliegen der Zivilgesellschaft in unsere Partei tragen und
943 gleichzeitig linken Bewegungen mit SPD-Strukturen und Ressourcen zum Erfolg verhelfen. Damit das
944 funktioniert, müssen wir proaktiv in den Kontakt zu bestehenden und neuen Bündnispartner*innen
945 treten. Wir werden Kontaktgruppen aufbauen, die unter Koordinierung der zuständigen LaVo-
946 Mitglieder, regelmäßig zu Plena, Streiks, Demos oder sonstigen Veranstaltungen unserer
947 Bündnispartner*innen gehen und deren Strukturen bei ihren Anliegen unterstützen.

948 Zusätzlich zu den Kontaktgruppen werden wir Kampagnen- und Aktionsteams aufbauen. Diese werden
949 von bis zu zwei Mitgliedern des Landesvorstands geleitet und bestehen darüber hinaus aus bis zu 8
950 weiteren Mitgliedern der Jusos Berlin. Die Teilnahme wird zielgruppenspezifisch ausgeschrieben und
951 Teilnehmende vom Landesvorstand ausgewählt

Antragsbereich D: Digitales und Netzpolitik

Antragssteller*in: Jusos Tempelberg & AK Netzpolitik

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D1_1/24 Ein echtes Gesetz zur Bekämpfung digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt

1 Digitale Gewaltakte gehören für viele Personen leider zum Alltag im Internet. Insbesondere FINTA*
2 und BIPoC Personen erleben durch die Nutzung digitaler Medien oder technischer Hilfsmittel oft Hass,
3 Verfolgung und Diskriminierung im digitalen Raum. Gewalt findet nicht nur öffentlich auf sozialen
4 Medien statt, sondern vor allem auch in partnerschaftlicher Gewalt oder im sozialen Nahbereich (z.B.
5 Familie, Freundeskreis, Sportverein). Grob lassen sich zwei Formen digitaler Gewalt unterscheiden:
6 Plattformbasierte digitale Gewalt und technologiebasierte digitale Gewalt, also Gewalt, die mithilfe
7 technischer Geräte und/oder digitaler Technologie ausgeführt wird. Digitale Gewalt ist häufig mit
8 analoger Gewalt verknüpft, etwa als Fortsetzung oder Ergänzung von analog bestehenden
9 Gewaltdynamiken. Auch die Intentionen ähneln sich stark – es geht um Macht, Kontrolle,
10 Unterdrückung, Demütigung, Verletzung und im schlimmsten Fall sogar Vernichtung. Wie auch
11 analoge Gewalt nimmt digitale Gewalt stetig zu. Und das, obwohl das Netzwerkdurchsetzungsgesetz
12 seit Jahren Plattformen verpflichtet, sträfliche Inhalte innerhalb kurzer Zeit zu entfernen. Allein
13 langwierige und intransparente Prüfverfahren von Inhalten, nachdem diese gemeldet wurden, zeigen
14 die Defizite der bestehenden Regulierung. Auch mit dem seit Februar 2024 wirkenden “Digital Services
15 Act” wird sich diese Situation voraussichtlich nicht wesentlich verbessern. Die in 2024 verabschiedete
16 EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beinhaltet ebenfalls
17 neue Straftatbestände im Bereich digitale Gewalt, jedoch blockierten Mitgliedsstaaten wie Polen aber
18 auch Deutschland eine wirklich progressive Gesetzgebung. Was alle diese genannten Regelungen eint:
19 sie sind primär auf die Identifizierung und Verfolgung von strafbaren Inhalten und von Täter*innen auf
20 sozialen Plattformen ausgerichtet, aber wenig bis gar nicht auf Gewalt durch andere Arten von
21 Technologie oder Gewalt im sozialen Nahbereich. Prävention sowie Betroffenenenschutz wird fast
22 gänzlich ausgespart. Im Koalitionsvertrag der Ampelparteien auf Bundesebene wurde vereinbart, ein
23 Gesetz gegen digitale Gewalt auszuarbeiten und die Situation von Betroffenen zu verbessern. Im April
24 2023 hat das Bundesjustizministerium erste Eckpunkte für ein entsprechendes Gesetz vorgelegt. Nach
25 Meinung vieler zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die Ideen aus dem Bundesjustizministerium
26 viel zu kurzgefasst. Eine ganzheitliche Strategie, die Polizeiarbeit, Justiz, Bildungsarbeit und
27 Hilfeleistungen für Betroffene berücksichtigt, fehlt bisher. Daher fordern wir eine echte Strategie
28 gegen digitale Gewalt und ein Gesetz, was diesen Namen auch verdient. Aus unserer Sicht müssen
29 folgende Punkte enthalten sein oder separat von Bund und Ländern angegangen werden:

I: ganzheitliche Definition von digitaler Gewalt

31 Bisher gibt es keine Definition, was digitale Gewalt überhaupt ist. Häufig werden nur Volksverhetzung,
32 Androhung von schwerwiegenden Straftaten oder Morddrohung als digitale Gewalt aufgefasst. Dies
33 sind zwar auch wichtige Beispiele digitaler Gewalt, aber durch den Einsatz von digitaler Technik müssen
34 wir den Begriff weiter fassen, da sich durch technische Innovation die Möglichkeiten digitaler
35 Gewaltanwendungen immer weiter erweitern. So sind beispielsweise Doxing (die Veröffentlichung

36 personenbezogener Daten durch Täter*innen), Stalking, Tracking (die Nachverfolgung von Aktivitäten)
37 sowie bildbasierte Gewalt (z.B. nicht einvernehmliche versandte „dick pics“) sehr verbreitet. Darüber
38 hinaus ermöglichen KI-Systeme die Generierung von gefälschtem und nicht-einvernehmlichem
39 sexuellem Bildmaterial, sogenannte „deep fake pornography“. All das muss im digitalen Raum mit
40 digitaler Gewalt gleichgesetzt werden, da sie Betroffene immens verunsichern und schädigen können.
41 Auch ist es ohne eine Definition von digitaler Gewalt schwierig, eine Datengrundlage aufzubauen, um
42 Forschung zu betreiben und das Problem besser zu verstehen. Häufig gibt es ohne Daten und Definition
43 zu wenig Geld für Präventionsangebote und Maßnahmen zum Schutz vor digitaler Gewalt können nur
44 unvollständig getroffen werden.

45 **II: Bessere Hilfeleistungen für Betroffene**

46 Analoge und digitale Gewalt müssen gemeinsam gedacht werden, da der Übergang oft fließend ist. Die
47 Hilfeleistungen für Betroffene von digitaler Gewalt müssen dringend gestärkt werden. Daher muss, um
48 digitale Gewalt zu bekämpfen, die existierenden Strukturen des Gewaltschutzes durchfinanziert,
49 ausgebaut und für digitale Gewalt aufgerüstet werden. Frauenhäuser sind beispielsweise bereits
50 unterfinanziert und überlastet. Für die Arbeit im Umgang mit digitaler Gewalt sind sie oftmals nicht
51 richtig geschult. Es bedarf hier einer stärkeren finanziellen Förderung existierender Strukturen und der
52 Schaffung spezialisierter Dienste gegen digitale Gewalt. Beispielsweise muss die Förderung der
53 Zivilgesellschaft zur Beratung von Betroffenen von digitaler Gewalt durch das Bundesjustizministerium
54 gestärkt werden. Die Landesregierungen sollen ergänzende Angebote schaffen. Die Berliner
55 Landesregierung soll die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt und für Demokratieerziehung
56 ausbauen und nicht wie bisher immer weiter streichen.

57 **III: Bildungsarbeit**

58 Daneben bedarf es auch weiterer Hilfsprogramme - beispielsweise an Schulen, um digitale Kompetenz
59 zu stärken und frühzeitig gegen digitale Gewalt vorzugehen. Dafür ist, wie im Koalitionsvertrag
60 vorgeschlagen, die Gründung einer Bundeszentrale für digitale Bildung elementar. Schüler*innen
61 sollen dabei auch verstärkt die Fähigkeiten zur digitalen Selbstverteidigung an die Hand gelegt
62 bekommen, um sich sicher auf sozialen Medien und im Umgang mit anderen Technologien zu werden.
63 Zivilgesellschaftliche Akteure sollten dabei mit eingebunden werden. Daneben bedarf es auch
64 besonderer Programme in Unternehmen, an Universitäten und Berufsschulen. Die Einrichtung und
65 spezielle Schulung von psychologischen Diensten in diesen Bereichen sollte verpflichtend sein, damit
66 sich Betroffene schnell Hilfe suchen können.

67 **IV: Bessere Plattformen**

68 Plattformen dienen häufig als Treiber*innen von digitaler Gewalt in dem Hass und Desinformation
69 schneller geteilt und verbreitet werden, als andere Inhalte. Die Tech-Unternehmen hinter den
70 Plattformen müssen bei der Bekämpfung von digitaler Gewalt daher auch verstärkt in die Pflicht
71 genommen werden. So fordern wir, dass Plattformen ihre Algorithmen und Empfehlungssysteme so
72 anpassen, dass Inhalte digitaler Gewalt nicht mehr verbreitet werden können. Inhalte digitaler Gewalt
73 müssen nach Meldung schneller als derzeit üblich gesperrt werden. Unsere Ablehnung des
74 Netzwerkdurchsetzungsgesetz bleibt von dieser Forderung allerdings unberührt. Welche Äußerungen
75 strafbar sind, kann in einem Rechtsstaat nur die Justiz entscheiden und diese Entscheidung nicht an
76 privatwirtschaftliche Unternehmen ausgelagert werden. Dabei müssen aber auch grundlegende
77 Menschenrechte wie die freie Meinungsäußerung und Selbstbestimmung geachtet und dem Löschen
78 konsensueller und legaler sexueller und feministischer Inhalte Einhalt geboten werden. Die
79 Löschrouten und weitere Maßnahmen der Plattformen zum Schutz gegen digitale Gewalt sollen
80 außerdem regelmäßig von einer unabhängigen Aufsichtsbehörde geprüft werden. Die
81 Arbeitsbedingungen von Content-Moderator*innen, welche diese Maßnahmen umsetzen werden,

82 müssen überprüft und verbessert werden. Die Aufsichtsbehörde muss außerdem in die Lage versetzt
83 werden, Plattformen mit empfindlichen Geldstrafen bei Nicht-Einhaltung der Regulierungen zu
84 versehen. Zusätzlich bedarf es Verbandsklagemöglichkeiten für Betroffene gegenüber Plattformen.

85 **V: Polizei- und Justizarbeit verbessern**

86 Die Polizei und Justiz müssen den Umgang mit digitaler Gewalt endlich ernst nehmen und bestehende
87 Gesetze konsequent durchsetzen. Viel zu oft erhalten Betroffene keine Unterstützung oder schlechte
88 Ratschläge. Hier bedarf es einer zusätzlichen Sensibilisierung und verstärkter Zusammenarbeit mit der
89 Zivilgesellschaft sowie Hilfsprogrammen. Auch bedarf es neuer Möglichkeiten des Rechtsstaates, um
90 im Netz effektiv durchgreifen zu können. Richterlich angeordnete und verhältnismäßige
91 Accountsperrern können beispielsweise helfen, die Reichweite von Täter*innen digitaler Gewalt zu
92 beschränken. Zudem müssen die Ressourcen für diesen Themenbereich in der Justiz erhöht und
93 Verfahren sowie Anzeigen weiter digitalisiert werden. Aus diesem Grund wiederholen wir unsere
94 Forderung nach Schwerpunktstaatsanwaltschaften für diesen Bereich. Weiterhin hilft es Betroffenen
95 digitaler Gewalt, die Impressumspflicht so zu aktualisieren, dass keine Privatadressen von
96 Einzelpersonen verwendet werden müssen, denn das setzt Aktivist*innen, Journalist*innen und
97 Blogger*innen unnötigen Risiken aus. Zudem muss der Zugang zu Melderegistersperren für gefährdete
98 Personen wie Journalist*innen, Aktivist*innen oder Politiker*innen vereinfacht werden.

Antragssteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

D2_1/24 Hände weg von meinen Chats! - Gegen Chatkontrolle und Überwachung im Internet

1 „Privacy is the right to a free mind“ - Was bisher geschah

2 Vor 10 Jahren, im Sommer 2013, versetzte der NSA-Mitarbeiter Edward Snowden die Welt in Aufruhr:
3 Mit der Veröffentlichung geheimer Daten und Materialien konnte er beweisen, dass die
4 Geheimdienste der USA ihre eigenen und auch fremde Staatsbürger*innen gezielt – auch das Handy
5 der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde überwacht – aber auch großflächig und
6 ungerichtet abhörten. Diese permanente Überwachung und Aufzeichnung von Bewegungsdaten,
7 Kommunikation und Bildern erlaubte es den Geheimdiensten, auch Jahre nach der Aufzeichnung
8 detaillierte Profile über Bürger*innen zu erstellen. Diese Form der unbegründeten und rechtswidrigen
9 massenhaften Überwachung und Vorratsdatenspeicherung stieß damals zu Recht auf weltweite
10 massive Empörung.

11 Seit den Leaks von Edward Snowden hat sich an der Praxis der Geheimdienste wahrscheinlich wenig
12 geändert. Die Möglichkeiten, die eigene Kommunikation zu verschlüsseln und so vor dem Zugriff
13 Dritter zu schützen, wurden aber ausgeweitet. Was vor 10 Jahren noch ein Hobby von wenigen Nerds
14 war, ist spätestens mit der Einführung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Messengerdiensten in
15 der Breite der Gesellschaft angekommen. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung erlaubt es Nutzer*innen,
16 private Kommunikation zu führen, ohne dass die Nachrichten von Messengerdiensten, Regierungen
17 oder anderen unbefugten Personen gelesen werden kann – ein riesiger Fortschritt für Privatsphäre
18 und sichere Kommunikation im Internet.

19 Im Mai 2022 stellte die schwedische EU-Kommissarin Ylva Johansson einen Gesetzesvorschlag vor, der
20 das Ende für verschlüsselte Kommunikation und Anonymität im Internet bedeuten könnte. „Child
21 Sexual Abuse Reduction“ nennt sich dieses Vorhaben und das Ziel ist es, Kindesmissbrauch und die
22 Verbreitung von kinderpornographischen Inhalten im Netz einzudämmen. Dazu sollen neben der
23 massenhaften Kontrolle von Chats auch Altersverifikation und Netzsperrern eingesetzt werden.

24 Meine Chats gehören mir – und nicht einer KI oder den Behörden!

25 Ylva Johansson schlägt in ihrem Gesetzentwurf verschiedene Maßnahmen vor, die technische
26 Umsetzung bleibt dabei unklar.

27 Zentral in der Debatte um diesen Entwurf ist die sogenannte Chatkontrolle: die Kommission hat das
28 Ziel formuliert, alle Chats auf Kindesmissbrauch und -pornographie zu scannen.

29 Die Einführung einer Chatkontrolle würde dazu führen, dass die private Kommunikation jeder Person
30 zu jeder Zeit gescannt würde. Dies würde einen massiven Einschnitt in die Bürgerrechte bedeuten.

31 Dass man verschlüsselte Kommunikation nicht einfach verbieten kann, ist zum Glück selbst Ylva
32 Johansson klar. Die alternative heißt „client-side scanning“: jede Nachricht würde, bevor sie verschickt
33 wird, auf dem eigenen Gerät gescannt und durch eine KI mit einer zentralen Datenbank aus
34 kinderpornographischen Materialien verglichen. In der Logik der EU-Kommission wird dadurch die
35 Verschlüsselung der Kommunikation nicht angegriffen, schließlich wird die Nachricht erst gescannt und
36 erst danach verschlüsselt.

37 Dennoch würde die Einführung dieser Technologie einen massiven Einschnitt in die Privatsphäre
38 darstellen und nach Einschätzung des legal councils der EU die Essenz der fundamentalen Rechte
39 verletzen. Auch die Expert*innen, die der Digitalausschuss des Bundestages im März zu einer Anhörung
40 eingeladen hat, haben sich einmündig gegen client-side-scanning ausgesprochen. Von
41 Kinderschutzbund und Internet-Ermittler bis Chaos Computer Club – nicht einmal der Union ist es
42 gelungen, eine*n Expert*in aufzutreiben, der*die sich für die vorgeschlagenen Maßnahmen
43 ausspricht.

44 Auch technisch zeigen sich Problematiken: damit eine KI Missbrauchsabbildungen erkennen kann,
45 muss sie vorher auf einer Sammlung von solchen Abbildungen trainiert werden. Dabei werden der KI
46 Abbildungen gezeigt und die KI soll die Abbildungen als Missbrauch oder nicht deklarieren. Die
47 Entscheidungen der KI im Trainingsprozess müssen von Menschen kontrolliert werden, die sich
48 ebenfalls diese Abbildungen ansehen und die Entscheidung der KI bestätigen müssen. Eine solche
49 unbekannte KI bietet massives Missbrauchspotential. Verbrecher*innen könnten Zugriff auf
50 Trainingsdaten erlangen und diese Abbildungen weiter nutzen oder sich durch die KI selbst Bilder
51 generieren lassen. Weiterhin kann von Bürger*innen nicht kontrolliert werden, ob die eigenen
52 Nachrichten tatsächlich nur in diesem Rahmen kontrolliert oder ob auch andere Inhalte gesucht
53 werden.

54 Jede*r Bürger*in wäre davon betroffen, dass sämtliche private Kommunikation ständig durchsucht
55 würde. Von einer zentralen unbekanntem Entität. Neben echten Missbrauchsabbildungen würde diese
56 Kontrolle auch jede Menge falsche Meldungen produzieren, also Nachrichten, die fälschlich als
57 Missbrauch gekennzeichnet werden und dann von den Behörden kontrolliert werden. Dies kann
58 sowohl das Versenden von Kinderfotos in Familiengruppen als auch Nachrichten betreffen, die sich
59 Jugendliche einvernehmlich schicken. Studien zeigen zudem, dass Inhalte, die die queere Community
60 betreffen, deutlich häufiger fälschlich als Pornographie erkannt werden.

61 Zudem ist fragwürdig, ob die Einführung der Chatkontrolle tatsächlich einen Beitrag zu weniger
62 Kindesmissbrauch leisten würde. Kinderpornographische Abbildungen werden in der Regel nicht per
63 Messenger versendet. Stattdessen werden Links auf Seiten im „dark net“ geteilt, von denen das
64 Material anonym abgerufen werden kann.

65 Die Einführung einer Chatkontrolle würde das zugrundeliegende Problem also nicht lösen, sondern
66 unverhältnismäßig in die Privatsphäre aller eingreifen.

67 **Keine Stoppschilder im Internet – Löschen, statt sperren!**

68 Schon 2019 sagte Ursula von der Leyen, damals noch als Familienministerin, kinderpornographischen
69 Inhalten im Internet den Kampf an. Ihr Vorschlag: Seiten, auf denen kinderpornographisches Material
70 zu finden ist, sollen gesperrt und mit einem großen Stoppschild versehen werden. Dieser Vorschlag
71 wurde damals nach langen Protesten aufgegeben. Zu Recht! Netzsperrungen sind nicht nur schwer
72 umzusetzen und lassen sich von Hacker*innen umgehen. Wird eine Seite mit einem großen roten
73 Stoppschild versehen, wird auch noch aktiver Täter*innenschutz betrieben. Alle Materialien existieren
74 noch auf den Servern der gesperrten Seite und können von Betreiber*innen einfach auf eine andere
75 Seite übertragen werden.

76 Stattdessen wird in Deutschland inzwischen das Prinzip „Löschen, statt Sperren“ verfolgt. Stoßen
77 Ermittler*innen im Internet auf kinderpornographisches Material, wird dies an die
78 Serverbetreiber*innen gemeldet, die die Seite mit allen Inhalten löschen. Dieses Verfahren ist „einfach
79 und wirksam“, so berichtet es das Justizministerium. Und doch werden viele Seiten nicht direkt
80 gelöscht. Ein Sprecher des BKA erklärte der Tagesschau, dass den Behörden Personal fehle, um alle

81 Seiten zu löschen. Es ist nicht hinnehmbar, dass einfache Mittel, die ausschließlich Täter*innen
82 betreffen, durch Ermittlungsbehörden nicht ausgeschöpft werden.

83 Netzsperrern sind auch auf europäischer Ebene zu verhindern. Stattdessen muss
84 kinderpornographisches Material wo immer es auftritt, gelöscht werden. Behörden müssen
85 ausreichend Personal ausgestattet sein, um Seiten zu löschen.

86 **Alter, geht's noch? - Ein Internet ohne Altersverifikation und Ausweispflicht**

87 Die Kommission geht in ihrem Gesetzesvorhaben aber noch weiter, als bestehendes Material zu
88 erkennen. Auch dem sogenannten „grooming“ - also versuchter Kontaktaufnahme von Erwachsenen
89 bei Kindern mit dem Ziel des Missbrauchs soll Einhalt geboten werden. Dafür könnten Anbieter künftig
90 dazu gezwungen werden, Alterskontrollen einzuführen.

91 Heute schon verhindern manche Anbieter, dass Kinder von Erwachsenen angeschrieben werden
92 können. TikTok beispielsweise stellt Accounts von 13- bis 15-jährigen grundsätzlich privat. Solche
93 Maßnahmen basieren meist auf Selbstauskünften der Nutzer*innen, dies wird der EU-Kommission
94 sicher nicht ausreichen.

95 Möglichkeiten der Altersverifikation reichen von der Identifikation mit Ausweisen bis zur KI-gestützten
96 Berechnung des Alters durch biometrische Daten. Aus Datenschutzperspektive ist dabei eine Variante
97 schlimmer als die nächste.

98 Die Verifikation des Alters durch Kontrolle des Personalausweises würde das Ende der Anonymität im
99 Internet bedeuten. Nutzer*innen jeder Plattform, auf der Chats möglich sind, müssten den
100 Anbieter*innen alle persönlichen Daten übermitteln. Ein Datenleak oder ein Hackerangriff auf die
101 Datenbanken der Anbieter*innen wäre fatal. Durch die digitale Ausweisapp der Bundesrepublik soll es
102 in Zukunft möglich sein, nur bestimmte Daten zu übermitteln, diese Technologie existiert zur Zeit noch
103 nicht. Der Angriff auf die Anonymität im Internet bleibt. Sich jedes mal im Internet mit persönlichen
104 Daten anmelden zu müssen, sorgt dafür, dass Anbieter*innen weitere Daten von Nutzer*innen
105 sammeln können, die sie eigentlich nicht benötigen.

106 Personen, die keinen Ausweis besitzen, wären so komplett von digitaler Teilhabe ausgeschlossen. Auch
107 Betreiber*innen von Open-Source-Programmen wären von einer solchen Regelung bedroht. Open-
108 Source-Programme ermöglichen es Nutzer*innen, Programme kostenlos zu nutzen,
109 weiterzuentwickeln und zu testen. Dabei gibt es keine zentrale Datenbank von Nutzer*innen, sondern
110 Programme oder Quellcode können aus verschiedenen Quellen genutzt werden. Der Schutz der
111 persönlichen Daten von Nutzer*innen muss auch im Internet gelten!

112 **Wie geht es weiter?**

113 Das Europäische Parlament berät zur Zeit in den Ausschüssen über das vorliegende Konzept. Das
114 Votum des Ausschusses für den Binnenmarkt, der hauptverantwortlich für den Entwurf ist, steht noch
115 aus. Eine Entscheidung des Parlaments wird noch vor der Europawahl erwartet.

116 Die Bundesregierung hat sich bereits für den vorliegenden Vorschlag ausgesprochen, spricht sich aber
117 für den Schutz von Ende-zu-Ende Verschlüsselung aus.

118 Keine Frage: Kindermissbrauch und -pornographie muss dringend bekämpft werden! Dieses
119 vielschichtige gesellschaftliche Problem kann aber nicht durch ein technisches Wunder gelöst werden
120 und erst recht nicht dadurch, dass private Kommunikation permanent überwacht wird.

121 Als Jungsozialist*innen kämpfen wir für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Für viele von uns ist
122 das Internet ein Raum, in dem wir viel Zeit verbringen, politisch aktiv sind, Kontakte und

- 123 Freund*innenschaften knüpfen und uns weiterbilden. Ein Angriff auf die Freiheit dieses Raumes ist
124 nicht hinnehmbar.
- 125 Was für analoge Kommunikation gilt, muss auch im Internet gelten – meine Nachrichten gehören mir!

Antragsbereich F: Feminismus und Gleichstellung

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Willmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

F1_1/24 Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt besser schützen!

1 Wenn es darum geht, unser Rechtssystem zu bewerten, muss dieses sich immer auch daran messen
2 lassen, wie mit Opfern von Straftaten umgegangen wird. Es sollte selbstverständlich sein, dass gerade
3 diejenigen, die Opfer einer Straftat werden, besonderen Schutz bekommen. Gerade Opfer von
4 sexualisierter und häuslicher Gewalt werden allerdings nicht ausreichend geschützt. Die Zahl der
5 Betroffenen von sexualisierter und häuslicher Gewalt steigt jedes Jahr an und betrifft besonders FINTA.
6 So wird fast alle zwei Minuten ein Mensch in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt. Jede Stunde
7 werden mehr als 14 FINTA Opfer von Partnerschaftsgewalt. Gleichzeitig gibt es bundesweit pro Jahr
8 mehr als 13.000 Anzeigen wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung. Tagtäglich sehen sich FINTA
9 mit sexuellen Übergriffen konfrontiert. Diese reichen von sexuellen Anspielungen und Blicken bis hin
10 zu übergriffigen Nachrichten und Berührungen. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen muss dem Schutz
11 der Opfer deswegen dringend mehr Aufmerksamkeit zukommen.

Retraumatisierende Vernehmungen verhindern

12 Oftmals werden Betroffene von sexualisierter Gewalt bei ihren Aussagen, die im Rahmen eines
13 Gerichtsverfahrens notwendig sind, retraumatisiert. Jede Aussage führt zu einer erneuten
14 Konfrontation mit dem Geschehenen. Und selbst, wenn es dann zu einem Urteil kommt, ist es in der
15 Regel so, dass das Verfahren in einer höheren Instanz erneut verhandelt wird, sodass dann erneut eine
16 Aussage gemacht werden muss. Um den Betroffenen eine Aussage vor Gericht in mehreren Instanzen
17 zu ersparen, wurde 2013 die Möglichkeit geschaffen, dass Verfahren, bei denen die mehrfache
18 Befragung der Betroffenen zu erheblichen psychischen Belastungen führen kann, nicht beim
19 Amtsgericht, sondern direkt beim höher instanzlichen Landgericht starten. In der Realität wird diese
20 Möglichkeit aber aufgrund von fehlenden Ressourcen und Personalmangel an den Landgerichten nicht
21 genutzt. Vielmehr wird fast immer beim Amtsgericht angeklagt, sodass es in aller Regel zu Verfahren
22 in zwei Instanzen kommt und die betroffene Person dann auch zweimal aussagen muss. Wir fordern
23 daher, dass die Landgerichte besser ausgestattet werden, sodass eine Retraumatisierung mit allen
24 Mitteln verhindert wird.
25

Psychische Belastung bei Gewaltschutzverfügungen verringern

26 In Deutschland finden jährlich zahlreiche Gewaltschutzverfahren statt, in denen Opfer von häuslicher
27 oder sexualisierter Gewalt versuchen, Schutzmaßnahmen zu erwirken. Dabei besteht das eklatante
28 Problem, dass bei Anhörungen im Rahmen dieser Verfahren die Betroffenen in der Regel gemeinsam
29 mit den Täter*innen vor Gericht erscheinen müssen. Dies führt zu erheblichen psychischen
30 Belastungen, da die Opfer direkt mit demjenigen konfrontiert werden, vor denen sie sich fürchten.
31 Oftmals leiden die Betroffenen schon lange vor dem eigentlichen Tag der Anhörung vor
32

33 wiederkehrenden Panikattacken und Schlafproblemen. Es besteht zwar die Möglichkeit, eine
34 getrennte Anhörung zu beantragen, dies wird allerdings von den Gerichten häufig mit dem Verweis
35 auf einen höheren Aufwand abgelehnt. Die potentielle Retraumatisierung und der Stress, dem die
36 Betroffenen ausgesetzt sind, wird häufig ignoriert.

37 Wir fordern deshalb, dass es auf Antrag der betroffenen Person, der nicht weiter begründet werden
38 muss, ein Recht auf getrennte Anhörung gibt!

39 **Häusliche Gewalt endlich auch vor den Familiengerichten berücksichtigen!**

40 Ein weiteres Problem sehen wir darin, dass bei Familiengerichten häusliche Gewalt von den
41 Richter*innen bei ihren Entscheidungen nicht angemessen berücksichtigt wird. Streiten sich etwa zwei
42 Eltern um das Sorgerecht für ihr gemeinsames Kind, wird von häuslicher Gewalt betroffenen
43 Partner*innen oft empfohlen diese Gewalt vor den Gerichten nicht anzusprechen, weil es ihnen von
44 Richter*innenseite häufig negativ ausgelegt wird. So wird dann nicht selten behauptet, dass die
45 häusliche Gewalt nur angesprochen wird, um die andere Person zu diskreditieren. Wird die Gewalt
46 doch angesprochen, spielt sie für die Entscheidung im Sorgerecht keine große Rolle. Häufig wird von
47 den Richter*innen argumentiert, dass die Gewalt ein Phänomen ist, was sich nur zwischen den
48 Partner*innen abspielt und Gewalt gegen die Kinder nicht denkbar ist. Es zeigt sich aber, dass das in
49 der Regel nicht stimmt und die Kinder dann auch häufig Opfer von häuslicher Gewalt werden. Darüber
50 hinaus wird das betroffene Elternteil durch den gemeinsamen Umgang der weiteren Gefahr von
51 Übergriffen ausgesetzt. In der Abwägung wird eine mögliche Entfremdung des Kindes zu einem
52 Elternteil, oftmals dem Vater, mehr Gewicht zugestanden, als die mögliche Gefahr von körperlichen
53 Übergriffen dem Kind oder dem betroffenen Elternteil gegenüber. Das kann nicht sein!

54 Diese Fehleinschätzung kommt auch davon, dass die Richter*innen sich zwar juristisch mit dem
55 Familienrecht gut auskennen, aber keine besonderen Schulungen oder Fortbildungen im
56 Zusammenhang mit sexualisierter und häuslicher Gewalt bekommen. Dies ist etwa bei
57 Jugendrichter*innen anders. Diese erlernen neben den rechtlichen Grundlagen auch den besonderen
58 Umgang mit Jugendlichen und den gesellschaftlichen Kontext von Jugendkriminalität.

59 Wir fordern daher, dass niemand Familienrichter*in werden kann, ohne vorher entsprechende
60 Schulungen besucht zu haben, in denen die sozialen Bedingungen und unterschiedlichen
61 Erscheinungsformen von sexualisierter und häuslicher Gewalt gelehrt werden. Außerdem muss es
62 regelmäßige Fortbildungen geben.

63 Zusammenfassend fordern wir daher,

- 64 ● dass die Landgerichte besser ausgestattet werden und die Möglichkeit Verfahren wegen
65 sexualisierter Gewalt vor den Landgerichten anzuklagen konsequent genutzt wird
- 66 ● dass es auf Antrag der betroffenen Person, der nicht weiter begründet werden muss, ein Recht
67 auf getrennte Anhörung gibt
- 68 ● dass Familienrichter*innen vor Ausübung ihres Amtes besondere Schulungen zu dem Thema
69 der sexualisierten und häuslichen Gewalt besuchen und ihr Wissen in regelmäßigen
70 Fortbildungen erneuern müssen
- 71 ● Umfassende Forschung zu den Folgen von erzwungenem Umgang auf die Opfer und deren
72 Kinder

Antragssteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

F2_1/24 #MeToo unless you are a Jew? - Für eine feministische Solidarität mit Israel

1 Die Jusos sind ein **feministischer und internationalistischer Verband**. Diese Grundwerte leiten uns
2 auch in der Reaktion auf die Angriffe der Hamas auf Israel und die Kämpfe in Gaza. Wir sind gefragt,
3 die **massive antisemitische Gewalt, insbesondere auch gegen Frauen, zu verurteilen** und solidarisch
4 an der Seite von jüdischen Menschen weltweit zu stehen. Gleichzeitig sind wir in **großer Sorge wegen**
5 **der humanitären Katastrophe in Gaza**, unter der vor allem Frauen und Kinder leiden.

6 Am 07. Oktober 2023 wurden so viele jüdische Menschen an einem Tag ermordet, wie zuletzt während
7 der Shoah. Der barbarische Angriff der Hamas auf Zivilist*innen, Kibuzzime und ein Musikfestival
8 gipfelte in einem Massaker. Hunderte Israelis wurden in den Gazastreifen verschleppt, bis heute
9 werden 134 Geiseln in Gaza festgehalten, unter ihnen Kleinkinder, Senior*innen und Frauen. Während
10 der Angriffe wurden hunderte Frauen bestialisch ermordet und vergewaltigt. Augenzeug*innen
11 berichten von Massenvergewaltigungen auch an Kindern und alten Frauen. Sie berichten von sexueller
12 Gewalt, dem Verstümmeln von Genitalien und Folter.

13 Diese Taten lassen sich anhand von Zeug*innenaussagen belegen, aber sie wurden von der Hamas
14 auch gefilmt und live im Internet gestreamt. Die Bilder von blutenden Frauen, die unter dem Jubel der
15 Terroristen auf Jeeps in den Gazastreifen verschleppt wurden, dienten gerade auch dem Zweck, der
16 ganzen Welt zu zeigen, dass niemand in Israel sicher sein kann.

Zwischen Solidarität und Judenhass - Reaktionen auf den 07. Oktober

17 Die Reaktionen auf den Angriff der Hamas fielen im Ausland und gerade auch in Deutschland sehr
18 unterschiedlich aus. Während einige Menschen sich in den Tagen nach dem Angriff zu
19 Solidaritätskundgebungen am Brandenburger Tor versammelten, wurden von Vertretern von
20 Samidoun, einer Vorfeldorganisation der Terrororganisation „Volksfront zur Befreiung Palästinas“
21 Süßigkeiten verteilt, um den Mord an unzähligen Israelis und jüdischen Menschen zu feiern. Während
22 jüdische Menschen in Deutschland um Freund*innen trauerten oder die Ausreise von Verwandten aus
23 Israel organisieren mussten, trafen sich fast täglich antiisraelische Gruppierungen zu
24 Demonstrationen, bei denen mit Slogans wie „from the river to the sea“ oder „yallah intifada!“ offen
25 zur Vernichtung des einzigen jüdischen Staates aufgerufen wurde. Diese Aufrufe haben nichts mit einer
26 legitimen Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung zu tun.
27

28 Gleichzeitig sehen wir mit Erschrecken, dass insbesondere von rechten und konservativen Kräften
29 Antisemitismus als „importiertes Problem“ bezeichnet und migrantische und muslimische Gruppen
30 unter Generalverdacht gestellt werden. Wir stellen uns selbstverständlich **gegen Rassismus und**
31 **Islamfeindlichkeit** und verurteilen diese Aussagen aufs Schärfste. Den Antisemitismus, der der
32 deutschen Gesellschaft seit Urzeiten inhärent ist, dermaßen zu verharmlosen ist eine
33 geschichtsvergessene Unverschämtheit!

Feministische Solidarität – leider Fehlanzeige

34 Besonders schockierend sind die Reaktionen von linken und feministischen Bündnissen auf die
35 Ereignisse des 07. Oktobers. In den Tagen und Wochen nach dem 07. Oktober konnten wir in vielen
36

37 Statements und Redebeiträgen bei Demonstrationen erfahren, wie **Gewalt gegen israelische Frauen**
38 **als Teil eines legitimen „Befreiungskampfes“ relativiert** und verharmlost wird. Berichten von
39 israelischen Frauen, die Gewalt erfahren oder beobachtet haben, wird bis heute nicht ausreichend
40 Gehör geschenkt.

41 Die prominenteste Organisation, die nach dem 07. Oktober mit ohrenbetäubenden Schweigen auffiel,
42 ist **UN Women**, die „Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen“.
43 Auch in den folgenden Monaten wurden die Angriffe auf Israel und israelische Frauen nicht klar
44 verurteilt. Dass sich ausgerechnet eine Organisation, die für die Rechte von Frauen kämpft, nicht zu
45 massenhaften und systematischen Vergewaltigungen äußert, ist eine Schande für UN Women und die
46 gesamte UN.

47 **Gegen jeden Antisemitismus auf der Welt!**

48 Antisemitismus ist eine Verschwörungsideologie. Während sich der Antisemitismus von rechts häufig
49 durch krude Weltmachtsfantasien und direkte Diffamierung von Jüd*innen auszeichnet, ist in der
50 politischen Linken vor allem ein **israelbezogener Antisemitismus** verbreitet. Unter dem Deckmantel
51 vermeintlicher Kritik an der „Politik“ oder “Regierung“ Israels werden dabei in der Regel typische
52 antisemitische Verschwörungserzählungen rezipiert. In linken und auch feministischen Kontexten
53 beobachten wir, dass jüdische Perspektiven häufig zu wenig berücksichtigt werden.

54 Wir beobachten seit Jahren, dass Antisemitismus nicht nur Teil einer rechten, islamistischen oder
55 antiimperialistisch-linken Ideologie ist, sondern auch **teilweise mit feministischen Überzeugungen**
56 **korrespondiert**. Wo vereinfachte Kritik an den bestehenden Verhältnissen formuliert wird, die die
57 **komplexe Realität in feststehende Gruppen von Unterdrückern und Unterdrückten einteilt**, ist kein
58 Platz für jüdische Menschen, es ist kein Platz für Israel. Vereinfachte Analysen verbinden die Kämpfe
59 aller marginalisierter Gruppen weltweit zu einem einzigen Kampf gegen Unterdrückung. Der Staat
60 Israel wird in dieser Analyse zu einem übermächtigen antifeministischen und rassistischen
61 Unterdrücker. Die komplexe Realität und die Lebenswirklichkeit von jüdischen Menschen weltweit, die
62 auf Israel als Schutzraum angewiesen sind, wird nicht wahrgenommen.

63 Solchen vereinfachten Analysen stellen wir eine **feministische und sozialistische Analyse der**
64 **Verhältnisse** entgegen, die die Lebensrealitäten von jüdischen, israelischen und palästinensischen
65 Frauen und Queers weltweit anerkennt.

66 **Jin, Jiyan, Azadī heißt auch: Gegen jeden Islamismus!**

67 Das iranische Regime, das in einem Kampf gegen die eigene protestierende Bevölkerung gerade auch
68 gegen Frauen und Queers vorgeht, unterstützt die Hamas im Kampf gegen Israel mit
69 Milliardenbeträgen. Auch die libanesische Terrormiliz Hisbollah beteiligt sich an diesem Kampf und
70 feuert regelmäßig Raketen auf Israel.

71 Diese drei Gruppierungen eint ein **gemeinsames islamistisches Weltbild**. Für uns ist vollkommen klar:
72 Der Islamismus ist eine extremistische Ideologie, welche nichts mit dem Islam oder muslimischen
73 Menschen zu tun hat, sondern gerade diese Begriffe missbraucht, um ihre Menschenfeindlichkeit zu
74 rechtfertigen. Pauschalisierungen, die insbesondere von Konservativen geäußert werden, verurteilen
75 wir auf das Schärfste.

76 Kernelemente der islamistischen Ideologie lassen sich beispielsweise in der Grundcharta der Hamas
77 nachlesen und beinhalten einen antisemitischen Wahn, der in der Auslöschung allen Jüdischen und
78 der Vernichtung Israels gipfelt. Weiterhin wird allem „Westlichen“ und insbesondere den USA der

79 Kampf angesagt. Die islamistische Ideologie steht einer pluralen und demokratischen Gesellschaft
80 grundsätzlich entgegen. **In ihrem Kern ist sie frauen- und queerfeindlich, sie ist durch und durch**
81 **antisemitisch.**

82 **Solidarität mit Frauen in Gaza!**

83 Neben dem Leid, das die Hamas seit dem 07.Oktober über Israel gebracht hat und immer noch bringt,
84 zieht der Angriff auch **schreckliche Konsequenzen für die palästinensische Zivilbevölkerung im**
85 **Gazastreifen** nach sich. Die humanitäre Lage vor Ort ist katastrophal.

86 Die letzten Berichte über die medizinische Versorgung von Frauen und Kindern sind erschreckend.
87 Aufgrund der schlechten Versorgung und dem Mangel an Medikamenten müssen Frauen teilweise
88 ohne medizinische Hilfe entbinden und Kaiserschnitte werden ohne Narkose durchgeführt. Diese
89 Zustände können wir nicht hinnehmen!

90 Israelis und Palästinenser*innen, die Frieden wollen, müssen **eines Tages Seite an Seite und ohne**
91 **Terror leben können.** Den Menschen muss ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Würde und mit gleichen
92 Rechten ermöglicht werden – auch wenn das heute weiter entfernt scheint denn je. Für uns ist klar:
93 Gewalt gegen Frauen und Queers ist zu verurteilen! Wir sind solidarisch mit Frauen in Israel und den
94 palästinensischen Gebieten.

95 Konkret folgt für uns:

- 96 • Wir stehen an der Seite von Frauen und Queers in Israel und Gaza, die Leid und Gewalt erlebt
97 haben
- 98 • Wir fordern “Bring them home!” - alle Geiseln müssen zu ihren Familien nach Israel
99 zurückkehren
- 100 • Wir treten jedem Antisemitismus entgegen und nehmen eine kritische Rolle in feministischen
101 Bündnissen ein
- 102 • Wir erkennen im Islamismus eine Gefahr für Frauen in Nahost und weltweit und treten dieser
103 Ideologie klar entgegen
- 104 • Wir stellen uns pauschalen Verurteilungen von muslimischen Menschen entgegen
- 105 • Wir spielen Antisemitismuskritik und Antirassismus nicht gegeneinander aus, sondern
106 bekämpfen beides wo immer es auftritt

Antragsbereich G: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Antragssteller*innen: Erweiterter Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

G1_1/24 Armut beenden!

1 Armut ist gesellschaftlich oft unsichtbar, aber wenn sie Menschen betrifft, betrifft sie alle Bereiche
2 ihres Lebens. Sie dominiert sowohl das tägliche Leben wie auch alle Zukunftspläne. Was Armut genau
3 ist, unterscheidet sich zwar je nach Definition, aber grundsätzlich ist von finanzieller Armut betroffen,
4 wer den eigenen Lebensunterhalt nicht ausreichend bestreiten kann. Dazu gehören
5 Grundbedürfnisse, die nicht ausreichend befriedigt werden können, wie Essen, Wohnen, Kleidung,
6 Bildung usw. Für uns ist klar, dass ein menschenwürdiges Leben über diese Aspekte hinausgeht – so
7 gehört beispielsweise auch die Möglichkeit zur gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe
8 wie auch Mobilität dazu. Armut kann auch wirtschaftlich gemessen werden. So gilt eine Person in
9 Deutschland statistisch als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 60% des durchschnittlichen
10 Einkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat. Aufgrund der wachsenden Einkommensschere in
11 Deutschland, bei der wenige Menschen immer mehr verdienen, viele aber immer weniger, ist diese
12 Berechnung sehr wahrscheinlich verzerrt, sodass es vermutlich eine hohe Dunkelziffer von
13 armutsbetroffenen Menschen in Deutschland nach dieser Berechnung gibt.

14 Aber auch nach dieser Definition waren 2022 17,4 Millionen Menschen in Deutschland von Armut
15 betroffen. Dies sind 21% der Bevölkerung. Zusätzlich gilt jede 7. Person in Deutschland als
16 armutsgefährdet. Auch in Berlin ist die Situation dramatisch. Nach Angaben des Paritätischen
17 Gesamtverbands sind 20% der Berliner*innen von Armut betroffen. Besonders betroffen sind auch
18 Kinder: Jedes vierte Kind in Berlin ist armutsgefährdet.

19 Für uns Sozialist*innen ist das kein Zustand, den wir akzeptieren können. Während der Kapitalismus
20 dafür sorgt, dass Einzelne immer reicher werden, Wohlstand vererbt wird und reiche Menschen
21 immer reicher werden, werden auf der anderen Seite arme Menschen immer ärmer und immer mehr
22 Menschen arm. Die gesellschaftliche Debatte stellt dabei Reichtum als Ergebnis harter Arbeit dar und
23 Armut als das eigene ‚Versagen‘ der Betroffenen. Mit vermeintlichen Aufstiegsversprechen wird
24 Einzelpersonen eingeredet, sie müssten nur hart arbeiten und sich genug bilden, um den Weg aus der
25 Armut zu schaffen. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Genauso wie Reichtum in Deutschland über
26 Generationen vererbt wird, wird Armut vererbt und systemische Faktoren sorgen dafür, dass von
27 Armut betroffene Menschen kaum aus der Armut herauskommen können. Anstatt Steuern für die
28 reichsten Menschen des Landes ein wenig zu erhöhen, wird in der aktuellen Haushaltsdebatte zuerst
29 beim Bürgergeld, also bei den finanziell ärmsten der Bevölkerung gespart – durchgesetzt von einer
30 sozialdemokratisch geführten Regierung.

31 Wir werden nicht einfach hinnehmen, dass Menschen in diesem Land zu wenig zum Leben haben. Wir
32 müssen verschiedene Faktoren und Dimensionen von Armut analysieren und verstehen. Nur so
33 können wir endlich Armut beenden.

34 **Armut verstehen**

35 Um Armut beenden zu können, muss zunächst analysiert werden, wie Armut verschiedene Gruppen
36 betrifft und sich auswirkt. Nur so können wir wirksame Instrumente finden, um ihr etwas
37 entgegenzusetzen. So gibt es auch in Berlin große Unterschiede, was Armut betrifft. Im Wedding,
38 Gesundbrunnen oder Neukölln wohnen stadtwweit die meisten Menschen, die von Armut betroffen im
39 Verhältnis zur Einwohner*innenzahl sind. Bei Kindern, die von Armut betroffen sind, sind Neukölln
40 und Mitte ebenfalls traurige Spitze. Während in Neukölln der Anteil von Kindern, die in Familien
41 aufwachsen, die Sozialleistungen beziehen, Ende 2022 bei 37,9% lag, lag er in Steglitz-Zehlendorf nur
42 bei 11,4%. Aber auch innerhalb der Bezirke gibt es deutliche Unterschiede. Während Innenstadtkieze
43 immer weiter gentrifiziert werden, wächst die Armut dennoch, auch besonders am Stadtrand. So gibt
44 es auch in vermeintlich wohlhabenderen Bezirken Kieze, die von massiver Armut betroffen sind.
45 Besonders dramatisch ist dies für Gruppen, die ohnehin schon von Diskriminierung oder anderen
46 strukturellen Ungerechtigkeiten betroffen sind.

47 **Kinderarmut**

48 Kinder sind die Zukunft. Daher ist es wichtig, dass sie gut aufwachsen können. Unser Ziel ist es, dass
49 kein Kind in Armut aufwachsen muss. Dafür muss das Existenzminimum abgesichert werden, die
50 Sorgeinfrastruktur durch Investitionen ausgebaut und die Arbeitsbedingungen in Sorgeberufen
51 verbessert werden. In Berlin sind mehr Kinder als im Bundesdurchschnitt von Armut betroffen. Das
52 Aufwachsen in Armut hat vielfältige Konsequenzen, auch gesundheitliche. Neben diesen sind auch die
53 Konsequenzen für das weitere Leben von Armut geprägt: Wenn ein Kind in Armut aufwächst, ist es
54 wahrscheinlich, dass es auch im weiteren Verlauf seines*ihres Lebens von Armut betroffen sein wird.
55 Bildungschancen sind eng mit den finanziellen Möglichkeiten der Eltern verknüpft, auch die
56 gesellschaftliche Teilhabe von Kindern, die in Armut aufwachsen, ist massiv eingeschränkt. Da Armut
57 in Deutschland vererbt wird, gehört es zur konsequenten Bekämpfung von Kinderarmut auch die
58 Armut der Eltern zu beenden.

59 Die **kostenlose Bildung von der Kita bis zum Dokortitel** sind für uns zentrale Pfeiler
60 sozialdemokratischer Politik. Insbesondere für Kinder, die von Armut betroffen sind, muss die Schule
61 dabei aber mehr leisten, als ein lediglicher Bildungsort zu sein. So muss es **neben einem kostenfreien**
62 **Mittagessen auch ein Frühstücksangebot** geben. Viele Kinder, die in Armut aufwachsen, kommen mit
63 leerem Magen in die Schule, was nicht nur ungesund ist, sondern sich auch auf ihre schulischen
64 Leistungen auswirkt. Bei diesen kostenlosen Angeboten ist es notwendig, diese so zu gestalten, dass
65 eine Teilnahme an diesen nicht mit einer sozialen Stigmatisierung einhergeht.

66 Auch außerhalb der Schule sind **Freizeitangebote** für Kinder, die in Armut aufwachsen oder von ihr
67 bedroht sind, zu öffnen. So sind die Beträge, die für Vereinssport usw. fällig werden, niedrigschwellig
68 vom Staat zu errichten - dazu benötigt es eine massive Anhebung der Sozialleistungen in diesem
69 Bereich und einen Ausbau der Strukturen. Wir bestärken in diesem Kontext auch erneut unsere
70 Forderung nach einer **echten Kindergrundsicherung**. Kinder in Armut können ebenfalls nicht in den
71 Urlaub fahren und haben wenig Möglichkeiten ihre Ferien an schönen Orten zu verbringen. Daher ist
72 ein umfangreicher Ausbau von **Ferienangeboten** notwendig.

73 Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insgesamt ist für Kinder und Jugendliche zu sichern.
74 Dazu gehört die **kostenlose Nutzung des ÖPNVs**, damit sie sich frei in der Stadt bewegen können.
75 Auch Wege zur gesundheitlichen Versorgung und Vorsorge können für Kinder und Jugendliche, die in

76 Armut aufwachsen, eine Herausforderung sein. Hier müssen gesamtgesellschaftliche Lösungen
77 gefunden werden, wie der Ausbau eines barrierefreien ÖPNVs.

78 **Auch muss der Zugang zu den Leistungen des Bundeskinderteilhabegesetzes (BKThG) erleichtert**
79 **werden.** Das BKThG soll Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Recht auf eine
80 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und ihren Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung
81 sichern. Derzeit werden diese nur in sehr geringem Maße angenommen, da die Verfahren sehr
82 aufwändig sind und für die Betroffenen mit einem hohen Maß an Scham verbunden sind. Der Zugang
83 zu diesen Leistungen muss erleichtert werden.

84 **Wendeperspektiven**

85 Vor 35 Jahren, am 9. Oktober 1989, fiel die Berliner Mauer. Aber auch mehr als drei Jahrzehnte nach
86 der Wiedervereinigung sind die Löhne und Rentenbezüge in den ostdeutschen Bundesländern
87 niedriger als in Westdeutschland. Laut dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
88 2022 lag die Armutsrate in Ostdeutschland bei 18% und in Westdeutschland bei 16,7%. Nicht zuletzt
89 steigt die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland weiter an, woraufhin Ostdeutsche im Jahr
90 2022 im Durchschnitt 13.000 Euro weniger verdienten, als westdeutsche Arbeitnehmer*innen.
91 Wesentlich deutlicher wird dieser Unterschied beim Vergleich der Vermögen und Erbschaften. Die
92 durchschnittliche Erbschaft einer Person in Ostdeutschland ist nur etwa halb so hoch wie die einer
93 Person in Westdeutschland. Nur 22% aller Erbschaften werden in Ostdeutschland fällig. Sie machen
94 dabei nur 14% des gesamten vererbten Geldvermögens aus und nur 6% des Immobilienvermögens.

95 Diese Unterschiede gibt es auch in **Tarifverträgen**. So arbeiten im Osten insgesamt weniger Menschen
96 in Betrieben, die einen Tarifvertrag haben. Aber auch in Betrieben, die Tarifverträge haben, gibt es
97 immer noch eklatante Unterschiede zwischen Ost und West. So wird fast standardmäßig immer
98 zwischen "Tarifvertrag West" und "Tarifvertrag Ost" unterschieden. In diesen verschiedenen
99 Tarifverträgen ist es oft so, dass Arbeitnehmer*innen im Osten mehr arbeiten müssen als ihre
100 Kolleg*innen im Westen und/oder weniger verdienen. Diese Ungerechtigkeit sind schnellstmöglich
101 abzuschaffen. Arbeit im Osten ist genauso viel wert wie im Westen. Der ständige Rückbezug auf
102 vermeintlich geringe Lebenshaltungskosten im Osten, ist aufgrund des Stadt/Land-Gefälles, was
103 beispielsweise Mieten betrifft und gleicher Preise in Supermärkten usw. im ganzen Land absurd. Die
104 stetige Wiederholung des Klischees, dass im Osten alles billiger sei, ist weder zutreffend noch
105 angebracht. Damit einher geht die Abwertung ostdeutscher Arbeitnehmer*innen sowie deren
106 Lebensrealitäten. **Diesem stellen wir uns entschieden entgegen und kämpfen Seit an Seit mit den**
107 **Gewerkschaften für faire Löhne und Arbeitszeiten im ganzen Land.**

108 Durch die niedrigere Bezahlung im Osten gibt es auch eine große Differenz, was die Höhe der **Renten**
109 betrifft. Insbesondere Menschen, die einen Großteil ihres Lebens in der DDR erwerbstätig waren oder
110 Frauen sind, sind von massiver Altersarmut bedroht. Hier braucht es wirksame staatliche Maßnahmen,
111 um entschieden gegenzusteuern. **Es braucht ein Konzept, dass die Höhe der Rentenpunkte loslöst**
112 **vom Schein des Durchschnittsgehalts, eine wirksame Umverteilung durch Vermögens-, Erbschafts-**
113 **und Schenkungssteuern, die über eine massive staatliche Unterstützung zu einer armutsfesten**
114 **Grundrente an bedürftige Menschen weitergegeben werden. Auch insgesamt setzen wir uns für die**
115 **Umverteilung von politischer und wirtschaftlicher Macht von West nach Ost ein.**

116 **Feministische Perspektiven**

117 FINTA-Personen sind überproportional von Armut, insbesondere von Altersarmut, betroffen. Die
118 Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von Geschlechterstereotypen bei der Berufswahl, prekärer
119 Beschäftigung oder Erwerbslosigkeit, unbezahlter Care-Arbeit, bis hin zu der Diskriminierung auf dem
120 Arbeitsmarkt, u.a. während und nach einer Schwangerschaft, den verheerenden Folgen des

121 Ehegattensplittings und Unterhaltspflichten und Gewalt gegen FINTA-Personen. Ebenso vielfältig, wie
122 die patriarchalen und strukturellen Mechanismen, die vor allem FINTA-Personen betreffen, müssen
123 unsere Gegenantworten als feministischer Verband sein. Unsere sozialistisch-feministische Analyse
124 beinhaltet, dass wir uns mit der Forderung nach Gleichstellung nicht kapitalistischen Zwängen und
125 Marktlogiken unterwerfen, sondern eine Abkehr von genau diesen Logiken fordern und für ein
126 sozialistisches Wirtschaftssystem eintreten.

127 Da die **Datenlage** von armutsbedrohten oder armutsbetroffenen Menschen lediglich binär erhoben
128 wird, können über INTA-Personen fast keine konkreten Aussagen zur Betroffenheit dieser Gruppen
129 gemacht werden können. Hier sind dringend Erhebungen notwendig, damit spezifisch festgestellt
130 werden kann, wie diese Gruppen von Armut betroffen sind, um entsprechende Gegenmaßnahmen
131 einzuleiten. Zur Armutsbetroffenheit queerer Menschen gibt es lediglich Zahlen zur Altersarmut, die
132 schon einige Jahre alt sind. So war 2018 die Altersarmut bei queeren Männern doppelt so hoch, wie
133 bei cis-hetero-Männern. Bei älteren Frauen hatten queere Frauen 10% weniger Einkommen als cis-
134 hetero-Frauen.

135 Aufgrund dieser desolaten Datenlage können im folgenden lediglich Aussagen für Frauen getroffen
136 werden.

137 Für Frauen sind Kinder nach wie vor das größte Armutsrisiko. Insbesondere alleinerziehende Frauen
138 sind massiv von Armut betroffen oder bedroht. Da viele Frauen weniger Lohnarbeit aufgrund der Care-
139 Arbeit für ihre Kinder verrichten können, hat dies wiederum Auswirkungen auf ihre Rente, sodass sie
140 im Alter mit hoher Wahrscheinlichkeit von Altersarmut betroffen sind. Auch erwerbstätige Frauen
141 ohne Kinder sind aufgrund des Gender Pay Gap massiv von Armut und Altersarmut betroffen. Noch
142 stärker ist dieser Effekt aufgrund der intersektionalen Diskriminierungen, also
143 Mehrfachdiskriminierungen bei migrantisierten Frauen. Hier sind mehr als doppelt so viele Frauen
144 armutsgefährdet, wie bei nicht-migrantisierten Frauen.

145 [Trigger-Warnung für den nächsten Abschnitt: Gewalt gegen Frauen]

146 Armut bei Frauen kann auch dazu führen, dass sie in gewalttätigen Beziehungen bleiben, da die Täter
147 über ihre Finanzen verfügen, bzw. ihnen die finanziellen Möglichkeiten fehlen, beispielsweise eine
148 eigene Wohnung anzumieten. Durch die fehlenden Frauenhäuserplätze sowie die Mietenkrise in
149 Berlin wird diese Dramatik verstärkt. **Hier müssen dringend mehr Frauenhäuser, die auch offen für
150 INTA-Personen sind, geschaffen werden und finanzielle Hilfen schnellstmöglich bereitgestellt
151 werden.**

152 Durch die spezifischen Betroffenheiten von Frauen durch Armut, müssen hier spezifische
153 **Unterstützungsangebote** geschaffen werden. Diese sind beispielsweise als Kiezbüros direkt in den
154 Kiezen zu installieren, sodass sie möglichst leicht zu erreichen sind. Sie sollen Raum für Unterstützung
155 und Vernetzung sein, vor allem in den Kiezen, die besonders von Armut betroffen oder bedroht sind.
156 Ebenso können insbesondere Alleinerziehende durch Angebote für Kinder- und Jugendliche entlastet
157 werden. In diesem Bereich sind Kürzungen in jedem Fall zu verhindern. Diese ohnehin prekären
158 Strukturen gehören durch einen teils sozialdemokratischen Senat nicht gekürzt, sondern gestärkt.
159 Gleiches gilt für Angebote zur **Kinderbetreuung**.

160 **Migrantisierte Perspektiven**

161 Migrantisierte Menschen sind ebenfalls in besonderem Maße von Armut betroffen. Dies liegt unter
162 anderem an den rassistischen Strukturen, die sich durch alle Aspekte unserer Gesellschaft ziehen.
163 Migrantisierte Personen sind bei gleichem Bildungsniveau häufiger armutsgefährdet als nicht-
164 migrantisierte Personen. Wichtig ist dabei anzuerkennen, dass migrantisierte Menschen keine

165 homogene Gruppe sind, sondern Individuen, die aufgrund individueller Merkmale von
166 Mehrfachdiskriminierungen betroffen sein können.

167 Migrantisierte Menschen werden auf dem Arbeitsmarkt oftmals diskriminiert. So bleibt ihnen
168 aufgrund des rassistischen Arbeitsmarkts oder rassistischer Behörden oftmals der Zugang zu besser
169 bezahlten Jobs verwehrt. Dieser Diskriminierung ist von staatlicher Seite entschiedener
170 entgegenzutreten. Dazu gehört der **Ausbau von Antidiskriminierungsbeauftragten und wirksame**
171 **Strafen bei diskriminierendem Verhalten von Unternehmen**. Migrantisierte Menschen sind oftmals
172 in prekärer Beschäftigung tätig. Während sich die traditionelle Arbeiterbewegung vor allem auf weiße
173 Industriearbeiter konzentriert hat, sind die heute prekär Beschäftigten meist migrantisierte Menschen
174 im Dienstleistungssektor. Da die Arbeitgeber*innen oft darauf setzen, dass die Arbeitnehmer*innen
175 ihre Rechte nicht kennen und sich nicht zusammenschließen, um ihre Interessen durchzusetzen. So
176 sind sie oftmals, trotz Arbeit, von Armut betroffen oder bedroht. Eine mögliche Maßnahme ist daher,
177 dass **Arbeitnehmer*innenrechte verpflichtend mehrsprachig bei Vertragsunterzeichnung den**
178 **Arbeitnehmer*innen durch die Arbeitgeber*innen zur Verfügung gestellt werden müssen**. Diese
179 Broschüren sind vom Bundesarbeitsministerium in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
180 herauszugeben.

181 Aufgrund von rassistischen Strukturen, die Geflüchtete betreffen, wie Kettenduldungen und fehlende
182 Arbeitserlaubnisse, haben Menschen, die neu nach Deutschland kommen, oft keine Möglichkeit, der
183 Armut zu entkommen. Sie sind auf Leistungen des Staates angewiesen und müssen oft lange in
184 Gemeinschaftsunterkünften leben, die oft menschenunwürdig sind. **Anstatt aber hier**
185 **menschenwürdige Bedingungen zu schaffen und Menschen in angemessene Arbeit nach ihren**
186 **Qualifikationen zu vermitteln, reagiert die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit**
187 **populistischen Aktionen, wie einer Bezahlkarte für Geflüchtete, die vermeintliche**
188 **Geldüberweisungen ins Ausland verhindern soll, und Arbeitspflicht für Asylsuchende. Wir lehnen**
189 **diese Maßnahmen entschieden als menschenverachtend ab**. Weiterhin ist es wichtig, Abschlüsse
190 Geflüchteter anzuerkennen und ihnen zu ermöglichen, ihre gelernten Berufe wieder auszuüben und
191 nicht im Niedriglohnssektor anzufangen.

192 **Working Poor**

193 In Deutschland sind viele Menschen von Armut bedroht oder betroffen, die erwerbstätig sind. Dies ist
194 insbesondere häufig in der Dienstleistungsbranche der Fall, die in Berlin besonders ausgeprägt ist.
195 Diese umfassen auch sog. systemrelevanten Berufsgruppen, wie Reinigungskräfte, Bauarbeiter*innen
196 oder Arbeiter*innen in der Landwirtschaft. Während der Corona-Pandemie wurden die
197 systemrelevanten Zielgruppen viel bejubelt. Sie würden "den Laden am Laufen halten." Neben
198 Klatschen auf dem Balkon kommt für die systemrelevanten Berufe meist allerdings nicht viel rum. Fakt
199 ist, dass viele Beschäftigte trotz eines intensiven Arbeitspensums viel zu wenig verdienen. Dabei
200 verdienen sie, im eigentlichen Sinne des Wortes, viel mehr. Trotz der hohen Arbeitsbelastung müssen
201 diese Berufsgruppen oft mit Bürgergeld aufstocken, da sie sonst nicht dazu in der Lage sind, ihren
202 Lebensunterhalt zu bestreiten. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist dies ein völlig
203 inakzeptabler Zustand, der überwunden werden muss. Hierzu braucht es vielfältige Maßnahmen.

204 Unser Leitbild ist, dass jeder Mensch von seiner Arbeit leben können muss. Daher fordern wir den
205 **Mindestlohn nach EU-Standard anzuheben**. Das heißt eine automatische Anpassung nach 60 Prozent
206 des Medianeinkommens eines Landes.

207 Eine weitere Stellschraube für armutsfeste Löhne sind **Tarifverträge**. Noch immer versuchen
208 Unternehmen das Zustandekommen von Tarifverträgen zu unterbinden, um durch die Ausbeutung
209 ihrer Arbeitskräfte mehr Profite zu generieren. Unternehmen, die sich strikt weigern, nach Tarif zu

210 bezahlen, sollten daher keine staatlichen Aufträge mehr erhalten. Ein solches Handeln darf nicht von
211 staatlicher Seite unterstützt werden. Als Jusos stehen wir traditionell und mit voller Überzeugung
212 hinter den Gewerkschaften und ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe die Interessen der
213 Arbeitnehmer*innen zu vertreten. Auch in Zukunft wollen wir diese unterstützen, denn mit ihrer Hilfe
214 führen Arbeitskämpfe zu einem Erfolg für die Arbeitnehmer*innen - dies gilt auch insbesondere im
215 Kampf für armutsfeste Löhne in allen Branchen und dem Einsatz gegen Betriebsratsbehinderungen.

216 **Armut in Ausbildung und Studium**

217 Nach wie vor ist es so, dass sich die Bildungschancen am Geldbeutel der Eltern orientieren. 37,9% der
218 Studierenden (also ein Drittel) waren 2021 armutsgefährdet. Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband
219 stehen Studierenden monatlich im Durchschnitt 802€ zur Verfügung. Zu wenig, wenn man die Mieten,
220 Inflation und gesteigerte Lebenshaltungskosten etc. bedenkt.

221 Hier ist es zunächst wichtig, den **BAföG-Höchstsatz** zu erhöhen (von derzeit 934€ auf 1300€). Vor allem
222 der BAföG Grundbedarf muss erhöht werden. Dieser liegt mit derzeit 452€ unter dem
223 Bürger*innengeldsatz. Weiterhin müssen die bürokratischen Hürden beim BAföG abgebaut werden.
224 Der BAföG-Antrag muss zukünftig innerhalb von 3 Monaten bearbeitet werden. Leistungen sind
225 schnellstmöglich zu zahlen. Es kann nicht sein, dass Studierende und Auszubildende teilweise länger
226 als ein halbes Jahr auf ihren BAföG-Bescheid warten. Wir halten an unserer Forderung nach einem
227 Elternunabhängigen BAföG weiter fest.

228 Weiterhin ist **familiärer Unterhalt** von 930€ auf monatlich 1300€ zu erhöhen. Studierenden, die von
229 Familienunterhalt leben, ist zu gewähren, während des Studiums zu arbeiten und nebenbei Unterhalt
230 zu beziehen. Weiterhin müssen finanzielle **Aufstockungen** durch Wohngeld, Bürger*innengeld und
231 weitere Sozialleistungen möglich sein, um sicherzustellen, dass niemand durch das Sozialsystem fällt.

232 Ebenso prekär ist die Lage bei Auszubildenden. Die Mindestauszubildendenvergütung liegt im ersten
233 Ausbildungsjahr aktuell nur bei 649€. Davon kann in Berlin keine eigene Wohnung finanziert werden,
234 sofern noch Geld für Essen usw. übrig bleiben soll - und das trotz 40-Stunden-Wochen. **Wir fordern**
235 **eine deutliche Anhebung der Mindestauszubildendenvergütung auf die Höhe des Mindestlohns.** Ebenso
236 ist das Schulgeld, was nach wie vor in einigen Ausbildungen zu entrichten ist, abzuschaffen. In Berlin
237 fehlt es an günstigen Wohnungen - besonders auch für Auszubildende. Wir unterstützen daher die
238 Bestrebungen, **auch in Berlin ein AzubiWerk einzurichten**, wie es in Hamburg und München bereits
239 existiert. Ziel dieses AzubiWerks muss es sein, günstigen Wohnraum für Auszubildende bereitzustellen
240 und Unterstützungs- und Vernetzungsstrukturen, wie gewerkschaftliche Beratung, zu bieten.

241 **Armut bekämpfen!**

242 Armut muss bekämpft werden, damit wir sie beenden können. Dazu benötigt es kleine wie große
243 Maßnahmen auf allen politischen Ebenen. Armut betrifft unterschiedliche Gruppen auf verschiedene
244 Arten und Weisen, aber einige Aspekte spielen besonders aktuell in Berlin eine Rolle. Dies sind
245 Mietenarmut und Klimaschutz. Politische Stellschrauben, an denen wir als Jungsozialist*innen
246 ansetzen müssen, sind vor allem ein Ausbau des Sozialstaates und eine generelle, konsequente
247 Umverteilung von oben nach unten.

248 **Mietenarmut**

249 Berlin ist eine Mieter*innenstadt, über 80% der Bevölkerung leben hier zur Miete. Die Kosten, die
250 Mieter*innen dabei jeden Monat für ihre Miete aufbringen müssen, ist in den letzten Jahren massiv
251 gestiegen. Immer mehr Prozent des Einkommens gehen für die Miete drauf, steigende Heizkosten
252 belasten dabei Mieter*innen zusätzlich. Diese hohen Kosten sind für viele Menschen
253 existenzbedrohend und verstärken bestehende Armut beziehungsweise sorgen dafür, dass immer

254 mehr Menschen von Armut bedroht oder betroffen sind. **Für uns ist klar, dass Wohnraum keine Ware**
255 **sein darf. Langfristig fordern wir daher, Wohnungen dem kapitalistischen Mietmarkt zu entziehen.**
256 **Ebenso bestärken wir unsere Forderung, den erfolgreichen Volksentscheid “Deutsche Wohnen und**
257 **Co enteignen” schnellstmöglich umzusetzen und große Wohnungsunternehmen zu**
258 **vergesellschaften.**

259 Solange der Mietmarkt allerdings noch kapitalistisch organisiert ist, braucht es endlich wirksamen
260 Mieter*innenschutz, beispielsweise durch eine Verschärfung der Mietpreisbremse und deutliche
261 Strafen für überhöhte Mieten. Während es begrüßenswert ist, dass die Hürden, Wohngeld zu
262 empfangen, herabgesetzt worden sind, sind die Bearbeitungszeiten der Anträge so lang, dass
263 Menschen trotzdem zu lang auf finanzielle Unterstützung warten müssen. Hier muss die Bearbeitung
264 der Anträge schneller und unbürokratischer funktionieren.

265 Die steigenden Mieten in Berlin sind für viele Menschen eine enorme Belastung, besonders für
266 Menschen mit einem geringen oder keinem eigenen Einkommen, da es viel zu wenig Sozialwohnungen
267 gibt. Das auch sozialdemokratische Politiker*innen nun fordern, die Einkommen von Bewohner*innen
268 von Sozialwohnungen zu überprüfen und sie im Fall eines zu hohen Einkommens der Wohnung zu
269 verweisen, halten wir für völlig unangebracht. Es braucht andere Maßnahmen, um der Mietenarmut
270 in Berlin zu begegnen. So müssen dringend verstärkt Sozialwohnungen und Wohnungen im niedrigen
271 und mittleren Preissegment dem Mieter*innen zur Verfügung gestellt werden.

272 Der Mangel an Sozialwohnungen wird dadurch verstärkt, dass Sozialwohnungen in Berlin oftmals nur
273 für 20-30 Jahre entsprechend gefördert und danach dem kapitalistischen Mietmarkt übergeben
274 werden. Durch diese Begrenzung der Förderung verliert Berlin jedes Jahr tausende Sozialwohnungen.
275 2023 waren es 7257 Wohnungen, die nicht länger an die Sozialbindung gebunden waren. **Wir fordern**
276 **daher die dauerhafte Förderung der Sozialbindung für entsprechend geförderte Wohnungen.**

277 Alarmierend ist auch die Zunahme von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Berlin. Hierzu zählt auch
278 versteckte Wohnungslosigkeit, wenn Menschen beispielsweise keine eigene Wohnung finden und
279 stattdessen dauerhaft auf Sofas von Freund*innen schlafen. Aber viele Menschen in Berlin haben gar
280 kein Dach über dem Kopf, was insbesondere durch die zunehmenden Extremwetterlagen in Sommer
281 und Winter höchst gefährlich ist. Wohnungs- und obdachlose Menschen sind in besonderer Härte von
282 Armut betroffen, da staatliche Leistungen sie aufgrund der fehlenden Adresse oftmals nicht erreichen.
283 Hier braucht es andere Mechanismen. Ein langfristiges Beispiel hierfür ist **Housing First**. Dabei werden
284 wohnungs- und obdachlosen Menschen direkt Wohnungen zur Verfügung gestellt, ohne dies an
285 Bedingungen zu knüpfen. In Finnland wurde das Projekt bereits erfolgreich umgesetzt. Diese
286 Umsetzung fordern wir auch in Berlin, da in unserer Stadt dies bisher nur ein Modellprojekt ist. Bis
287 aber für alle wohnungs- und obdachlosen Menschen in Berlin Wohnungen zur Verfügung gestellt
288 werden können, braucht es eine Erhöhung und effiziente Vermittlung von Schlafplätzen. Dazu ist die
289 **Zentrale Berliner Unterbringungsstelle** wieder zu reaktivieren, bei der freie Betten in der ganzen Stadt
290 erfasst und so effizient verteilt werden können.

291 **Wirksamer Klimaschutz**

292 Wirksamer Klimaschutz muss immer sozial gedacht werden. Während liberale Kräfte immer wieder zu
293 Konsumshaming übergehen und die Schuld an der Klimakrise auf Einzelpersonen und ihrem
294 Konsumverhalten abladen, sind für uns vor allem große Unternehmen und der Staat in der Pflicht.
295 Maßnahmen, die allgemeingültig eingeführt werden, treffen ärmere Menschen immer stärker als
296 reiche. Denn während reichere Menschen kaum Auswirkungen in ihrem Leben durch Teuerungen
297 spüren oder diese einfach kompensieren können, ist das für ärmere Menschen oft keine Option.
298 Verhaltens- und konsumlenkende Steuern, wie auch die Mehrwertsteuer oder weitere Luxussteuern,

299 schränken den Zugang für ärmere Menschen ein und nehmen ihnen eine freie Wahl, auch wenn diese
300 Maßnahmen (vermeintlich) Klimaschutz bedeuten. Es ist daher unabdingbar, dass eine
301 anticlassistische Perspektive immer mitgedacht und Maßnahmen und sozial-gerecht ausgestaltet
302 werden.

303 Ebenso sind armutsbetroffene Menschen schon jetzt in ihrer Mobilität und damit auch ihrem Zugang
304 zu Natur und Umwelt eingeschränkt. Besonders in einer Großstadt wie Berlin spielt das eine große
305 Rolle. Der **Zugang zu Natur, Abkühlungsmöglichkeiten** und somit zu einer freien Freizeitgestaltung ist
306 einkommens- und kiezabhängig. **Es braucht niedrigschwellige und kostenfreie Möglichkeiten, die
307 nicht von Einkommen abhängig sind.** In einer 15-Minuten-Stadt mit einem kiezzentrierten Leben
308 muss immer mitgedacht werden, dass die Wohnortwahl einkommensabhängig ist. Während
309 Kiezblocks attraktiv erscheinen können, drängen sie den Verkehr auf die Hauptachsen entlang derer
310 aus strukturellen Gründen ohnehin schon eher ärmere Menschen leben. Sie sind infolgedessen einer
311 noch stärkeren Lärm- und Schmutzbelastung ausgesetzt.

312 Gleichzeitig existieren klimapolitische Maßnahmen, die auch vor allem ärmeren Menschen
313 zugutekommen. **Energiepreise** in etwa müssen durch erneuerbare Technologien konstant und
314 niedriger gehalten werden und die **Lebensmittelsicherheit** durch klimapolitische regionale
315 Maßnahmen sichergestellt werden.

316 Auch aus einer internationalistischen Perspektive ist **globaler wirksamer Klimaschutz** ein wirksames
317 Mittel gegen Armut, denn Klima ist ein Verursacher globaler Armut. Die Umweltverschmutzung großer
318 Industrienationen des globalen Nordens treffen insbesondere ärmere Staaten und Staaten mit einer
319 sehr ungleichen Gesellschaft hart. Sie werden schon jetzt häufig aus ihrem Zuhause verdrängt.
320 Klimakatastrophen stellen eine nicht seltene Fluchtursache dar.

321 **Sozialstaat**

322 Menschen sind auch aufgrund staatlicher Strukturen und unzureichender Maßnahmen in einer
323 Armutsspirale gefangen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben in jeder Lebensphase.
324 Die Aufgabe des Sozialstaats, dieses zu gewährleisten, beginnt ab der Geburt mit der
325 Kindergrundsicherung, verstetigt sich im Erwachsenenleben mit dem Bürger*innengeld bei
326 Erwerbslosigkeit und mündet im Alter in die Rente. Die Aufgabe des Sozialstaats bleibt dabei aber
327 nicht darauf beschränkt, Ungleichheiten und finanzielle Unterschiede zu korrigieren. Ein gerechter
328 Sozialstaat garantiert allen Menschen ein Leben in Teilhabe und ohne Existenznot, ein Leben in
329 Freiheit. Er ist gestaltet, um die Spaltung durch den Kapitalismus aufzubrechen und ihm etwas
330 entgegensetzen. Unser Verständnis eines Sozialstaats ist nicht das des Korrektivs, sondern eines der
331 aktiven Rolle eines Staates, Ungleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen Ansätzen stets
332 mitzudenken. Insbesondere in fehlender Teilhabe durch eine finanziell schlechte Lebenssituation
333 manifestieren sich Ungleichheiten der Gesellschaft und werden zu einer Spirale, die sich über
334 Generationen fortsetzt. Unser Sozialstaat muss dies erkennen und besonders berücksichtigen. Es
335 braucht ein intersektionales Verständnis der verschiedenen Instrumente, denn nur so können wir zu
336 unserer Gesellschaft der Freien und Gleichen gelangen, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

337 Wir stehen hinter einer **Erhöhung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld** auf 24 Monate,
338 um allen Menschen den Zeitdruck zu nehmen, sich möglicherweise in Jobs drängen zu lassen, damit
339 man nicht ins teilweise immer noch unmenschliche Grundsicherungssystem fällt. Denn in der
340 Mehrheit ist der Verlust der Arbeit unverschuldet und möglicherweise sogar mit Krisen verbunden,
341 die Menschen bewältigen müssen, bevor sie wieder den Weg in Arbeit finden, die zu ihren
342 Bedürfnissen und ihrer Lebenswelt passt.

343 Wir fordern eine Festlegung eines **Mindestarbeitslosengeldes**, um zusätzliche Belastung zu
344 vermeiden, wenn Menschen noch mit Wohngeld, Kindergeld oder im Zweifel Bürger*innengeld
345 aufzustocken müssen.

346 Der **Regelsatz des Bürger*innengeldes** muss auf mind. 725 Euro angehoben werden. Die aktuellen
347 Regelsätze sind immer noch fern davon, ein echtes soziokulturelles Existenzminimum zu garantieren.
348 Die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass unsere Grundsicherung nicht armutsfest ist.

349 Ebenso stehen wir weiter hinter dem **sanktionsfreien Bürger*innengeld**. Denn es bleibt Realität das
350 Sanktionen, obwohl sie nur 3% der Bürger*innengeldempfänger*innen betreffen, für die übrigen 97%
351 ein Symbol der Angst sind, sich den Maßnahmen des Jobcenters zu fügen und die "working class"
352 somit in schlecht-bezahlten Jobs gehalten wird. Zu häufig steht eine Effizienz der Vermittlung statt der
353 Mensch im Mittelpunkt. Wir kämpfen für eine **Umstrukturierung der Verwaltungen**, die Bürokratie
354 abbaut und Bürger*innen auf Augenhöhe begegnet. Grundsatz darf kein leistungsorientiertes
355 Wirtschaftssystem sein sondern muss sich an den individuellen Bedarfen der Bürger*innen
356 orientieren. Auch Anträge auf Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld und Bürger*innengeld müssen
357 immer noch weiter vereinfacht werden. Dafür müssen Prozesse automatisiert, behördeninterne
358 Kommunikation und Beratungsstrukturen verbessert werden. Bei dennoch existierenden langen
359 Prozessen muss die Möglichkeit der Vorschusszahlung gewährt werden.

360 Wir fordern **Kiezsprechstunden und Beratungsangebote von Sozialämtern** und somit eine
361 aufsuchende Assistenz bei der Behördenkorrespondenz. Parallel braucht es auf Bundesebene den
362 Einsatz eines **aufsuchenden Jobcenters** mit integrierten Beratungsangeboten. Zur Vereinfachung der
363 Antragsstellung soll eine Kommission zur Reform ebendieser eingesetzt werden.

364 Die soziale Infrastruktur muss gestärkt werden, indem die **öffentliche Daseinsvorsorge** vor Ort wieder
365 einen höheren Stellenwert einnimmt. Dies gelingt entweder indem die öffentliche Hand selbst wieder
366 stärker zum verlässlichen Träger vor Ort wird oder indem freie Träger statt zeitlich begrenzter
367 Projektförderung, verlässliche dauerhafte finanzielle Unterstützung erhalten.

368 **Umverteilung**

369 Eine Umverteilung bleibt das wirksamste Mittel gegen finanzielle Armut. Viel zu häufig steht hier
370 allerdings Reichtum im Fokus statt Armut. Während es umfangreiche Steuerreformen mit einer
371 mutigeren und höheren Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Schenkungen braucht, die
372 insbesondere auch eine Erbschaftssteuer für Betriebsvermögen umfasst, ist auch ein
373 Gesellschaftserbe unabdingbar.

374 Neben diesen richtigen Maßnahmen braucht es aber auch eine **Begrenzung von Reichtum**. Armut als
375 Gegensatz zu Reichtum ist, wenn auch nur unzureichend, nach unten begrenzt. Erbschaften und
376 Besitz, also Reichtum, hingegen sind nach oben offen.

Antragsteller*innen: Juso-Hochschulgruppen Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

G2_1/24 Gegen studentische Armut - für soziale Gerechtigkeit!

1 Das Statistische Bundesamt veröffentlichte im November 2022 einen Bericht zur sozialen Lage der
2 Studierenden. 37,9% der Studierenden in Deutschland waren im Jahr 2021 laut Destatis
3 armutsgefährdet.

4 Reiche Eltern für alle? Das ist vielleicht nicht realisierbar. Aber ein funktionierender Sozialstaat? Das
5 muss machbar sein! Die enorm hohen studentischen Lebenskosten, angefeuert durch Löhne, die
6 nicht an die gegenwärtigen Lebensbedingungen angepasst sind, sowie Mieten, die im Durchschnitt
7 mit 401€ über der BAföG-Wohnpauschale liegen, sind für viele Studierende eine Last, die in einem
8 Sozialstaat nicht sein darf.

9 Ein Studium darf kein Luxusgut sein. Wenn wir über Chancengerechtigkeit sprechen, dann reichen
10 Lippenbekenntnisse nicht! Es muss auch aktiv an deren Gestaltung mitgewirkt werden. Kein Studium
11 darf aufgrund von sozioökonomischen Bedingungen abgebrochen werden! Die Bekämpfung von
12 studentischer Armut ist daher unerlässlich.

Unsere Armut kotzt uns an!

14 Wenn von Armut gesprochen wird, dann bleiben Studierende oftmals unter dem Radar. Anlässlich
15 des Berichts des statistischen Bundesamtes zur studentischen Armut und des Wegfalls des
16 Semestertickets in seiner ursprünglichen Form, wurde die studentische Armut teilweise medial
17 behandelt. Damit hat die Thematik aber bei Weitem noch nicht die Brisanz erreicht, die der
18 Prekarität der Lage entsprechen würde. Kurzfristige Medienpräsenz und kurzlebige Empörung
19 werden dem Thema nicht gerecht!

Hochschulpolitik ist Sozialpolitik! Wider dem Euphemismus der privilegierten Studis!

21 Studieren ist für viele Personen immer noch vorrangig von finanziellen Faktoren abhängig. Wer
22 studieren will, braucht Lehrmaterialien, die notwendige technische Ausstattung und eine Wohnung
23 oder ein WG-Zimmer. Ergänzend sind die Lebenshaltungskosten auch bei Studierenden nicht zu
24 unterschätzen. Deshalb muss die miserable Lage der Studierenden realitätsgetreu behandelt
25 werden. Viele Menschen stellen sich das Leben von Studierenden märchenhaft und idealisiert, in
26 einem "minimalistisch" eingerichteten WG-Zimmer und mit dem typischen Studi-Gericht Penne al
27 "Kühlschrank leer", vor. Die Realität der mangelhaften Ernährung und spärlich eingerichteten sowie
28 teuer beheizten Zimmer sind alles andere als ideal. Wir widersprechen der neoliberalen
29 Märchenstunde!

Ackern für nen Hungerlohn? Im Studium ganz normal!

31 Bildungspolitik ist ein Querschnittsfeld, welches sozialpolitische Aspekte stärker in den Blick nehmen
32 muss. Das bedeutet auch, studentische Beschäftigungsverhältnisse kritisch unter die Lupe zu
33 nehmen. Oftmals sind es auch Studierende, die in Arbeitsverhältnissen im Mindestlohnsektor
34 beschäftigt sind.

35 "Arbeit muss sich lohnen!" - ist das vermeintliche sozialdemokratische Motto. Dieses Motto darf
36 allerdings nicht zur leeren Worthülse werden. Der Mindestlohn darf kein Hungerlohn sein! Jede
37 Form der Arbeit muss fair vergütet werden. Deshalb fordern wir einen Mindestlohn, der alltagsnah
38 gestaltet ist und wirklich zum Leben reicht.

39 Für uns ist klar: sogenannter "Fortschritt" lässt sich nicht mit Sparpolitik umsetzen, sondern nur mit
40 einer starken und konsequenten SPD. Das bedeutet für uns vor allem, dass die SPD sich wieder auf
41 ihren sozialistischen Ursprung - den Kampf gegen Armut und Ungleichheit - besinnen muss und sich
42 nicht mehr mit vermeintlichen neoliberalen Kompromissen begnügt. Wir sind der kritische Motor
43 der Partei, der immer wieder klarmacht: Unser aller Armut kotzt uns an! Schluss damit, und zwar in
44 jeglicher Form!

45 Daher fordern wir:

- 46 • BAföG als Vollzuschuss
- 47 • die inflationsbedingte automatische Anpassung der Förderhöchstsätze
- 48 • eine Einbeziehung der sozialpolitischen Perspektive auf den Kampf gegen studentische
49 Armut in jegliche hochschulpolitischen Themen
- 50 • eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Menschen im Niedriglohnssektor,
51 insbesondere aber von Studierenden
- 52 • eine Anpassung des Mindestlohns, damit er tatsächlich zum Leben reicht
- 53 • dass die SPD in der GroKo nicht mehr als zahloser Tiger auftritt, sondern den Kampf gegen
54 Armut interdisziplinär in ihrer Politik anwendet

Antragsteller*innen: Arbeitskreis Queer*Feminismus und Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

G3_1/24 Zu wenig Zeit für zu viel Stress - warum wir eine feministische Zeitpolitik brauchen

1 Viel zu viele Menschen haben viel zu wenig Zeit. Die daraus resultierende Zeitarmut kann sich in
2 bestimmten Bereichen ähnlich entwickeln wie materielle Armut, weshalb freie Zeit zunehmend ein
3 Privileg der Reichen ist. Hinzu kommt, dass nicht alle Menschen den gleichen Zugriff auf ihre freie Zeit
4 haben. FINTAs und Menschen, die von Rassismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen
5 betroffen sind, müssen Zeiten wählen, die für sie sicherer sind, wenn sie beispielsweise einkaufen,
6 sich mit Freund*innen treffen oder generell am öffentlichen Leben teilhaben. Daraus resultiert
7 indirekt ein Machtgefälle, nachdem die Zeit von einigen als wertvoller, beziehungsweise weniger
8 wertvoll bemessen wird.

9 Zeitarmut ist aber kein individuelles Problem, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Machtstrukturen
10 und starrer Rollenbilder. Auch die Sozialisation von Mädchen und weiblich gelesenen Personen läuft
11 darauf hinaus, dass ihnen die permanente Verfügbarkeit für Andere und damit auch Zeitstress von
12 klein auf anezogen wird. Zeitarmut ist das Ergebnis eines kapitalistischen und patriarchalen Systems.

13 Nicht nur traditionelle Rollenbilder stehen Zeitgerechtigkeit im Weg sondern in großen Teilen auch
14 die Arbeitswelt:

15 Unsere derzeitige Zeitkultur priorisiert Erwerbsarbeit als "Sinn des Lebens" und ist insgesamt auf
16 weiße, heterosexuelle cis Männer ohne Behinderung aus Westdeutschland ausgerichtet. Seit den
17 2000er Jahren gilt die Berufstätigkeit von Frauen offiziell als Ziel der Familienpolitik – Das Ideal hier ist
18 jedoch die Mutter, die genug Zeit für ihre Familie, als auch ihren 40-Stunden-Job hat. Gleichzeitig liegt
19 es im Interesse des Staates, unbezahlte Haushalts-, Pflege- und Erziehungsarbeit unsichtbar zu
20 machen und auf Familien auszulagern, wo sie dann überwiegend von FINTAs aufgefangen werden
21 muss, damit Männer ungehindert erwerbsarbeiten können.

22 Die aus diesem Zustand resultierende ungerechte Verteilung von Zeit hat langfristige Folgen: Dadurch,
23 dass FINTAs mehr Sorgearbeit leisten, arbeiten sie auch häufiger in Teilzeit, haben eher längere Phasen
24 der Erwerbslosigkeit und verdienen im Schnitt weniger. Das Ergebnis ist weniger Rente, mehr Care-
25 Verantwortung aber eben auch weniger Freizeit. Nicht die Sorgearbeit an sich ist hier das
26 Hauptproblem, sondern dass keine Zeit, beziehungsweise Zeitsouveränität dafür vorgesehen ist.

27 Auch die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat schon 2021 ein Positionspapier zum
28 Thema feministische Zeitpolitik veröffentlicht und darin den Beitrag von Gewerkschaften für eine
29 Umverteilung von Zeit abgesteckt. Außerdem werden schon seit Langem verschiedene Modelle
30 diskutiert, die mehr Zeitgerechtigkeit herstellen könnten. Das Optionszeitmodell sieht vor, dass alle
31 Menschen ein Zeitbudget von beispielsweise neun Jahren haben, in denen sie ihre Erwerbsarbeit
32 bedarfsgerecht und gestückelt unterbrechen oder reduzieren, um anderen gesellschaftlich relevanten
33 Tätigkeiten nachgehen zu können und dabei finanziell abgesichert sind. Das Optionszeitmodell stellt
34 sich der klassischen Idee einer männlichen Erwerbsbiografie ohne Unterbrechungen oder Teilzeit
35 entgegen und ermöglicht Flexibilität, Selbstbestimmung und eine dynamisierte Arbeitswelt, in der
36 Unterbrechungen und Verkürzungen die neue Norm sind. Das Statistische Bundesamt entwirft

37 beispielsweise im Durchschnitt den Zeitbedarf für ca. sechs Jahre Care-Arbeit, zwei Jahre
38 Weiterbildung und einem Jahr Selbstfürsorge.

39 Ein anderes Modell entwirft Frigga Haug mit ihrer Vier-in-einem-Perspektive, wonach ein 16-stündiger
40 Arbeitstag in vier Teilbereiche, je vier Stunden aufgeteilt werden kann. Die Teilbereiche entsprechen
41 unterschiedlichen Arbeitsbereichen: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Entwicklungs- und kulturelle Arbeit
42 und gesellschaftspolitisches Engagement.

43 Zusammenfassend basiert die Idee einer feministischen Zeitpolitik auf der Abkehr vom kapitalistischen
44 Wirtschaftssystem und dem traditionellen Arbeitsverständnis, das sich ausschließlich auf
45 Erwerbsarbeit fokussiert. Außerdem ist eine feministische Zeitkultur intersektional und steuert somit
46 auch anderen Diskriminierungsformen, wie beispielsweise Rassismus, Ableismus und Adultismus
47 entgegen.

48 **Deshalb fordern wir:**

- 49 • weiterhin eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich als
50 neues Arbeitsmodell, damit auch für alle Erwerbstätigen Zeit für Care-Arbeit bleibt
- 51 • zusätzliche Arbeitszeitreduktionen, Freistellungen und Lohnersatzleistungen für pflegende
52 Angehörige
- 53 • eine Neuverteilung von Elterngeld- und Elternzeitanspruch, um eine gleichberechtigte
54 Aufteilung von Care-Arbeit zu fördern. Hierfür müssten Lohnersatzleistungen flexibler
55 gestaltet werden und einen bestimmten Anteil von Monaten an das jeweilige Elternteil
56 gebunden sein.
- 57 • Etablierung eines neuen Verhältnisses zwischen Erwerbs- und Care Arbeit, welches Care
58 Arbeit aufwertet
- 59 • eine Neubewertung beruflicher Sorgearbeit und damit die komplette Vergesellschaftung des
60 Care-Sektors. Die Gesundheit von Menschen sollte sich nicht an der Rentabilität ausrichten
61 und Kindererziehung sollte nicht profitabel sein
- 62 • die Einführung eines Optionszeitmodells mit einem Zeitbudget von neun Jahre

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

G4_1/24 Die Besten für Berlin: Gesundheitsbeschränkungen bei der Verbeamtung von Lehrkräften abschaffen

1 Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin werden
2 aufgefordert alle notwendigen Schritte umzusetzen, um aktuell bestehende Hindernisse in Bezug auf
3 die körperliche Eignung, vor allem der Inanspruchnahme einer Psychotherapie oder Körpergewicht,
4 d.h. zu hoher Body Mass Index (BMI), bei der Verbeamtung von Lehrkräften im Land Berlin soweit, wie
5 möglich, abzubauen. In einem weiteren Schritt soll geprüft werden, in welchen anderen Bereichen der
6 öffentlichen Verwaltung, in der Verbeamtungen durchgeführt werden, entsprechend zu verfahren.

7 Die Berliner SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag setzen sich im Parlament und gegenüber der
8 Bundesregierung dafür ein, dass alle notwendigen Gesetze und Verordnungen im Bundesrecht
9 entsprechend geändert und angepasst werden.

10 Begründung:

11 Nach langer, intensiver Debatte hat sich die Berliner SPD beschlossen, dass Lehrkräfte in Berlin wieder
12 verbeamtet werden sollen. Ein Hauptargument hierfür war die Sicherung von Lehrkräften für Berlin in
13 Zeiten großen Mangels. Mittlerweile ist dieser Beschluss auch umgesetzt worden. Junge Menschen,
14 die sich entscheiden in Berlin als Lehrkraft tätig zu werden dies als Beamte tun wollen, erfahren
15 allerdings noch viele Hürden, insb. bei der medizinischen Untersuchung und nicht selten wird ihnen
16 aufgrund von Faktoren, die unabhängig der erfolgreichen Erfüllung ihrer Dienstpflichten stehen, die
17 Verbeamtung versagt. Daraus folgen finanzielle Einbußen und sie drohen, dem Lehrkörper in Berlin
18 als Arbeitskräfte verloren zu gehen.

19 Gleichzeitig sind die aktuellen Kriterien, nach denen die körperliche Eignung für eine Verbeamtung als
20 Lehrkraft durchgeführt werden, nicht stichhaltig mit dem Ziel der Kostenreduktion bei möglichen
21 Langzeiterkrankungen zu verbinden und benachteiligen diejenigen, die ohnehin schon
22 Marginalisierungserfahrungen gemacht haben. Um nachhaltig die besten Fachkräfte für den
23 öffentlichen Dienst, insb. Lehrer*innen, in Berlin ausbilden, einstellen und weiterentwickeln will – und
24 es ernst meint mit der Umsetzung der Beschlusslage zur Lehrkräfteverbeamtung, kann nicht für
25 willkürliche, exorbitante Hürden für Verbeamtungen sein.

26 Als SPD ist es unsere Aufgabe, Bildung und die öffentliche Hand auf starke Füße zu stellen und sicher
27 für die Zukunft zu machen. Die Besten für Berlin in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, ist dafür
28 die Grundlage.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

G5_1/24 Für eine gerechte Zukunft: Stoppt die Horror-Briefe vom Jobcenter zum 18. Geburtstag!

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden
2 aufgefordert, alle entsprechenden Gesetze und Verordnungen so anzupassen, dass junge Erwachsene
3 nicht mehr mit Rückzahlungsaufforderungen diskriminiert werden und keine proaktive Beantragung
4 zur Minderjährigenthaltung erforderlich ist.

5 Die Bundesregierung hat mit der Einführung einer 15.000€ Grenze für die Rückforderung zu Unrecht
6 gezahlter Leistungen von den Kindern bürgergeldempfangender Eltern sich in eine richtige Richtung
7 bewegt. Denn beispielsweise eine kurzfristig ausgeübte Beschäftigung der Eltern führt oftmals
8 ungewollt zu Beitragsüberzahlungen. Dennoch sehen wir weiterhin dringenden Handlungsbedarf, um
9 junge Erwachsene vor belastenden Forderungen des Jobcenters zu schützen. Insbesondere die Praxis,
10 junge Menschen zum 18. Geburtstag mit für sie nicht nachvollziehbaren Forderungen zu konfrontiert.
11 Denn als sozialistischer Verband sind wir gegen jede Form von Diskriminierung.

12 Der Eintritt in die Volljährigkeit kann grundsätzlich ein herausfordernder Lebensabschnitt sein. Der
13 Staat sollte junge Menschen dabei unterstützen ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen
14 zu können. Sie in diesem bedeutsamen Moment mit JobCenter-Briefen über vierstellige
15 Rückforderungsaufforderungen zu konfrontieren, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer Eltern
16 entstanden sind, ist nicht nur unfair, sondern auch erniedrigend. Es stellt eine enorme psychische
17 Belastung dar und macht sie zivilrechtlich zu Schuldner. Dies provoziert Armut und Ausgrenzung und
18 erschwert ihnen den Start ins Erwachsenenleben und verstärkt die Stigmatisierung und
19 Diskriminierung von Familien in prekären Lebenslagen. Unsere Gesellschaft muss junge Erwachsene
20 unterstützen, anstatt sie für Umstände verantwortlich zu machen, die außerhalb ihrer Kontrolle
21 liegen.

22 Seit dem Bürgergeld-Gesetz können junge Menschen eine Minderjährigenthaltung beantragen. Die
23 Korrespondenz klärt nicht klar verständlich über die mögliche Minderjährigenthaltung auf.
24 Weiterhin bedarf dies das proaktive Ausfüllen eines Formulars und ändert nichts an das vorerst
25 entstandene zivilrechtliche Schuldnerverhältnis.

26 Daher fordern wir:

- 27 • Die Abschaffung der Praxis, junge Erwachsene mit Rückforderungsbescheiden zum 18.
28 Geburtstag zu konfrontieren.
- 29 • Mindestens aber muss die Pflicht der proaktiven Beantragung der Minderjährigenthaltung
30 entfallen. Die Prüfung der Bedarfsgemeinschaften auf Vermögen reicht aus, um
31 Missbrauch zu verhindern, ohne junge Erwachsene zusätzlich zu belasten.
- 32 • Die Regelungen zur Minderjährigenthaltung im Rahmen des Bürgergeldes müssen sofort
33 rückwirkend anwendbar werden, um auch jenen jungen Erwachsenen zu unterstützen,
34 die in der aktuellen Gesetzgebung ausgegrenzt werden. Behörden müssten dies aktiv
35 ohne Beantragung umsetzen.

- 36 Weiterhin bekräftigen wir die bestehende Beschlusslage zur Einführung einer Kindergrundsicherung,
37 deren schnellstmögliche Umsetzung wir mit Nachdruck einfordern.

Antragssteller*innen: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

G6_1/24 Sanktionsfreies Bürgergeld

1 Die SPD soll sich in der Bundesregierung für ein sanktionsfreies Bürgergeld einsetzen, um der
2 wirklichen Überwindung von Hartz IV näherzukommen.

3 Begründung:

4 Der aktuelle Höchstsatz für das neue Bürgergeld liegt bei 502 €. Mit den neuen Regelungen kann ein:e
5 Bürgergeldempfänger:in stufenweise um bis zu 30% sanktioniert werden. Nach Abzug der 30% bleiben
6 von den 502 € nur noch 351,40 € übrig. Neben der Tatsache, dass dieses Geld nicht annähernd für ein
7 existenzsicherndes Leben reicht, wurde auch bereits in einer Studie von 2019 erwiesen, dass
8 Sanktionen die Erwerbsintegration in den Arbeitsmarkt erschweren, statt sie zu fördern.¹ In der Studie
9 wird dargelegt:

10 "Die mit dem Instrumentarium der Sanktionierung generell intendierten Wirkungen auf das Verhalten
11 und die Verhaltensdisposition mit dem Ziel, erwerbsfähige Empfänger:innen von Hartz IV zur
12 Arbeitsaufnahme zu aktivieren, lässt sich in dem hier vorliegenden Datenmaterial nicht aufzeigen.
13 Vielmehr zeigen die qualitativen Befunde, dass die mit Hartz IV verbundenen Restriktionen die
14 Interviewpartner:innen eher „lähmen“ ihre Wünsche nach gesellschaftlicher Teilhabe, nach
15 Erwerbstätigkeit oder nach gesellschaftlicher Anerkennung und sozialem Wohlbefinden, zu
16 realisieren." (S. 98)

17 Wenn wir als SPD das vorhandene Fachkräftepotenzial voll ausnutzen wollen, so sollten wir damit
18 aufhören, die Ärmsten zu bestrafen und den Staat nicht als Feind, sondern als Partner der Menschen
19 etablieren.

¹ Hartz Plus Studie, September 2019 https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/policy_paper_hartzplus_final.pdf

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

G7_1/24 Azubis finanziell Entlasten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestags sind aufgefordert, sich
2 dafür einzusetzen, dass der Übergangsbereich auch auf Ausbildungsvergütungen angewandt wird.

3 Begründung:

4 Eine Beschäftigung liegt im Übergangsbereich, wenn das Arbeitsentgelt 520,01 Euro bis 2.000 Euro
5 beträgt und die obere Grenze regelmäßig nicht überschritten wird. Er sorgt dafür, dass
6 Arbeitnehmer*innen beim Sozialversicherungsbeitrag entlastet werden.

7 Zum einen wird als beitragspflichtige Einnahme sowohl bei der Berechnung des
8 Gesamtsozialversicherungsbeitrags insgesamt als auch bei der Berechnung des von der*dem
9 Arbeitnehmer*in zu tragenden Anteils nicht das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt, sondern eine
10 hiervon abgeleitete, geringere beitragspflichtige Einnahme angesetzt.

11 Zum anderen erfolgt die Beitragslastverteilung nicht paritätisch zwischen Arbeitgeber und
12 Arbeitnehmer. Der Übergangsbereich bewirkt, dass die Arbeitnehmer innerhalb der Zone von 520,01
13 Euro bis 2.000,00 Euro langsam in die reguläre Beitragsbelastung – diese wird erst mit einem
14 Arbeitsentgelt von 2.000,00 Euro erreicht – hineinwachsen.

15 Diese Regelung die zu einer Entlastung der Arbeitnehmer*innen führt wird aktuell nicht auf
16 Ausbildungsvergütungen angewandt, da diese rechtlich kein Entgelt sind. Dabei liegen gerade
17 Ausbildungsvergütungen überwiegend, wenn nicht sogar in der Regel im Übergangsbereich, sodass
18 gerade Auszubildende besonders belastet sind. Dieser Missstand muss angegangen und
19 Auszubildende entlastet werden.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

G8_1/24 Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht für alle Personen während der Dauer der Erstausbildung

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie des Senats von Berlin werden
2 aufgefordert, sich auf sämtlichen Ebenen dafür einzusetzen, dass alle Personen während der Dauer
3 der Erstausbildung pauschal von der Rundfunkbeitragspflicht befreit werden.

4 Begründung:

5 In Deutschland gibt es circa 2,92 Millionen Studierende und 1,3 Millionen Auszubildende. Von den
6 Studierenden beziehen rund 11 Prozent Bafög. Die restlichen Studierenden und die Auszubildenden
7 finanzieren ihr Studium/ ihre Ausbildung durch Arbeit oder finanzielle Unterstützung ihrer Eltern.

8 Grundsätzlich muss jeder Haushalt in Deutschland monatlich 18,36€ Rundfunkgebühren bezahlen.
9 Befreiungen sind im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) nur ausnahmsweise vorgesehen.

10 Gemäß § 4 RBStV werden insbesondere Studierende sowie Auszubildende und volljährige
11 Schüler*innen auf Antrag von der Beitragspflicht ausgenommen, soweit sie Bafög oder eine andere
12 der im RBStV genannten staatlichen Leistungen beziehen. Darüber hinaus ist eine Befreiung nur in
13 gravierenden Härtefällen aus Gründen extremer finanzieller Not oder schwerwiegenden
14 Gesundheitsproblemen vorgesehen. In der Praxis wird die Befreiung größtenteils verwehrt. Folglich
15 stellt die Zahlung/ Nachzahlung der Rundfunkgebühren für Studierenden/Auszubildenden eine
16 enorme finanzielle Belastung dar.

17 Anhand der Studierenden lässt sich die Schwere der Situation gut darstellen. Studierende, die von
18 Unterhalt leben, erhalten im Monat meist nur um die 930€, von denen sie ihren ganzen Lebensalltag
19 finanzieren müssen. Sie können aufgrund eines zu hohen Einkommens ihrer Eltern regelmäßig kein
20 Bafög beziehen und dürfen nebenbei auch nicht arbeiten gehen, ohne ihren Anspruch auf Unterhalt
21 zu verlieren. Sie sind somit insbesondere durch die Rundfunkgebühren belastet.

22 Es ist nicht einleuchtend, warum Bafög beziehende Studenten von den Rundfunkgebühren befreit
23 sind, alle anderen Studierenden, Auszubildende und Schüler*innen aber nicht. Der Rundfunkbeitrag
24 stellt nämlich für alle Menschen in der ersten Ausbildung eine monatliche Belastung dar. Eine
25 generelle Beitragsbefreiung würde vor allem für Studierende und Auszubildende eine finanzielle
26 Entlastung darstellen und ihnen die im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbarten "bestmöglichen
27 Zukunftschancen eröffnen", die sie in dieser Zeit dringend benötigen

Antragsbereich I: Internationales, Europapolitik und Migration

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

I1_1/24 Europawahlen 2024 - Unsere Stimme, Unsere Zukunft, Unser Europa!

1 Im Vorfeld der Wahlen am 9. Juni 2024 steht die Europäische Union an einem entscheidenden
2 Wendepunkt. Die letzten fünf Jahre europäischer Politik waren geprägt von diversen globalen
3 Herausforderungen wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Auswirkungen der
4 Pandemie und der Energiekrise sowie den komplexen Fragen rund um Fluchtbewegungen und
5 Migration. Diese Krisen und Herausforderungen haben die Europäische Union nachhaltig geprägt. Die
6 politischen Landschaften in den Mitgliedstaaten befinden sich im Wandel, der von aufsteigendem
7 Nationalismus und Faschismus geprägt ist. Angesichts dieser Entwicklungen ist es umso
8 entscheidender, dass wir uns einsetzen für unsere junge, linke und progressive Vision für das Europa
9 des 21. Jahrhunderts und ein starkes Gegengewicht setzen zu den aufsteigenden rechtspopulistischen
10 Kräften in der europäischen Arena. Die Wahl 2024 ist die erste Europawahl, in der in vielen Ländern
11 Menschen ab 16 Jahren wählen dürfen und die europäische Politik aktiv aus einer jungen Perspektive
12 mitgestalten können. Im Kontext dieses historischen Demokratisierungsschritt nehmen wir unsere
13 Verantwortung als größte linke politische Jugendorganisation wahr und positionieren wir uns
14 entschieden als Stimme für ein solidarisches, friedensstiftendes Europa, das konsequent gegen
15 Autokratien und andere Gefahren für Freiheit und Demokratie eintritt. Wir stehen ein für ein Europa,
16 das internationalistisch, feministisch, antifaschistisch, antirassistisch und anti-kapitalistisch ist.

17 Unsere Stimme für ein humanes Asylrecht

18 Die Debatte um GEAS dient als exemplarisches Beispiel, wie das Menschenrecht auf Asyl zunehmend
19 ausgehöhlt wird und für die Gefahr, die rechte und rassistische Narrative für die Menschenrechte
20 darstellen. Unsere Vision von Europa wendet sich vehement gegen jegliche Abschottungspolitik und
21 strebt stattdessen globale Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit für alle Menschen an. Die Zukunft
22 Europas erfordert die umfassende Integration der Asyl- und Einwanderungspolitik, Schutzsuchende
23 und Migrant*innen müssen in Europa sicher und frei Leben dürfen. Wir fordern deshalb die
24 Abschaffung von FRONTEX, und die Schaffung sicherer Fluchtrouten sowie legaler
25 Fluchtmöglichkeiten, um das tägliche Sterben an den europäischen Außengrenzen schnellstmöglich
26 zu beenden. Des Weiteren benötigen wir eine solidarische Lastenverteilung, die Beschleunigung und
27 Entbürokratisierung von Asylverfahren, umfassenden Rechtszugang für Asylsuchende, die Einrichtung
28 eines europäisch organisierten Seenotrettungssystems und Entkriminalisierung von
29 Seenotrettungsinitiativen, und humane Bedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen in der gesamten
30 EU. Wir setzen uns ein für das individuelle Grundrecht auf Asyl und die Aufnahme der Klimakrise als
31 Fluchtursache in die UN-Flüchtlingskonvention. Lager an den EU-Außengrenzen, Abkommen mit
32 Drittstaaten zur Migrationsabwehr und die aktuelle Form der GEAS-Reform lehnen wir entschlossen
33 ab.

34 Unsere Stimme gegen Rechts

35 Die politischen Entwicklungen in Ländern wie Ungarn oder Italien, aber auch in Frankreich,
36 verdeutlichen: Die anstehende Europawahl wird nicht nur ein Kampf um politische Positionen,

37 sondern auch um die Deutungshoheit darüber, welche Vision die EU für die Zukunft repräsentiert.
38 Trotz kleiner Erfolge wie dem Sieg des demokratischen Lagers in Polen bedeutet das Erstarken
39 rechtspopulistischer Strömungen in Europa eine zunehmende dramatische Gefährdung
40 demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze und -rechte. Angesichts dessen setzen wir uns umso
41 vehementer ein für ein Europa, das sich eindeutig zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden
42 bekennt und treten faschistischen Strukturen entschlossen entgegen. Um rechtspopulistischen und
43 nationalistischen Tendenzen effektiv entgegenzutreten, muss die Europäische Union unter anderem
44 aktiv soziale Ungerechtigkeiten bekämpfen. Das kann nicht nur politische Veränderungen
45 ermöglichen, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung demokratischer Grundwerte
46 und zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit in der EU leisten.

47 In dem zweiten von Russland entfachten brutalen Angriffskrieg kämpfen die Menschen in der Ukraine
48 seit mehr als zwei Jahren beharrlich für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Sie kämpfen für das Recht,
49 selbst über ihre Zukunft zu bestimmen, wobei eine überwältigende Mehrheit der Ukrainer*innen die
50 Europäische Union als ihren bevorzugten Weg sieht. Die russische Aggression zwingt uns dazu,
51 bestehende Positionen, insbesondere hinsichtlich der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, zu
52 überdenken und anzupassen. Diese Neubewertung erfolgt vor dem Hintergrund unserer fortgesetzten
53 Unterstützung und Solidarität gegenüber der Ukraine in ihrem Kampf um Souveränität und der
54 Abwehr gegen die russische Aggression. Wir setzen uns nachdrücklich für die unverzügliche
55 Anerkennung der Ukraine als Beitrittskandidatin zur Europäischen Union ein und bleiben in diesem
56 Kontext mit unseren ukrainischen und osteuropäischen Partner*innen als auch unserer europäischen
57 Dachorganisation YES im stetigen Kontakt.

58 **Unsere Stimme für eine starke Sozialunion**

59 Obwohl über 140 Millionen Menschen in der EU von Armut betroffen oder bedroht sind, ist das
60 Freiheitsverständnis der EU noch immer sehr marktorientiert definiert. Angesichts der wachsenden
61 sozialen und wirtschaftlichen Diskrepanz zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten stehen wir
62 entschlossen gegen Armut und jegliche Form von Ausbeutung ein und fordern stattdessen eine echte
63 Sozialunion, die Werte sozialer Rechte und Menschenrechte in den Mittelpunkt der europäischen
64 Politik stellt. Dafür benötigen wir unter anderem soziale Mindeststandards in allen Bereichen der
65 europäischen Sozialsysteme, einen gesetzlichen armutsfesten Mindestlohnkorridors, und ein
66 umfassendes europäisches Sozialsystem mit sicheren Renten, Arbeitslosenunterstützungen und der
67 Garantie auf Krankenversicherung für alle Bürger*innen. Weiterhin fordern wir eine Reform der
68 Arbeitsbedingungen, die die Sicherung, Stärkung und Liberalisierung betrieblicher Mitbestimmung auf
69 europäischer Ebene, faire Bezahlungen, geregelte Arbeitszeiten, Sozialleistungen und eine
70 Arbeitsplatzsicherheit beinhaltet. Gleichzeitig kämpfen wir entschieden gegen ein Europa, das
71 wirtschaftlichen Wohlstand auf Kosten des Globalen Südens erwirtschaftet und dessen Anspruch auf
72 soziale Sicherheit und Freiheit an seinen Außengrenzen aufhört.

73 **Unsere Stimme für die ökologische Transformation**

74 2023 lag erstmals laut Daten des EU-Klimadienstes Copernicus die Erderwärmung durchschnittlich
75 zwölf Monate lang 1,5 Grad über dem Referenzzeitraum. Als eine der Regionen weltweit, die durch
76 ihren CO₂-Ausstoß maßgeblich dazu beigetragen hat, hat die EU Klimaschutz und Nachhaltigkeit viel
77 zu lange wirtschaftlichen Profit nachgeordnet. In einer Zeit, in der die globalen Herausforderungen
78 der Klimakrise immer drängender werden, steht die EU nun vor der Verantwortung, eine führende
79 Rolle in der Gestaltung einer nachhaltigen und klimaneutralen Zukunft einzunehmen. Wir erkennen
80 die entscheidende Bedeutung an, die eine effektive europäische Klimapolitik für die Bewältigung der
81 Klimakrise hat, und setzen uns ein für die Abschaffung von Subventionen für fossile und nukleare

82 Energieträger, eine europäische CO2-Steuer und ein Klimabudget aus mindestens 40% des EU-
83 Budgets. Dabei gilt Europa als Industriesstandort und seine Arbeiter*innenschaft vor sogenanntem
84 „Carbon Leakage“ zu schützen und bei der Ausgestaltung und Anwendung von unilateralen
85 Maßnahmen sowie den daraus resultierenden Zolleinnahmen die industrielle Weiterentwicklung
86 europäischer Handelspartner*innen im Sinne der ökologischen Transformation und Anpassung an den
87 Klimawandel zu fördern. Die europäische Landwirtschaft muss ökologisch-solidarisch umgebaut
88 werden, lokale Energiegenossenschaften unterstützt und CO2-Budgets in Handelspläne integriert
89 werden. Des Weiteren brauchen wir einen Ausbau des europäischen Schienennetzes und vermehrte
90 Subventionen zur Reduktion der Bahnpreise, besonders für junge Menschen.

91 **Unsere Stimme für ein junges Europa!**

92 In der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nimmt die Jugend eine zentrale Rolle
93 ein, und es ist unerlässlich, ihre Bedürfnisse und Perspektiven in den Fokus der europäischen Politik
94 zu rücken. Wir setzen uns ein für eine stärkere Jugendpolitik in der EU, die nicht nur auf dem Papier
95 existiert, sondern auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterlegt ist. Die EU muss ihre
96 finanziellen Mittel gezielt einsetzen, um die Partizipation und Entwicklung junger Menschen zu
97 fördern. Wir fordern eine erhöhte finanzielle Unterstützung für Jugendprojekte, Bildung,
98 Mobilitätsprogramme und den Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeits- und
99 Ausbildungsmöglichkeiten. Weiterhin brauchen wir mehr Beteiligungs- und Diskursmöglichkeiten für
100 junge Menschen, um europäische Verbindungen zu knüpfen und europäische Solidarität zu stärken.
101 Projekte wie DiscoverEU, Erasmus+ oder der Youth Guarantee müssen weiter ausgebaut werden.

102 **Unsere Kampagne**

103 Als Jugendorganisation machen wir Politik von jungen Menschen für junge Menschen und auch mit
104 dieser Kampagne wollen wir ihre Anliegen und Ideen in den Fokus rücken. Dieses Jahr dürfen erstmals
105 Menschen ab 16 in vielen Ländern an der Europawahl teilnehmen, was einen bedeutenden Schritt in
106 Richtung Inklusivität und Demokratisierung darstellt. Dies eröffnet die Möglichkeit, junge
107 Perspektiven und Anliegen stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden, was
108 hoffentlich die Prioritäten der EU in Richtung zukunftsorientierter Themen wie soziale Gerechtigkeit
109 oder Klimaschutz lenken wird. Das war längst überfällig, denn die Perspektiven und Visionen der
110 jungen Generation müssen eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Zukunft des europäischen
111 Projekts einnehmen. Unsere **Zielgruppe** umfasst deswegen nicht nur alle jungen Menschen, die
112 gemeinsam mit uns von einem progressiven Europa träumen, sondern besonders auch
113 Erstwähler*innen.

114 Um diese zu erreichen, werden wir gezielt an **Orten** präsent sein, an denen sich junge Menschen
115 regelmäßig aufhalten - sei es die Schule, der Campus, das Oberstufenzentrum oder das
116 Jugendzentrum, wir werden dort sein. Gleichzeitig erkennen wir die zunehmende Bedeutung von
117 Social Media als einen zentralen Ort des politischen Diskurses für junge Menschen. Wir sind
118 entschlossen, diese Plattformen zu bespielen und sie nicht rechten Kräften zu überlassen.

119 Mit unserer Jugend Wahlkampagne 2024 verfolgen wir folgende **Ziele**:

- 120 1. **Mobilisierung der Wähler*innenschaft:** Wahlbeteiligung junger Menschen erhöhen und
121 stärkste Partei bei jungen Wähler*innen und Erstwähler*innen werden
- 122 2. **Politische Bildungsarbeit:** Informierung und Aufklärung junger und marginalisierter
123 Menschen über die Bedeutung der Europawahl, europäische Politik und ihre Auswirkungen
124 auf unser tägliches Leben, sowie ihre Partizipationsmöglichkeiten
- 125 3. **Unterstützung unserer Juso-Kandidat*innen:** Fokus auf Unterstützung von Frederic Augustin,
126 Delara Burkhardt und Tiemo Wölken, um ihre Wahlchancen zu steigern

- 127 4. **Gewinnung von Neumitgliedern:** Mobilisierung neuer Mitglieder durch die Präsentation als
128 engagierte europapolitische Jugendorganisation, die sich für die Anliegen junger Menschen
129 einsetzt
130 5. **Langfristige politische Aktivierung:** Schaffung einer Basis für langfristige politische
131 Aktivierung und Mobilisierung, um das politische Bewusstsein und Engagement unserer
132 Generation nachhaltig zu stärken
133 6. **Hervorhebung unserer Eigenständigkeit:** Betonung der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit
134 als Jugendorganisation innerhalb der SPD
135 7. **Positionierung der SPD als Jugendpartei:** SPD als Partei für junge Menschen positionieren und
136 Gaby Bischoff als SPD-Berlin-Spitzenkandidatin stärken

137 Um diese Ziele zu erreichen und unsere Zielgruppen effektiv anzusprechen, setzen wir auf eine breite
138 Palette innovativer und themenorientierter Wahlkampfaktionen. Diese **Aktionsformate** sollen sich
139 harmonisch ergänzen, um eine ganzheitliche und ansprechende Kampagne zu gestalten, die unsere
140 politischen Forderungen klar kommuniziert. Wir starten mit unserer Kampagne nach unserer LDK
141 Mitte April und möchten bis zum Landesparteitag am 25. Mai 2024 bereits sichtbar sein.

142 Eine entscheidende Rolle im Verlauf dieses Wahlkampfes wird den Sozialen Medien zukommen. Durch
143 eine Vielfalt an Formaten wie Videos im Kurz- und Langformat, Stories, Kacheln oder Infografiken
144 zielen wir darauf ab, unsere Zielgruppe gezielt auf verschiedenen Plattformen anzusprechen und dabei
145 die spezifischen Anforderungen jeder Plattform zu berücksichtigen. Unsere digitale Kampagne
146 zeichnet sich nicht nur durch inhaltliche Fundierung aus, sondern wird ebenso kreativ und interaktiv
147 gestaltet sein, um die Aufmerksamkeit und das Interesse unserer Zielgruppe zu wecken. Das kann
148 beispielsweise Interviews mit den Kandidierenden, Live-Streams oder Umfragen umfassen. Den
149 Kreisen soll die Möglichkeit eingeräumt werden, für jeweils eine Woche des Wahlkampfes den Social-
150 Media-Account des Landesverbandes zu übernehmen ("Take Over"), um ihre inhaltlichen und
151 bezirksspezifischen Schwerpunkte zu setzen und die Weitreiche der Landesaccounts zu nutzen. In
152 Verbindung damit planen wir Themenwochen zu europapolitischen aktuellen Herausforderungen wie
153 z.B. zu GEAS. Zusätzlich werden wir versuchen, mit unseren supranationalen Dachorganisationen YES
154 und IUSY, unseren europäischen Schwesterorganisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und
155 Bündnispartner*innen gemeinsame Aktionen zu machen. Unsere Social-Media-Präsenz geht aber
156 über reines Teilen von Inhalten hinaus – wir beabsichtigen, aktiv am Diskurs teilzunehmen, indem wir
157 mit anderen Beiträgen interagieren durch beispielsweise Kommentare oder die Stitch-Funktion. Wir
158 werden die vom Bundesverband zur Verfügung gestellten digitalen Ressourcen nutzen, aber auch
159 unsere eigenen Formate und Designs nutzen. Eine eigens eingerichtete Social-Media-Taskforce wird
160 den Landesvorstand dabei unterstützen, eine effektive und konstante Online-Präsenz zu
161 gewährleisten.

162 Daneben bleibt natürlich der direkte Kontakt zu jungen Menschen an von diesen frequentierten Orten
163 und eine Präsenz in der Stadt wichtig für jede Wahlkampfkampagne. Für Infostände und Verteilungen
164 möchten wir den Kreisen Materialien zukommen lassen. Dafür bestellen wir die
165 Wahlkampfmaterialien des Bundesverbandes und ergänzen diese mit eigenen Materialien, die an das
166 Corporate Design des Bundesverbandes angelehnt sind. Je nach Finanzierungsmöglichkeiten des
167 Landesverbandes wollen wir maximal drei Sticker motive, Postkarten motive und Give-Aways
168 produzieren. Diese sollten möglichst so gestaltet sein, dass sie auch über die Europawahl 2024 hinaus
169 verteilt werden können. Wir setzen hierbei auf gezielte Informationskampagnen, die klare und leicht
170 verständliche Informationen über den Europawahlprozess, die Relevanz der Wahl und unsere
171 politischen Ziele bereitstellen. Dabei wollen wir auch in Berlin lebende Europäer*innen aus anderen
172 Mitgliedstaaten und Menschen aus marginalisierten Gruppen ansprechen und ihnen Informationen

173 geben, ob sie wahlberechtigt sind und wie sie sich in Berlin registrieren können. Unser Ziel ist es, diese
174 Informationen weitreichend zugänglich zu machen. Daher verbreiten wir Informationsmaterialien
175 nicht nur in Schulen, Hochschulen und Jugendeinrichtungen, sondern auch auf digitalen Plattformen.
176 Durch die Nutzung von QR-Codes können wir unsere Offline- und Online-Kampagne effektiv
177 verbinden. Des Weiteren möchten wir Material aus vergangenen Wahlkämpfen sofern möglich mit
178 verteilen.

179 Wir streben aktiv danach, an politischen Dialogen teilzunehmen und Diskussionen zu aktuellen
180 europapolitischen Themen zu fördern. Durch unsere Präsenz bei Diskussionsveranstaltungen in
181 Schulen, Universitäten und Jugendeinrichtungen positionieren wir uns als engagierter Verband, der
182 sich für die Anliegen junger Menschen einsetzt. In diesem Rahmen verbreiten wir Informationen über
183 unsere europapolitischen Forderungen, betonen die Relevanz der EU und der Wahlbeteiligung und
184 erläutern die vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten, die jungen Menschen zur Verfügung stehen.
185 Unsere Zielsetzung ist es dabei, nicht nur informierte Diskussionen zu fördern, sondern auch das
186 Bewusstsein für die Bedeutung der Europawahl und die aktive Teilnahme der Jugendlichen am
187 demokratischen Prozess zu stärken. Dabei wollen wir darauf achten, auch explizit junge
188 Arbeitnehmer*innen und Nichtakademiker*innen beispielsweise an Berufsschulen anzusprechen.
189 Dafür möchten wir ein Schreiben vorbereiten, mit dem die Kreise Einrichtungen kontaktieren können
190 und ihre Bereitschaft für eine Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen vor der Europawahl
191 signalisieren können. Zudem möchten wir einige Workshops anbieten, um unsere Mitglieder ideal auf
192 eine Teilnahme an Podiumsdiskussionen, aber auch den Wahlkampf insgesamt und besonders den
193 Umgang mit Rechtspopulismus vorzubereiten.

194 Wahlkampf soll aber ja auch Spaß machen. Deswegen setzen wir auf kreative Ansätze und soziale
195 Veranstaltungen, um politische Communities zusammenzubringen und unsere Inhalte auf innovative
196 Weise zu vermitteln. Dabei versuchen wir, am Mobilisierungspotential der vergangenen Wahlkämpfe
197 und der No-Groko-Kampagne anzuknüpfen. Wir wollen gemeinsam mit Gaby Bischoff und Frederic
198 Augustin bei Veranstaltungen präsent sein und sie in unsere Veranstaltungen im Rahmen der
199 Kampagne mit einbeziehen. Wir möchten uns ein Erfolgsbeispiel am letzten Wahlkampf nehmen und
200 (ggf. gemeinsam mit der SPD) ein Public Viewing des European Song Contests organisieren, um
201 Interessierte zu mobilisieren und im Verband die Lust auf den Wahlkampf zu kanalisieren. Wir
202 möchten nutzen, dass der Wahlkampf im Sommer stattfindet, und auf dem Tempelhofer Feld ein
203 politisches Picknick veranstalten. Hierzu könnte man die Grüne Jugend einladen und gemeinsam für
204 eine hohe Wahlbeteiligung und demokratische Kräfte mobilisieren. Zuletzt möchten wir am Abend
205 des 9. Juni einen kleinen Wahlabend organisieren, um in entspannter Runde zusammenzukommen,
206 den Wahlkampf Revue passieren zu lassen und hoffentlich etwas zu feiern.

Antragsteller*innen: Jusos Mitte, Pankow, Tempelberg und Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

I2_1/24 Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen

1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in den
2 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden daraufhin
3 Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen der DDR und
4 sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam
5 und weitere abgeschlossen.

6 Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen
7 lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im Betrieb als
8 auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlossen. Ihr
9 Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von
10 Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte
11 ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen
12 gedrängt.

13 Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
14 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine vertragliche
15 Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60% des Lohns der Arbeiter*innen einbehält, um angebliche
16 Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Betrag sollte, so das Versprechen, den
17 Mosambikaner*innen in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung fand bis heute nicht
18 statt. Bis heute kämpfen die ehemaligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Aktivist*innen
19 gehen von einer Summe von umgerechnet über 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter*innen
20 zusteht. Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambikanische Rentensystem überführt
21 werden sollten, sind bis heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambikaner*innen leben bis
22 heute in prekären Verhältnissen und werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.

23 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die mit geringen
24 Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die gleichen Menschen, die sich
25 in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-Arbeitskräften ausgeglichen
26 hatten, mussten nun weiter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung kämpfen.

27 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung eine Zäsur.

28 Schon in der DDR waren Vertragsarbeiter*innen mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus
29 konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von der DDR-Führung
30 vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren, war rechte Gewalt Alltag für
31 migrantisierte Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos ausgeliefert waren.
32 Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf, Freital, und Tambach-Dietharz sind nur
33 einige Beispiele für rechtsextreme Anschlagorte.

34 **Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter*innen in der DDR ist bis heute nicht**
35 **ausreichend aufgearbeitet, deshalb fordern wir:**

- 36 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend an die ehemaligen
37 Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden
- 38 • Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die DDR
- 39 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland beschäftigten
40 Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in Mosambik und anderen
41 Herkunftsländern.
- 42 • intersektionales Gedenken an das Mauerfall-Jubiläum, welches auch die Perspektive der
43 ehemaligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu
44 Wort kommen lässt
- 45

Antragsteller*innen: Jusos Mitte, Tempelberg und Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I3_1/24 Guten Morgen, Mayistero!

1 Zwischen Hoffnung und Herausforderung: Das harte Leben der Gastarbeiter*innen in der 2 Bundesrepublik

3 Mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955, welches die BRD unter der Kanzlerschaft Adenauers
4 abgeschlossen hat, kamen Menschen aus Italien in die Bundesrepublik zum Arbeiten. Die mit US-
5 amerikanischen Hilfen boomende Wirtschaft kam an ihr Limit, das sich nur durch die Zuwanderung
6 von Arbeitskräften aus dem Ausland versetzen konnte. Aus diesem Grund entschied sich die damalige
7 Koalition aus konservativen Parteien dazu, Menschen aus dem Ausland für Arbeiten in der
8 Bundesrepublik „anzuwerben“. Das deutsch-italienische Abkommen blieb nicht das einzige, es folgten
9 zahlreiche weitere Abkommen mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien
10 und Jugoslawien. Die meist, nicht ausgebildeten Menschen übernahmen allerlei Tätigkeiten in
11 Branchen, bei denen die schlechten Arbeitsbedingungen im Vorhinein bekannt waren. Diese
12 menschenunwürdigen Beschäftigungsverhältnisse manifestierten sich in geringem Lohn, illegaler
13 Anstellung zur Umgehung von Sozialversicherungskosten, verweigertem Urlaubsanspruch und einer
14 Unterbringung, die jeglichen Sanitär- und Hygienestandards widerspricht. Noch heute erfahren die
15 Nachfahren der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ von den grausamen Lebensumständen ihrer
16 Eltern oder Großeltern, denn die Aufarbeitung seitens der Bundesregierung geschieht kaum bis gar
17 nicht.

18 In Zeiten wirtschaftlicher Rezession wird oft außer Acht gelassen, wie entscheidend die schwere Arbeit
19 der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ für den aktuellen und vergangenen Wohlstand war und ist.
20 Trotzdem wird ihr Beitrag häufig unterschätzt oder ignoriert, obwohl er einen wesentlichen Teil zur
21 Stabilität und Prosperität unserer Gesellschaft beigetragen hat. Diese Arbeiter*innen haben oft unter
22 schwierigen Bedingungen gearbeitet, und ihr Einsatz hat dazu beigetragen, viele Lücken in
23 verschiedenen Branchen zu schließen, von der Landwirtschaft bis hin zur Industrie. Ihre
24 Anstrengungen haben nicht nur dazu beigetragen, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch die
25 kulturelle Vielfalt bereichert und den sozialen Zusammenhalt gestärkt. Es ist wichtig, ihre Beiträge
26 anzuerkennen und zu würdigen, um eine gerechtere und integrativere Gesellschaft zu schaffen, die
27 auf den Prinzipien der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen basiert.

28 Bis heute fehlt die Anerkennung für die immense Leistung und den Beitrag der sogenannten
29 Gastarbeiter*innen, was nicht nur eine Unterbewertung ihrer Arbeit darstellt, sondern auch den
30 rassistischen Charakter des Kapitalismus manifestiert. Diese Arbeiter*innen wurden oft als bloße
31 „Arbeitskräfte“ betrachtet, ohne ihre menschliche Würde und ihre Rechte angemessen
32 anzuerkennen. Zusätzlich äußert sich der rassistische Charakter des Kapitalismus in der Tatsache, dass
33 Gastarbeiter*innen oft aus Ländern rekrutiert wurden, die von europäischen Kolonialmächten
34 unterdrückt wurden oder immer noch unter wirtschaftlicher Ausbeutung leiden. Diese Menschen
35 wurden als „billige Arbeitskräfte“ angesehen und in vielen Fällen unter unzureichenden Bedingungen
36 beschäftigt, ohne angemessenen Schutz oder faire Bezahlung.

37 Darüber hinaus wurden Gastarbeiter*innen oft Opfer von Vorurteilen und Diskriminierung aufgrund
38 ihrer ethnischen Herkunft und kulturellen Unterschiede. Sie wurden häufig als „Fremde“ betrachtet
39 und in vielen Fällen von der Gesellschaft ausgegrenzt. Diese Formen des Rassismus und der
40 Diskriminierung haben tiefe Spuren hinterlassen und sind bis heute in unserer Gesellschaft präsent.

41 Es ist wichtig anzuerkennen, dass der Erfolg vieler Industrien und Wirtschaftssektoren in Ländern wie
42 Deutschland, Frankreich oder Belgien eng mit der harten Arbeit und dem Engagement von
43 Gastarbeiter*innen verbunden ist. Ohne ihren Beitrag wäre der wirtschaftliche Aufschwung vieler
44 europäischer Länder nicht möglich gewesen. Daher ist es unerlässlich, die Anerkennung für ihre
45 Leistung zu fordern und gleichzeitig aktiv gegen rassistische Strukturen und Vorurteile vorzugehen.
46 Nur durch eine konsequente Ablehnung von Rassismus in allen seinen Formen können wir eine
47 gerechtere und inklusivere Gesellschaft schaffen, in der die Würde und die Rechte aller Menschen
48 geachtet werden.

49 Vor allem unsere Stadt wird wie keine andere mit dem Wirken der Gastarbeitenden in Verbindung
50 gebracht. Die Geschichte ganzer Bezirke basiert maßgeblich auf dem kulturellen und alltäglichen
51 Leben dieser Menschen. Kreuzberg und Neukölln sind Beispiele dafür, wie sich die Präsenz von
52 Gastarbeiter*innen im Stadtbild manifestiert. Die Entstehung von „Kiezen“ mit türkischen, arabischen
53 oder italienischen Geschäften, Restaurants und Orte, religiöser Wichtigkeit, spiegelt die Vielfalt und
54 den Einfluss dieser Gemeinschaften wider. Doch ihr Einfluss erstreckt sich weit über diesen Bereich
55 hinaus. Die Spuren ihrer Arbeit sind auch in der Architektur zu finden, sei es durch den Bau von
56 Wohnhäusern, Fabriken oder öffentlichen Einrichtungen. Darüber hinaus prägen sie das kulturelle
57 Leben der Stadt durch Festivals, Märkte und kulturelle Veranstaltungen, die ihre Traditionen und
58 Bräuche zelebrieren. Die Gastarbeitenden haben nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins
59 beigetragen, sondern auch zu einem Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts beigetragen,
60 indem sie Solidarität untereinander sowie mit den Einheimischen gefördert haben. Ihre Erfahrungen
61 und Geschichten sind integraler Bestandteil der Berliner Identität und erinnern uns daran, dass unsere
62 Stadt auf dem Einsatz und den Beiträgen von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen
63 aufgebaut ist.

64 **Ein Vertrag von dem nur eine Seite profitierte...**

65 Auch in der damaligen DDR wurden Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben. Unter dem Vorwand
66 der Ausbildung im sozialistischen Bruderstaat wurden Menschen, nach neoimperialistischer Ideologie,
67 für den eigenen Zweck ausgebeutet. Insbesondere aus Ländern wie Vietnam, Mosambik und Kuba
68 wurden Arbeiter*innen angeworben, um den Arbeitskräftemangel in verschiedenen Sektoren zu
69 beheben, sei es in der Industrie, der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Diese Praxis der Anwerbung
70 von ausländischen Arbeitskräften war jedoch nicht frei von Problemen und Widersprüchen. Obwohl
71 offiziell als solidarischer Akt dargestellt, diente sie auch dazu, die wirtschaftlichen Interessen der DDR
72 zu fördern und die eigene Produktivität zu steigern. Die Arbeitsbedingungen für diese ausländischen
73 Arbeitskräfte waren oft unzureichend, und sie wurden häufig schlechter bezahlt als ihre einheimischen
74 Kollegen. Darüber hinaus wurden sie oft von der Gesellschaft isoliert und hatten begrenzte
75 Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Diese Praxis der Anwerbung von Gastarbeitern in der DDR
76 verdeutlicht, wie auch in sozialistischen Systemen die Ausbeutung von Arbeitskräften im Namen des
77 Staates und seiner ideologischen Ziele stattfand. Sie zeigt auch, wie Ideologie und politische Interessen
78 oft dazu verwendet wurden, um die Rechte und Würde der Arbeitenden zu unterdrücken und
79 auszubeuten. Zudem wird dadurch auch deutlich, dass die Diskriminierung migrantisierter Menschen,
80 und auch Rassismus, den BIPOCs erleben, auch in anderen Wirtschaftsformen stattfindet.

81 **Deshalb fordern wir:**

- 82 - Die ernstzunehmende Auseinandersetzung und die Verstetigung der Auseinandersetzung
83 mit dem Leben der sogenannten Gast- und Vertragsarbeiter*innen innerhalb unseres
84 Verbandes, aber auch gesellschaftlich.
- 85 - Ausweitung von Orten der Begegnung verschiedener Generationen von sog.
86 Gastarbeitenden und ihren Nachkommen
- 87 - Die Einführung eines wiederkehrenden Feiertags für die Verabschiedung zahlreicher
88 Anwerbeabkommen. Ein mögliches Datum wäre der 30. Oktober 1961, der Tag, an dem das
89 deutsch-türkische Anwerbeabkommen beschlossen wurde. Vor allem dieses
90 Anwerbeabkommen prägt das Stadtbild noch bis heute.
- 91 - Vorbereitung und Durchführung eines Staatsaktes zum 65.-jährigen Jubiläum des deutsch-
92 türkischen Anwerbeabkommens
- 93 - Die historische Auseinandersetzung mit dem Unrecht, dass den Vertragsarbeiter*innen in
94 der DDR widerfuhr.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I4_1/24 Stoppt die Angriffe der türkischen Armee! - Solidarität mit Rojava

1 Im Schatten anderer globaler Konflikte kämpft die autonome Region Rojava im Norden Syriens einen
2 Zermübungskrieg gegen die türkische Armee. In den letzten Monaten hat der türkische Präsident
3 Erdogan erneut massive Angriffe veranlasst, so bspw. im Oktober 2023 und zuletzt im Januar 2024.
4 Dadurch wurden die zentrale Gasförderanlage, Elektrizitätswerke, Ölfelder und die größte
5 Öltraffinerie im Kanton Jazeera funktionsuntüchtig. Insbesondere zivile Einrichtungen wurden gezielt
6 attackiert - Krankenhäuser, Schulen und Bibliotheken sind seitdem zerstört. All dies stellen
7 Kriegsverbrechen dar, denen bislang kaum Aufmerksamkeit im internationalen Diskurs gewidmet
8 wurde. Internationale Beobachter bewerten das Vorgehen der Türkei als „völkerrechtswidrigen
9 Angriffskrieg“.

10 Erdogan beruft sich rechtfertigend auf eine „präventive Selbstverteidigung“, im Tatsächlichen geht es
11 der türkischen Armee allerdings um die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und die Zerstörung
12 der demokratischen Selbstverwaltung Rojavas.

Was ist Rojava?

14 Rojava ist ein 2012 aus dem syrischen Bürgerkrieg heraus entstandenes autonomes Gebiet im
15 Nordosten Syriens. Die Verwaltung Rojavas ist demokratisch organisiert: So werden
16 Führungspositionen paritätisch besetzt und die unterschiedlichen religiösen Hintergründe durch
17 Repräsentanz aller Gruppen innerhalb des Kabinetts beachtet. Der Gesellschaftsvertrag von Rojava
18 bekennt sich zu den Menschenrechten und enthält bspw. die Verpflichtung zur Religionsfreiheit und
19 zur Gleichberechtigung von Frauen. Somit ist Rojava neben Israel die einzige Demokratie im Nahen
20 Osten.

Jesid*innen schützen, Abschiebungen verhindern!

22 Insbesondere für Jesid*innen ist die Region Rojava ein Schutzraum: Ab 2014 wurden im Norden Iraks
23 durch den „Islamischen Staat“ bis zu 10.000 Jesid*innen ermordet, 7000 Frauen und Kinder entführt
24 und knapp 400.000 Menschen vertrieben. Der Bundestag hat den Völkermord an den Jesid*innen im
25 Januar 2023 als Genozid anerkannt.

26 Der Schutz der jesidischen Minderheit, von Kurd*innen und der demokratischen Selbstverwaltung
27 Rojavas muss uns Jusos eine Priorität sein! Wir verurteilen die Abschiebungen von Jesid*innen durch
28 die Bundesregierung an den Irak und stehen solidarisch an der Seite der Kurd*innen und unterstützen
29 sie in ihrem Freiheitskampf.

30 Daher fordern wir:

- 31 ● den Stopp aller Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak

32 Wir bekräftigen unsere Forderungen aus dem Antrag E1_2/19 „Solidarität mit Rojava“ und erneuern
33 insbesondere:

- 34 ● den Stopp aller kriegerischen Handlungen gegen die autonome, demokratische Region Rojava

- den Stopp aller Rüstungsexporte an die Türkei

Antragsbereich J: Justiz, Recht und Innenpolitik

Antragsteller*innen: Jusos Mitte, Tempelberg und Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

J1_1/24 Keine Entmündigung durch Bezahlkarten – Würde ist nicht verhandelbar!

1 Auf der Ministerpräsident*innenkonferenz vom Februar 2024 wurde ein verheerender Beschluss
2 gefasst: Bezahlkarten sollen bundesweit für Geflüchtete eingesetzt werden, um so ihre monetären
3 Leistungen zu erhalten. Die bisher in bar ausgezahlten Beträge sollen nun komplett auf einer Debit-
4 Karte hinterlegt werden, um dem rassistischen Vorwurf der gewinnbringenden Ausnutzung von
5 Transferleistungen gerecht zu werden. Durch diesen Beschluss werden ganz eindeutig rassistische
6 Ressentiments verstärkt, die üblicherweise von Rechten geteilt werden. Vor dem Hintergrund, dass
7 eine alleinstehende Person nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen Anspruch von 460€ im
8 Monat hat, ergibt sich sowieso die Frage bei den aktuellen wirtschaftlichen Umständen, welcher Teil
9 von dieser unwürdigen Summe „ins Ausland“ verschickt werden soll.

10 Die vorgeschobene Begründung des verringerten behördlichen Aufwands kann ziemlich simpel durch
11 den medialen Auftritt diverser Politiker*innen entkräftet werden, denn es stellt sich die Frage, warum
12 die Verantwortlichen nicht einfach die Transferleistungen auf normale Konten überweisen.

13 Es ist nicht hinnehmbar, dass eine sozialdemokratisch angeführte Bundesregierung rechte
14 Forderungen übernimmt und sich so einem rassistischen Diskurs beugt, statt gegen ihn anzuarbeiten
15 und die Situation von Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

16 Es lässt sich festhalten: Die vorgeschlagene Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete ist nichts
17 weniger als ein offener Angriff auf die Würde und Selbstbestimmung der betroffenen Menschen.
18 Diese paternalistische Maßnahme reduziert Geflüchtete auf bloße Empfänger*innen staatlicher
19 Almosen und entzieht ihnen die Kontrolle über ihr eigenes Leben.

Diskriminierende Praxis

21 Die Bezahlkarten könnten als Instrument der sozialen Kontrolle und als Ausdruck einer
22 diskriminierenden Haltung gegenüber Geflüchteten verstanden werden. Sie senden die Botschaft,
23 dass Geflüchtete nicht vertrauenswürdig genug sind, um mit Bargeld umzugehen oder ihre finanziellen
24 Angelegenheiten selbst zu regeln. Dies ist eindeutig eine Form der institutionellen Diskriminierung.

25 Wir dürfen uns nicht von den fadenscheinigen Argumenten der Befürworter täuschen lassen. Es gibt
26 keine Belege dafür, dass Bargeldzahlungen ein wesentlicher Anreiz für Migration sind. Die
27 Unterstellung, Geflüchtete würden staatliche Leistungen missbrauchen, um Geld ins Ausland zu
28 schicken, ist eine infame Unterstellung, die auf Vorurteilen und nicht auf Fakten basiert.

29 Wir fordern daher:

- 30 • Die Ablehnung der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete.

- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- Einen Stopp der Pläne zur Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete
 - Die Beibehaltung und signifikante Erhöhung von Bargeldleistungen, um die Würde, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe der Geflüchteten zu gewährleisten.
 - Eine Asylpolitik, die auf Fakten basiert und die Grundrechte aller Menschen respektiert, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

J2_1/24 Rassistischer Berichterstattung ein Ende setzen!

1 In 2024 befinden wir uns in Zeiten rechten Aufschwungs. Die rassistische AfD gewinnt immer weiter
2 an Zuwachs, während Mitte-Links Parteien ein Teil ihre Wähler*innenschaft verliert. Eins ist klar: Wir
3 müssen dem entgegenwirken und für einen jungsozialistischen, offenen und diversen Staat kämpfen.
4 Unter diesem Gesichtspunkt stellen wir uns die Frage, wie genau man wachsende, rassistische
5 Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte unterbinden kann.

6 Der Blick der Medien auf Kriminalität ist in den letzten Jahren „verzerrter“ geworden. Journalist*innen
7 nennen viel häufiger als früher die Herkunft von Täter*innen, besonders bei ausländischen
8 Tatverdächtigen. Laut einer Untersuchung von 2019 wurden sie viel häufiger genannt, als es ihrem
9 Anteil in der Kriminalstatistik entspricht. Das birgt die Gefahr, Personen mit Migrationsgeschichte zu
10 stigmatisieren. Wir meinen: Die Nennung der Herkunft oder Nationalität ist nur in wenigen
11 Ausnahmefällen relevant. Dann wenn die Nationalität eines Tatverdächtigen einen Zusammenhang
12 mit der Tat aufweist und eine Nennung tatsächlich zu einem besseren Verständnis der Tat führt - dies
13 muss im Bericht eindeutig erklärt werden.

14 In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) verhält es sich ebenso. In der PKS sind Menschen deutscher
15 Nationalität weitaus häufiger verzeichnet als solche mit anderen Nationalitäten. Dennoch werden
16 nach einer Studie des Bayerischen Rundfunks und des Norddeutschen Rundfunks, die von 2014 bis
17 2020 700.000 Meldungen auswertete, letztere trotz der niedrigeren Kriminalitätsrate etwa doppelt so
18 oft in Polizeimeldungen erwähnt wie Personen mit deutscher Nationalität. Durch diese Verzerrungen,
19 die von den Medien aufgegriffen werden, entsteht eine erhöhte Gefahr für eine falsche
20 Wahrnehmung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Fälschlicherweise werden so Verbindungen
21 zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und steigender Kriminalität geschaffen, Vorurteile
22 etabliert und verstärkt.

23 Daher fordern wir:

- 24 • Die Einhaltung/ Stärkung des Pressekodex, Richtlinie 12.1, die eine diskriminierende Nennung
25 der Herkunft von Straftäter*innen unterbinden möchte
- 26 • Eine Entzerrung der Kriminalitätswirklichkeit in der Medienberichterstattung, sodass
27 Menschen mit Migrationsgeschichte nicht überproportional erwähnt werden
- 28 • Eine kritische Einordnung der Relevanz bei Nennung der Herkunft bzw. Nationalität der
29 genannten Person in medialer Berichterstattung
- 30 • Eine größere Verbreitung von verpflichtenden Antirassismuseminare für Polizist*innen und
31 Medienvertreter*innen, um unbewusste Vorurteile entgegenzuwirken
- 32 • Eine einheitliche und eindeutige Regelung über die Nennung von Herkunft und
33 Nationalität seitens der Polizeidienststellen, die Menschen mit Migrationsgeschichte nicht
34 diskriminiert

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

J3_1/24 Für ein freiheitliches Verständnis von innerer Sicherheit

1 Der Begriff der inneren Sicherheit ist eng mit der Polizei und einem repressiven Strafrecht verknüpft.
2 Der Polizei obliegt die Durchsetzung gesetzlicher Vorschriften und die Wahrung der gesellschaftlichen
3 Ordnung. Hierfür hat der Staat der Polizei das Gewaltmonopol eingeräumt, weshalb es der Polizei
4 innerhalb strenger Rahmenbedingungen erlaubt ist, unmittelbaren Zwang auszuüben.

5 Ohne Polizeibehörden wäre die Durchsetzung gesetzlichen Schutzes der Bürger*innen unzureichend
6 gewährleistet und die staatliche Aufgabe der Rechtswahrung kaum erfüllbar. Der Polizei kommt damit
7 eine wichtige Rolle in demokratischen Systemen zu, um die persönliche Freiheit und das
8 Selbstbestimmungsrecht jeder Person zu schützen. Hierfür ist es jedoch essentiell, dass die Polizei das
9 Vertrauen der Bürger*innen besitzt. Außerdem kann die Polizei gesellschaftliche und soziale Probleme
10 nicht lösen. Um eine echte sozialdemokratische Innenpolitik verwirklichen zu können, ist es also
11 notwendig, den Sicherheitsbegriff weiter zu fassen, als sich auf die Polizei zu fokussieren und muss
12 soziale Aspekte ebenfalls in den Blick nehmen.

Refund the police - Ausbilden statt Ausrüsten

14 Aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei dazu berechtigt, zum Schutz von
15 Rechtsgütern unmittelbaren Zwang auszuüben. Dies ist jedoch nur in sehr engen Grenzen und als
16 letztes Mittel erlaubt. Im Allgemeinen sollen Polizeibeamt*innen einen deeskalierenden Ansatz vor
17 dem Einsatz von Gewalt bevorzugen. Hierbei stehen Kommunikation und Mediation im Mittelpunkt
18 und sehen Repression und die Androhung von Gewalt kritisch. Vor allem im Umgang mit psychischen
19 Problemen sind hinzugerufene Polizeibeamt*innen häufig überfordert. Langfristig soll es daher
20 möglich sein, bei Notrufen speziell für den Umgang mit psychischen Problemen geschulte Teams
21 hinzuzuziehen, um solche Situationen gewaltfrei lösen zu können. Bis dahin sollen Polizeibeamt*innen
22 ausgiebige Schulungen für den Umgang mit psychischen Problemen besuchen können.

23 Ein repressiver Polizeiapparat kann kein erstrebenswertes Ziel einer demokratischen und
24 freiheitlichen Gesellschaft sein. Eine immer stärkere Militarisierung der Polizeibehörden muss daher
25 kritisch betrachtet werden. Wasserwerfer, Räumpanzer und automatische Maschinengewehre
26 gehören inzwischen fast zum Standardrepertoire des Landespolizeien und werden immer
27 regelmäßiger im Polizeialltag eingesetzt. Diesen Widerspruch zum deeskalativen Ansatz, unter dem
28 Polizeiarbeit immer stehen sollte, beobachten wir auch zunehmend in Berlin. Die Beschaffung und der
29 Einsatz von militärischem Gerät soll deshalb hinterfragt werden. Polizeiliche Einsätze, die von
30 vornherein mit der Verwendung militärischen Geräts geplant werden, sollten nicht gestattet sein.

31 Da die Digitalisierung inzwischen auch bei der Polizei angekommen ist, werden Forderungen nach
32 automatisierter Auswertung, mehr (biometrischer) Überwachung und Big Data Analysen zur
33 Vorausbestimmung krimineller Handlungen (sogenanntes „Predictive Policing“) lauter. Dass viele der
34 Überwachungsmaßnahmen datenschutzrechtlich bedenklich sind und einen tiefen Eingriff in
35 Bürger*innenrechte bedeuten, wird dabei häufig nicht betrachtet. Die Einführung neuer digitaler
36 Technologien bei der Polizei muss dabei stets kritisch verfolgt werden.

37 Wir fordern daher:

- 38 • Verpflichtung von Polizeikräften, Schulungen für den Umgang mit psychischen Problemen zu
39 belegen und Sozialarbeiter*innen bei Einsätzen hinzuzuziehen
- 40 • Den Aufbau von spezialisierten Mental Health Response Teams, die auf den Umgang mit
41 psychischen Problemen geschult sind und bei Notrufen anstelle oder begleitend zu
42 Polizeibeamt*innen ausgeschickt werden
- 43 • Einen Beschaffungsstopp für militärische Ausrüstung
- 44 • Den Stopp von Einsatzplanungen mit militärischem Gerät wie automatischen
45 Maschinengewehren, Räumpanzern und Wasserwerfern
- 46 • Eine wissenschaftlich begleitete Testphase vor der Einführung neuer digitaler Technologien
47 zur Strafverfolgung unter stärkerer Berücksichtigung der Auswirkungen auf persönliche
48 Freiheiten und Datenschutzrecht

49 **Freiräume statt Investor*innenträume**

50 Immer häufiger finden Polizeieinsätze statt, um linke und alternative Projekte zugunsten von
51 Investor*innenprojekten zu räumen. Während dies mit der Durchsetzung geltenden Rechts
52 verargumentiert wird und die Einhaltung des Rechtsstatuts ein gewichtiges Gut der Gesellschaft
53 bleiben muss, werden diese Polizeieinsätze in ihrer Brutalität immer ausufernder. Bei
54 Demonstrationen gegen polizeiliche Räumungen wird Militärgerät für die Durchsetzung von
55 Investor*inneninteressen eingesetzt und linke Freiräume sterben immer mehr. Das Syndikat in
56 Neukölln, die Zukunft am Ostkreuz oder die Wagenburg in der Cuvrystraße sind nur einige Beispiele.
57 Doch die geräumten Flächen werden dann nicht zur Umsetzung von Bebauungsplänen genutzt,
58 sondern befeuern nach wie vor spekulativen Leerstand. So wird das Stadtbild für die Profitinteressen
59 von Investor*innen von der Subkultur befreit und verliert mehr und mehr seine Identität. Die
60 Innenpolitik macht sich so zur Erfüllungsgehilfin einer pervertierten kapitalistischen Verwertungslogik,
61 die Leerstand mehr belohnt als Neubau.

62 Eine sozialdemokratische Innenpolitik muss sich die Frage stellen, ob durch diese Polizeieinsätze nicht
63 Millionen an Steuergeldern verschwendet werden für den Profit von Kapitalunternehmen.
64 Sozialdemokratische Innenpolitik muss sich stärker an der Aufrechterhaltung einer sozial gerechten
65 Stadt und eines für alle Menschen attraktiven Stadtbilds orientieren. Niemand möchte in einer toten
66 Betonstadt leben, die Innenstädte sterben aufgrund von charakterlosen Betonbauten wie
67 Einkaufszentren, leerstehenden Eigentumswohnungen und Büro- und Hotelgebäuden. Diese Gebäude
68 mögen mehr Steuereinnahmen generieren als Kiezläden und Kunstateliers, machen das Stadtbild
69 jedoch kaputt und verändern die städtische Gesellschaftskultur.

70 Wir fordern daher:

- 71 • Keine polizeilichen Großeinsätze mehr für die Räumung alternativer Wohn- und
72 Gewerbeprojekte
- 73 • Den Auf- und Ausbau von Dialog- und Beteiligungsstrukturen zwischen Investor*innen,
74 Polizeibeamt*innen und von Räumung bedrohten Strukturen
- 75 • Die Verpflichtung der Investor*innen, alternative Angebote für die von der Räumung
76 verdrängten Strukturen zu schaffen

77 **Verbundeinsätze**

78 Bei sogenannten Verbundeinsätzen werden bei Kontrollen der Bezirksämter Polizeibeamt*innen
79 hinzugezogen. Dies ist häufig bei Kontrollen der Gesundheitsämter im Gastronomiegewerbe der Fall.
80 Den Polizeibefugnissen sind hierbei enge Grenzen gesetzt und der Einsatz darf sich ausschließlich auf
81 den Grund der Kontrolle erstrecken. So dürfen beispielsweise Gäste des Betriebs während des
82 Verbundeinsatzes nicht kontrolliert werden und der betriebliche Ablauf nicht durch die Polizei gestört

83 werden. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Verbundeinsätze häufig bei migrantisiert gelesenen
84 Gastronomiebetrieben stattfinden und eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Polizeibeamt*innen
85 eingesetzt werden. So werden diese Betriebe durch eine hohe Polizeipräsenz weiter stigmatisiert.
86 Außerdem werden bei den ursprünglichen Kontrollen des Gesundheitsamtes andere polizeiliche
87 Maßnahmen wie Personenkontrollen durchgeführt. Betroffene wissen häufig nicht, dass dies nicht
88 rechtens ist und werden auch von der Polizei nicht über ihre Rechte aufgeklärt. Die Praktik der
89 Verbundeinsätze sehen wir daher kritisch.

90 Wir fordern daher:

- 91 • Den Stopp von geplanten Verbundeinsätzen

92 **Armut entkriminalisieren**

93 Das quantitativ größte Problem des Strafrechtssystems in seiner geltenden Fassung dürfte aber sein,
94 wie es Armut kriminalisiert und den armen Teil der Bevölkerung mit vielen Ressourcen und dem
95 Einsatz staatlicher Gewalt am wirtschaftlichen Aufstieg und gesellschaftlicher Teilhabe hindert.

96 Wenn man von Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten absieht, wurden im Jahr 2021 die
97 meisten Geldstrafen für Diebstahl, Betrugsdelikte – wozu auch das „Erschleichen von Leistungen“, also
98 insbesondere das Fahren ohne gültigen Fahrausweis zählt – und den Besitz von Betäubungsmitteln
99 verhängt. Etwa ein Drittel der Geldstrafen entfielen auf diese Delikte. Ein Großteil der Strafen lautete
100 auf weniger als 90 Tagessätze, was bedeutet, dass es sich in der Regel um wenig schwere Verstöße
101 gehandelt hat. Die Höhe der einzelnen Tagessätze wiederum lag überwiegend bei weniger als 25 €,
102 woraus sich darauf schließen lässt, dass die Verurteilten in der Regel über ein Nettoeinkommen von
103 weniger als 750 € pro Monat verfügten. Es zeigt sich also, dass das Strafrechtssystem in seinem
104 aktuellen Zustand in einer erheblichen Anzahl an Fällen armutsbetroffene Menschen für Taten
105 bestraft, die zumeist armutsbedingt sind. Im schlimmsten Fall führen die verhängten Geldstrafen nicht
106 nur dazu, dass diese Menschen weiter in die Armut getrieben werden, sondern sie können bei
107 zahlungsunfähigen Verurteilten sogar als „Ersatzfreiheitsstrafe“ in eine Freiheitsstrafe umgewandelt
108 werden.

109 Dem muss nicht so sein. Sowohl kurz- als auch mittelfristig können viele der Unbilligkeiten mit
110 einfachen Lösungen beseitigt werden. Die Staatsanwaltschaft ist nicht verpflichtet, Armutskriminalität
111 zu verfolgen: Wenn absehbar ist, dass eine Strafe am unteren Ende des Strafrahmens verhängt würde,
112 kann sie das Verfahren einstellen. Damit diese Vorgehensweise sich durchsetzt muss man auch nicht
113 auf den guten Willen der Staatsanwält*innen vertrauen. Regierende Bürgermeister*innen und
114 Justizsenator*innen können die Staatsanwaltschaft per Verwaltungsvorschrift grundsätzlich zu
115 entsprechenden Einstellungen verpflichten, bis eine gesetzliche Neuregelung herbeigeführt wurde.
116 Hierdurch würden Ressourcen für die Verfolgung wirklicher Straftaten frei und im Ergebnis kommt es
117 zu einer Entkriminalisierung strafunwürdiger Armutsdelikte.

118 Mittelfristig bedarf es einer Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe. Wenn eine Tat so geringfügig ist,
119 dass sie schon nach Ansicht eines Gerichts keine Freiheitsstrafe rechtfertigt, darf die bloße
120 Zahlungsunfähigkeit der verurteilten Person nicht dazu führen, dass sie nur aufgrund von Armut ihre
121 Freiheit verliert. Stattdessen soll – nach schwedischem Vorbild – bei Zahlungsunfähigkeit das Geld
122 über einen längeren Zeitraum einzutreiben versucht werden, bis diese gegebenenfalls verjährt.

123 Aber auch wenn die Ersatzfreiheitsstrafe abgeschafft ist, können Geldstrafen eine unangemessene
124 Belastung für Verurteilte darstellen. Der Grund hierfür ist, dass Geldstrafen in der Regel nach dem
125 Nettoeinkommen der verurteilten Person bemessen werden. Abzüge für ihre notwendigen Ausgaben
126 werden – auch wenn die Gerichte einen begrenzten Spielraum für solche Erwägungen haben – selten

127 vorgenommen. Das kann bei Menschen mit einem geringen Einkommen dazu führen, dass sie zur
128 Bezahlung einer so hohen Geldstrafe gezwungen sind, dass sie kein menschenwürdiges Leben mehr
129 führen können. Zudem kann dies gerade bei Menschen, die sich aufgrund ihrer Armutsbetroffenheit
130 zur Begehung von Straftaten gezwungen sehen, dazu führen, dass sie sich zu weiteren Straftaten
131 gezwungen sehen. Aus diesem Grund sollte bei der Bestimmung der Tagessatzhöhe in Zukunft nicht
132 mehr das Nettoeinkommen der Beschuldigten maßgeblich sein, sondern deren Einkommen abzüglich
133 der Kosten für eine angemessene Lebensführung Grundlage für die Bemessung bilden.

134 All diese Reformoptionen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Ziel nicht sein darf,
135 die Kriminalisierung von Armut erträglicher zu machen. Wir müssen sie vollständig beenden. Das
136 bedeutet, wir müssen typische Delikte aus dem Bereich der Kleinkriminalität aus dem Strafrecht
137 verbannen und die zugrunde liegenden Probleme angehen. Das führt auch nicht dazu, dass
138 Unternehmen, die Opfer dieser Straftaten wurden, schutzlos bleiben. Es bleibt ihnen unbenommen,
139 sich selbstständig vor den Zivilgerichten darum zu bemühen, dass ihr Schaden ersetzt wird oder auf
140 eigene Kosten Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Die einzige Veränderung, die eintreten wird, ist,
141 dass der Staat nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit die Profite von Unternehmen schützt.

142 Schließlich müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen Menschen, die in der Vergangenheit Opfer von
143 Kriminalisierung gewesen sind, daraus keine Nachteile in der Zukunft erfahren müssen. So ist nicht
144 einzusehen, weshalb in Anbetracht der bevorstehenden Legalisierung von Marihuana in Zukunft
145 Unternehmen legale Gewinne mit diesem Produkt erwirtschaften dürfen, während Menschen die vor
146 der Legalisierung gedealt oder auch nur Marihuana besessen haben Vorstrafen haben und durch die
147 Strafverfolgung viel Geld oder sogar ihre Freiheit verloren haben. Daher bedarf es neben der
148 Entkriminalisierung von Armut auch einer Löschung der Vorstrafen und Entschädigungszahlungen für
149 die in der Vergangenheit Verurteilten.

150 Wir fordern daher:

- 151 • Die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe
- 152 • Die Bemessung von Tagessätzen anhand des tatsächlichen Einkommens nach Abzug
153 desjenigen Betrages, den man für eine angemessene Lebensführung benötigt
- 154 • Die Entkriminalisierung des Diebstahls geringwertiger Sachen zulasten von Unternehmen, des
155 Betrugs über geringwertige Gegenstände zulasten von Unternehmen und des Erschleichens
156 von Leistungen
- 157 • Entkriminalisierung des Besitzes von Betäubungsmitteln
- 158 • Eine Löschung aller einschlägigen Vorstrafen für diejenigen Menschen, die vor der
159 Entkriminalisierung verurteilt worden sind, sowie die proaktive Entschädigung dieser
160 Menschen, die unter die Kriminalisierung der Bulletpoint 3 und 4 fielen.
- 161 • Bis zur gesetzlichen Neuregelung sollen Staatsanwaltschaften angewiesen werden,
162 Armutskriminalität nicht mehr zu verfolgen

163 **Das Strafrecht und demokratischer Protest**

164 Vor dem Hintergrund verschiedener Protestformen der Klimabewegung wird verstärkt für mehr
165 Durchsetzungsrechte der Polizei mobilisiert. Dass hierbei auch Forderungen nach schärferen
166 Polizeiaufgabengesetzen nach bayerischem Vorbild laut werden, ist eine Konsequenz stetiger
167 Polemisierung durch konservative Kräfte in Senat, Verwaltung und (Polizei-)Gewerkschaften. Diese
168 Forderungen vereinfachen das Problem auf eine Weise, die bürgerliche Freiheiten gefährden und das
169 Vertrauen in die Polizei weiter beschädigen. Die Innenminister*innen übertreten mit Forderungen
170 nach härteren Strafen für Klimaaktivist*innen einerseits ihre Kompetenzen, denn die juristische
171 Beurteilung der Strafbarkeit obliegt Gerichten und nicht der Exekutiven. Zusätzlich sind die dabei

172 gewähltten Vorbilder wie das bayerische Polizeiaufgabengesetz selbst bürger*innenfeindlich. Ein 30-
173 tägiges Gewahrsam wurde ursprünglich zur Vorbeugung schwerer terroristischer Straftaten in den
174 Gesetzestext geschrieben - bereits damals unter Protest vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen.
175 Nun wird dieser Paragraph bei Klimaprotesten eingesetzt, um zivilen Ungehorsam mundtot zu machen
176 und das populistische Bild einer starken Regierung zu verbreiten. Es wird an dieser Stelle nicht mehr
177 über stärkere Anstrengungen im Kampf gegen die Klimakrise diskutiert - sondern über den Kampf
178 gegen Klimaprotest.

179 Unabhängig davon, ob man Straßenblockaden und die damit verbundenen politischen Forderungen
180 für sinnvoll hält: Wenn es unter Strafe gestellt wird, dass öffentliche politische Meinungsäußerungen
181 zu Unannehmlichkeiten von Autofahrenden führen – die in Form des Staus auch ohne Proteste
182 regelmäßig auftreten – zeugt das von einer falschen gesellschaftlichen Prioritätensetzung.
183 Demokratischem Protest mit dem Strafrecht, also dem eingriffsintensivsten Werkzeug, das dem Staat
184 zur Verfügung steht, zu begegnen, lehnen wir ab.

185 Wir fordern daher:

- 186 • Keine Erhöhung des Polizeigewahrsams
- 187 • Anpassung des Strafrechts unter Berücksichtigung gewaltfreien Protests unter dem stärkeren
188 Schutz der Versammlungsfreiheit

189 **Sauberkeit und Sicherheit**

190 Ein subjektives Sicherheitsempfinden hängt häufig auch von Umwelteinflüssen ab. Hierbei stehen
191 beispielsweise städtische Sauberkeit und Beleuchtungskonzepte im Mittelpunkt. Für ein
192 sozialdemokratisches Verständnis innerer Sicherheit müssen diese Aspekte ebenfalls betrachtet
193 werden. Bevor Orte und Plätze durch eine erhöhte Polizeipräsenz “abgesichert” werden, soll daher
194 eine eingehende Analyse des Sicherheitsempfindens an diesen Orten durchgeführt werden, um
195 andere Möglichkeiten zu finden, das Sicherheitsempfinden aller Bürger*innen zu steigern.

196 Wir fordern daher:

- 197 • Die Erhöhung der Polizeipräsenz als letztes Mittel für die Behandlung unsicherer oder als
198 unsicher empfundener Orte
- 199 • Die priorisierte Prüfung anderer städtischer Maßnahmen wie beispielsweise
200 Beleuchtungskonzepte und Erhöhung der städtischen Sauberkeit

201 **Katastrophenschutz und Feuerwehr**

202 Der Katastrophenschutz und die Feuerwehr fallen genauso in das Aufgabengebiet der inneren
203 Sicherheit wie die Polizeibehörden. Diese wurden jedoch bei finanzieller, materieller und personeller
204 Ausstattung in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Bei immer höher werdenden Einsatzzahlen der
205 Rettungsdienste und Löschzüge sowie einer absehbar stärkeren Belastung des Katastrophenschutzes
206 bei der Bekämpfung der Folgen der Klimakatastrophe müssen diese Bereiche wieder stärker in den
207 Fokus gerückt werden.

208 Wir fordern daher:

- 209 • Eine Investitions- und Planungsoffensive für Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, den
210 Rettungsdienst und den Katastrophenschutz
- 211 • eine bessere Bezahlung, insbesondere im Schichtdienst, für Berufsfeuerwehr, den
212 Rettungsdienst und den Katastrophenschutz
- 213 • Höhere Vergütungspauschalen bei der Freiwilligen Feuerwehr

- 214 • Eine höhere Vergütung in der Ausbildung bei der Berufsfeuerwehr
- 215 • Als langfristiges Ziel: die Einführung einer 8-Stunden-Schicht statt einer 12-Stunden-Schicht

Antragssteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Willmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

J4_1/24 „Nie Wieder!“ ist jetzt - jüdisches Leben schützen!

1 Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Deutschland ist alltäglich und allgegenwärtig. Ob auf der Straße, in
2 der Schule, in der Universität, zuhause oder auf Arbeit - Jüdinnen*Juden werden immer wieder Opfer
3 antisemitischer Übergriffe und Verbrechen.

4 Dabei steigt die Zahl der Übergriffe und Verbrechen seit 2015 mit jedem Jahr an. Verzeichnete das
5 Bundeskriminalamt im Jahr 2021 noch knapp 3.000 antisemitische Delikte, waren es im Jahr 2022
6 schon 3.500 Delikte. Seit dem 07. Oktober 2023 erreicht die Bedrohungslage für Jüdinnen*Juden ein
7 neues Maß und die Lage verschlimmert sich drastisch. Allein von Anfang Oktober bis Anfang
8 November dokumentierte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen
9 Antisemitismus e.V. (kurz: RIAS) 994 antisemitische Delikte. Im gleichen Zeitraum erfasste der
10 Bundesverband RIAS allein 177 antisemitische Versammlungen. Der Abschlussbericht des
11 Bundesverbands RIAS zeichnet ein furchtbares Bild.

12 So berichten Jüdinnen*Juden vermehrt von antisemitischen Vorfällen an Orten ihres Alltags: in der
13 Nachbarschaft, an ihrem Arbeitsplatz oder an Hochschulen - nirgends sind sie sicher. Allein 59 Vorfälle
14 im direkten Wohnumfeld musste der Bundesverband RIAS verzeichnen - so drangen zum Beispiel zwei
15 Männer gewaltsam in die Wohnung eines Israelis ein, um eine aus dem Fenster gehängte Israelflagge
16 zu entfernen.

17 Auch an Hochschulen - nicht zuletzt an der Freien Universität in Berlin - kommt es vermehrt zu
18 antisemitischen Schmierereien und Versammlungen. So werden Jüdinnen*Juden für das Verhalten
19 Israels verantwortlich gemacht, antisemitische Hetzschriften verteilt, der Krieg in Gaza auf
20 antisemitische und verharmlosende Art und Weise mit der Shoah gleichgesetzt und jüdische
21 Studierende öffentlich antisemitisch markiert.

22 Mit Blick auf die Zunahme der antisemitischen Vorfälle und Gewalttaten zeichnet der
23 Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung ein verheerendes Bild und spricht von geringer
24 Solidarität mit jüdischen Gemeinschaften, mangelnder Empathie und drastischen Auswirkungen für
25 Jüdinnen*Juden in Deutschland - ganz gleich ob es sich dabei um einen versuchten Brandanschlag auf
26 eine Synagoge in Berlin, antisemitische Schmierereien an Hauswänden, Drohungen gegenüber
27 jüdischen Einrichtungen und Schulen oder Gewaltangriffe gegenüber Jüdinnen*Juden handelt.

28 Schutz von jüdischen Einrichtungen jetzt!

29 Und bei Betrachtung dieser alltäglichen und allgegenwärtigen Bedrohung, dieser immer
30 wiederkehrenden Gewalt wird neben einem eklatanten gesellschaftlichen Versagen auch ein
31 Versagen des Staates offenbar, der nicht in der Lage ist, jüdisches Leben zu schützen.

32 So muss man sich vor Augen führen, dass jüdische Gemeinden weitestgehend allein für den Schutz
33 von Synagogen und Bildungseinrichtungen verantwortlich sind. Dessen bewusst ist sich kaum jemand
34 - Friedrich Merz reagierte erstaunt beim Besuch des jüdischen Gymnasiums in Berlin, dass die Schule
35 einen sehr großen Zaun um sich habe, für die Schüler*innen ist dieser "große Zaun" jedoch Alltag. In
36 Gefährdungsanalysen werten Polizei und Landeskriminalamt Gegebenheiten und Gefahrenlagen aus
37 und teilen den jüdischen Gemeinden dann mit, wo Sicherheitslücken liegen - für die Umsetzung und

38 Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen sind dann aber die Gemeinden allein verantwortlich. Die
39 Polizei zieht sich oft aus der Verantwortung, beschränkt sich auf die Annahme „abstrakter“ Gefahren
40 und lässt, wie sich beispielsweise zuletzt in Halle im Jahr 2019 an Yom Kippur gezeigt hat,
41 Sicherheitslücken offen.

42 Klar muss aber sein, dass die Gefahrenabwehr hierbei eine Kernaufgabe des Staates ist! Ob Synagoge,
43 jüdische Schule oder jüdische Bildungseinrichtung - der Staat muss alle Maßnahmen zur
44 Gefahrenabwehr und zur Sicherung aufwenden, von Sicherheitsglas und Sicherheitstüren bis hin zu
45 Schutzpersonal, um Orte jüdischen Lebens zu schützen!

46 **Antisemit*innen raus aus unseren Sicherheitsbehörden!**

47 Und nicht überraschend ist, dass die Probleme in unseren Sicherheitsbehörden noch über ein bloßes
48 Wegsehen hinausgehen. Nicht zuletzt die Enthüllungen des Satirikers Jan Böhmermann, der
49 Chatprotokolle von Polizist*innen eines Frankfurter Polizeireviers veröffentlichte, zeigen, dass
50 Antisemit*innen in unseren Sicherheitsbehörden sitzen.

51 Solche Fälle sind selten, aber nicht selten genug. Menschen, die auf den Schutz des Staates und den
52 Schutz der Polizei angewiesen sind, müssen sich darauf verlassen können, dass diejenigen, vor deren
53 Angriffen und Gewalt sie beschützt werden müssen, nicht auch noch in den Sicherheitsbehörden
54 selbst sitzen. Die Behördenleitungen müssen hier konsequent durchgreifen und alle Maßnahmen
55 ergreifen, um Antisemit*innen aus dem Dienst zu entfernen und um antisemitische Strukturen in den
56 Behörden zu zerschlagen.

57 **Das Strafrecht reformieren!**

58 Auch das Strafrecht ist dahingehend reformbedürftig! Während beispielsweise Tatmotive wie die
59 „Habgier“ zu einer enormen Strafschärfung führen können, sind Motive bezüglich gruppenbezogener
60 Menschenfeindlichkeit vergleichsweise vernachlässigt. Nach §46 II Strafgesetzbuch sind solche Motive
61 bei der Strafzumessung lediglich „in Betracht“ zu ziehen. Deshalb verwundert es auch nicht, dass in
62 der Vergangenheit beispielsweise ein Brandanschlag auf eine Synagoge nur minimal bestraft wurde,
63 da der zuständige Richter ein antisemitisches Tatmotiv negierte.

64 Wenn Jüdinnen*Juden oder jüdische Einrichtungen aus blankem Hass attackiert werden, dann muss
65 das vor Gericht klar benannt werden. Staatsanwaltschaften und Gerichte dürfen keinen Zweifel daran
66 lassen, dass solche Angriffe immer antisemitisch sind. Wenn in solchen Fällen, wie schon geschehen,
67 von „Israelkritik“ gesprochen wird, bestätigen sie die Täter*innen noch zuletzt in ihrem Denken und
68 verleihen den Taten zu gewissen Grad Legitimation.

69 **Antisemitismusprävention unterstützen, fördern, ausbauen!**

70 Der Beratungsbedarf der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V.
71 hat sich seit dem 07. Oktober 2023 verzehnfacht. Die hebräischsprachige Seelsorge „Matan“
72 verzeichnete im Oktober siebenmal so viele Anrufe wie im September. Der Bundesverband RIAS
73 berichtet von einer enorm gestiegenen Anzahl an Meldungen antisemitischer Delikte.

74 Und so wichtig wie die Arbeit dieser Einrichtungen, die nicht nur ansprechbar sind und Menschen im
75 Nachgang zu antisemitischen Übergriffen begleiten, sondern auch essentielle Arbeit im Bereich der
76 Aufzeichnung und Sammlung von Vorfällen leisten, so sehr würde man doch hoffen, dass diese
77 finanziell und personell abgesichert sind - mitnichten!

78 Erst im Oktober wandte sich zum Beispiel die Geschäftsführerin des OFEK e.V. mit einem Schreiben an
79 die Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus und forderte unter anderem mehr Geld, um
80 die Angebote aufrechterhalten zu können - ein für uns alarmierender Zustand! Für uns ist klar: Jegliche

81 Angebote und Stellen zur Antisemitismusprävention, aber auch im Bereich der Beratung, Begleitung
82 und Berichterstattung müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass ihre Arbeit
83 langfristig abgesichert ist!

84 Und schaut man sich die antisemitischen Vorfälle an, die auch an Schulen verzeichnet werden, wird
85 deutlich, dass Antisemitismusprävention noch viel früher greifen muss! Wir brauchen noch viel mehr
86 pädagogische Angebote der Antisemitismusprävention an Schulen, die über antisemitische Parolen,
87 Bewegungen und Gewalttaten aufklären und wir brauchen Rahmenlehrpläne, die ein „Nie wieder!“
88 begreifbar und den damit einhergehenden Auftrag verständlich machen.

89 **Jüdinnen*Juden auf dem Campus schützen!**

90 Die Bilder, die uns von Hochschulen aus ganz Deutschland erreichen, sind erschreckend!
91 Veranstaltungen, in denen die Shoah relativiert, zum Genozid aufgerufen oder der Staat Israel und
92 jüdische Studierende zum Ziel antisemitischer Tiraden werden, jüdische Studierende, die davon
93 berichten, dass ihr Campus für sie zu einem Ort des Schreckens geworden ist oder die Verbreitung
94 antisemitischer Hetzschriften - wir haben ein ernsthaftes Problem an unseren Hochschulen!

95 Eben dieses Klima der Angst, welches beispielsweise die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion
96 und Mitglied der Partei Bündnis 90 / Die Grünen Hanna Veiler immer wieder beschreibt, ist
97 erschreckend und offenbart das Versagen der staatlichen Hochschulleitungen. Wir fordern: Kein
98 Zögern bei antisemitischen Vorfällen, die konsequente Anzeige antisemitischer Vorfälle, das Schaffen
99 von Schutz- und Vernetzungsräumen für jüdische Studierende, keine Verallgemeinerungen in der
100 Bewertung und eine effektive, schnelle Durchsetzung des Hausrechts!

101 **Wir alle sind gefordert!**

102 „Nie Wieder“ ist jetzt! Hinsichtlich des grassierenden und erstarkenden Antisemitismus bedeutet das:
103 Wir alle sind gefordert, uns schützend vor Jüdinnen*Juden zu stellen, Antisemitismus klar zu
104 widersprechen und uns selbst hinsichtlich antisemitischer Denkmuster und Pauschalisierungen zu
105 hinterfragen. Das ist der unverrückbare Schutzauftrag, den Deutschland und wir alle zu erfüllen haben.
106 Denn aufgrund der aktuellen Ereignisse dürfen wir auch unsere historische Verantwortung zur Shoah
107 nicht vergessen – „Nie wieder ist jetzt“ heißt auch Erinnerungskultur.

108 Daher fordern wir:

- 109 • einen Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen und Vorkehrungen für alle jüdischen Einrichtungen,
110 ganz gleich ob technischer oder personeller Art und die komplette Finanzierung dieser durch
111 den Staat
- 112 • ein hartes Durchgreifen gegenüber Antisemit*innen in den Sicherheitsbehörden und hierfür
113 notwendige Anpassungen des Disziplinarrechts, die eine Entfernung aus dem Staatsdienst und
114 eine Zerschlagung antisemitischer Strukturen ermöglichen
- 115 • ein Strafrecht, das antisemitische Gewalttaten und Verbrechen als solche klar erkennt und
116 ahndet, sowie eine konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten, die keine Form der
117 Diskriminierung, der Übergriffe und der Hassrede duldet
- 118 • den massiven Ausbau der finanziellen Unterstützung für / Finanzierung von Angeboten und
119 Initiativen der Antisemitismusprävention, der Beratung und der Aufnahme antisemitischer
120 Vorfälle sowie zivilgesellschaftlicher Angebote jüdischer Akteur*innen, Angebote des
121 interreligiösen Dialogs und des zivilgesellschaftlichen Austauschs
- 122 • die Förderung und den Ausbau von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung für und
123 Aufklärung über Antisemitismus

- 124
- 125
- 126
- die Schaffung von Vernetzungs- und Schutzräumen für jüdische Studierende an allen Hochschulen sowie eine konsequente Durchsetzung des Hausrechts im Falle antisemitischer Übergriffe an Hochschulen

Antragssteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

J5_1/24 Kirchensteuer und staatliche Entschädigungsleistungen an die christlichen Kirchen in Deutschland abschaffen!

1 Seit der Zeit Napoleons vor über 200 Jahren werden die christlichen Kirchen in Deutschland durch den
2 deutschen Staat entschädigt und durch das automatische Einbehalten der Kirchensteuer bei
3 Kirchenmitgliedern durch die Finanzämter unterstützt. An Entschädigungsleistungen haben die
4 evangelische und katholische Kirche im Jahr 2022 rund 602 Mio. Euro von den Bundesländern
5 erhalten, durch die Kirchensteuer schätzungsweise 13 Milliarden Euro. Warum ist das so?

6 Im Jahr 1803 beschlossen die Fürsten des Heiligen Römischen Reichs, als Ausgleich für die
7 Eroberungen Napoleons Besitztümer und Ländereien der Kirche auf heute deutschem Boden in ihre
8 eigene Herrschaft zu überführen. Damals bedeutete das, dass rund fünf Millionen Menschen plötzlich
9 neue Landesherrn hatten. Für diesen Verlust werden die evangelische und katholische Kirche in
10 Deutschland als Religionsgemeinschaften bis heute von staatlicher Seite entschädigt. Zu den
11 Privilegien der Religionsgemeinschaften in Deutschland gehört auch, dass diese seit rund 200 Jahren
12 ermächtigt sind, Kirchensteuer von den Bürgerinnen und Bürgern einzuziehen, die Kirchenmitglieder
13 sind. Davon profitieren in besonders großem Umfang die evangelische und katholische Kirche. Die
14 Kirchen können die Steuer gegen eine Aufwandsentschädigung von den staatlichen Finanzämtern
15 einziehen lassen, wenn das Landesparlament des entsprechenden Bundeslandes zugestimmt hat. Die
16 evangelische und katholische Kirche nutzen dieses „Angebot“.

17 Die Gesetze, die die rechtliche Grundlage für Entschädigungszahlungen und Kirchensteuer bilden, sind
18 teilweise so altmodisch und aus der Zeit gefallen wie die Ansichten der Kirchen, die von ihnen
19 profitieren. Schon in der Weimarer Verfassung war vorgesehen, die Entschädigungsleistungen an die
20 Kirchen zu beenden, doch auch in der Weimarer Republik konnte keine Lösung gefunden werden. Die
21 Ampel-Regierung hat nach 16 Jahren vermeintlicher Christdemokraten in der Regierung im
22 Koalitionsvertrag den Beschluss gefasst, „einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen“
23 zu finden. Wir finden, dafür wird es höchste Zeit.

24 Auch wenn die Entschädigungsleistungen selbst nur einen kleinen Anteil an den kirchlichen
25 Einnahmen ausmachen, so ist die Kirchensteuer jedoch eine der Haupteinkommensquellen
26 insbesondere der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland. Das bisherige Prinzip des
27 Einzugs über die staatlichen Finanzämter hat mit einer Trennung von Kirche und Staat nichts zu tun.
28 Wir wollen deshalb, dass die verpflichtende staatliche Kirchensteuer abgeschafft wird. Wie das
29 funktionieren kann, zeigen Beispiele aus anderen Ländern: In Großbritannien finanziert sich die Kirche
30 aus ihrem eigenen Vermögen. In Frankreich ist beispielsweise die traditionell stark verwurzelte
31 katholische Kirche auf Spenden und einen freiwilligen Kulturbetrag von einem Prozent des
32 Einkommens der Mitglieder angewiesen. In Italien werden 0,8 Prozent der Einkommensteuer an
33 anerkannte Religionsgemeinschaften oder für humanitäre Zwecke gezahlt. Dabei können
34 Steuerzahler*innen jedes Jahr selbst entscheiden, an wen das Geld gehen soll. Spanien verwendet das
35 gleiche System, jedoch liegt der Steuerbetrag hier bei 0,7 Prozent. Solche Systeme sind deutlich
36 sozialer und zeitgemäßer.

37 Wer aus der Kirche austreten will, dem*der werden zahlreiche Steine in den Weg gelegt. Nicht nur
38 stellt die Kirchensteuer eine finanzielle Bürde für einkommensschwache Familien dar, zusätzlich muss
39 beim Austritt zum Beispiel in Berlin ein Termin beim örtlichen Amtsgericht vereinbart werden, bei dem
40 die austretende Person selbst erscheinen muss. Per Brief ist ein Austritt nur mit notarieller
41 Beglaubigung möglich. Doch damit nicht genug: In allen Bundesländern außer Brandenburg und
42 Bremen, falls der Austritt bei einer kirchlichen Stelle beantragt wird, werden Gebühren zwischen 5,50
43 Euro und bis zu 75 Euro in Baden-Württemberg fällig. Das ist absolut unverhältnismäßig. Wir fordern
44 deshalb, dass das Austrittsverfahren vereinfacht auch online ermöglicht wird und zudem kostenfrei
45 ist.

46 Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten in Deutschland tagtäglich Außerordentliches –
47 insbesondere im Rahmen der sozialen Fürsorge durch den Umgang mit hilfsbedürftigen Menschen,
48 von Geflüchteten über Kranke, Pflegebedürftige und Obdachlose, und als kulturelle und
49 weltanschauliche Gemeinschaften und Anlaufstellen. Trotzdem muss die Finanzierung der
50 Religionsgemeinschaften, besonders der beiden großen christlichen Konfessionen, endlich auf eine
51 neue Grundlage gestellt werden: Weg von den Schultern Vieler hin zu Bürgerinnen und Bürgern, die
52 die Kirchen auf freiwilliger Basis finanziell unterstützen wollen und dazu auch in der Lage sind. Weg
53 von Zwang hin zu selbstbestimmten Entscheidungen!

54 Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages, der
55 Landesparlamente sowie der Bundesregierung dazu auf,

- 56 • die Verhandlungen für das Ende der Entschädigungsleistungen an die Kirchen voranzutreiben
57 und diese noch in der laufenden Legislaturperiode wie im Koalitionsvertrag vorgesehen
58 endgültig zu beenden;
- 59 • das bisherige Verfahren des Einzugs der Kirchensteuer über die Finanzämter und die
60 verpflichtende Zahlung für Kirchenmitglieder zugunsten einer freiwilligen, von den Kirchen
61 organisierten Optionslösung zu beenden;
- 62 • die Dienstleistung des Kirchenaustritts kostenlos und in vereinfachter Form über kirchliche
63 Organisation auch online zu ermöglichen.

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Willmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

J6_1/24 Vor dem Gesetz sind (nicht) alle gleich!

1 Eine gerechte Justiz bildet das Fundament eines jeden Rechtsstaats und muss sich insbesondere daran
2 messen lassen, wie sie mit den Schwächsten in der Gesellschaft umgeht. Der Rechtsstaat basiert auf
3 dem Versprechen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Die Realität ist jedoch häufig eine
4 andere. Von Armut betroffene Personen und reiche Menschen sind vor dem Strafrecht in vielerlei
5 Hinsicht ungleich. Damit das Versprechen auch gehalten wird, braucht es daher weitgehende
6 Anpassungen des bestehenden Systems!

7 Eine gut ausgestattete Justiz ist gerechter

8 Ein bedeutendes Problem liegt in der unzureichenden Ausstattung der Justiz, was vor allem finanziell
9 schlechter gestellte Menschen trifft. Wenn aus Kostengründen die Justiz auf der Strecke bleibt, leiden
10 insbesondere Menschen mit wenig Geld. Richter*innen sehen sich gezwungen, Prozesse zu
11 beschleunigen, schriftliche Urteile zu verfassen und auf persönliche Gespräche mit den Beschuldigten
12 zu verzichten. Während wohlhabendere Menschen sich für jede Kleinigkeit eine*n Anwalt*in leisten
13 können, der das Gericht zwingt sich ausführlich mit den Sachverhalten auseinanderzusetzen, haben
14 Menschen mit weniger Geld diese Möglichkeit nicht.

15 Eine besondere Betrachtung gilt hierbei der Situation von FINTA und BiPoCs, die unter zusätzlichen
16 Hürden leiden. Die Ungleichheiten im Justizsystem sind nur auf finanzielle Aspekte beschränkt,
17 sondern werden oft auch durch strukturellen Rassismus oder geschlechtsspezifische und
18 diskriminierende Aspekte verstärkt. BiPoCs und FINTA, die bereits häufiger von ökonomischen
19 Benachteiligungen betroffen sind, leiden unter einer schlecht ausgestatteten Justiz in besonderem
20 Maße. Die ungleiche Verteilung von Ressourcen verschärft die bestehenden Ungerechtigkeiten und
21 verstärkt die Barrieren im Zugang zu einer gerechten Rechtsprechung. Eine besser ausgestattete Justiz
22 ist daher nicht nur ein wichtiger Schritt im Allgemeinen, sondern auch ein Schritt, um strukturellen
23 Rassismus im Rechtssystem zu bekämpfen und für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen. Wir
24 fordern daher eine insgesamt bessere Ausstattung der Gerichte.

25 Das System der Pflichtverteidigung muss umfassend reformiert werden!

26 Pflichtverteidiger*innen sind Anwalt*innen, die vom Gericht bestellt werden, um eine Person zu
27 verteidigen, wenn diese keinen eigenen Anwalt hat oder sich leisten kann, und bestimmte
28 Voraussetzungen vorliegen, die eine Pflichtverteidigung notwendig machen. Diese Voraussetzungen
29 sind in der Strafprozessordnung aufgelistet und betreffen zum Beispiel die Schwere der Straftat oder
30 die persönliche Situation der Beschuldigten. Die Pflichtverteidigung soll gewährleisten, dass die
31 Beschuldigten ein faires Verfahren erleben und ihre Rechte durch anwaltliche Vertretung
32 vollumfänglich wahrnehmen können.

33 In Deutschland liegen die Voraussetzungen für eine solche Pflichtverteidigung nur in etwa 10% der vor
34 Gericht verhandelten Klagen vor. Insbesondere bei Delikten, die der sogenannten Armutskriminalität
35 zugerechnet werden, gibt es oft keinen Anspruch auf Pflichtverteidigung.

36 Das ist deshalb alarmierend, weil statistisch gesehen Personen, die mit anwaltlicher Vertretung vor
37 Gericht erscheinen, deutlich häufiger freigesprochen werden als diejenigen, die ohne rechtliche

38 Vertretung auftreten. Dies führt zu einer Ungleichheit, da reichere Menschen sich für jedes Verfahren
39 professionelle rechtliche Beratung leisten können, die mit den Schwierigkeiten des Systems vertraut
40 ist und das Beste für den Betroffenen erreichen kann. Ärmere Menschen haben dieses Privileg nicht.
41 Wir fordern deshalb eine grundlegende Veränderung in der Bereitstellung von
42 Pflichtverteidiger*innen dahingehend, diese für alle straffälligen Personen verfügbar zu machen,
43 unabhängig von der Schwere des Vorwurfs. Dieses Modell ist in vielen europäischen Ländern bereits
44 gängige Praxis. Außerdem sollten Pflichtverteidiger*innen nicht erst zur Hauptverhandlung zur
45 Verfügung gestellt werden, sondern schon im Ermittlungsverfahren, damit auch dort frühzeitig eine
46 rechtliche Vertretung sicherzustellen.

47 Darüber hinaus muss sich auch die Bezahlung von Pflichtverteidiger*innen dringend ändern. Diese ist
48 aktuell derart mangelhaft, dass es sich Pflichtverteidiger*innen kaum leisten können, sich ausreichend
49 mit einem Fall zu beschäftigen. Im Vergleich zu Anwalt*innen, die reichen Mandant*innen gern mal
50 400€ pro Stunde in Rechnung stellen, erhalten Pflichtverteidiger*innen nur pauschale Gebühren
51 unabhängig vom eigentlichen Umfang des Falles. Dies zeigt sich auch in den Zahlen. Privat bezahlte
52 Rechtsberatung stellt in ca. 21% der Fälle einen Antrag darauf, den Fall erst gar nicht vor Gericht zu
53 bringen, sondern schon vor Prozessbeginn einzustellen. Pflichtverteidiger*innen stellen einen solchen
54 Antrag nur in 1,6% der Fälle, da sie aufgrund der schlechten Bezahlung und wegen dem damit
55 einhergehenden Zeitmangel Schwierigkeiten haben, sich angemessen auf eine Verhandlung
56 vorzubereiten. Private Anwalt*innen stellen in ca. 31% der Fälle einen Antrag auf Freispruch,
57 Pflichtverteidiger*innen nur in ca. 11% der Fälle. An eigene Recherchen, um die Unschuld des
58 Mandanten zu beweisen, ist bei der schlechten Bezahlung nicht zu denken. Wir fordern daher, dass
59 Pflichtverteidiger*innen besser bezahlt werden, damit auch Menschen mit begrenzten oder
60 fehlenden finanziellen Mitteln angemessen vor Gericht vertreten werden.

61 Auch bei der Auswahl der Pflichtverteidiger*innen gibt es erhebliche Probleme. Da die meisten
62 Menschen, die eine Verteidigung benötigen, keine Anwalt*innen kennen, liegt die Entscheidung
63 darüber, welche Anwalt*innen beauftragt werden, oft in den Händen der Richter*innen des
64 Verfahrens. In der Praxis sieht es dann in der Regel so aus, dass die Richter*innen eine persönliche
65 Auswahl an Anwalt*innen hat, die er der beschuldigten Partei vorschlägt. Dies führt dazu, dass
66 Anwalt*innen, die in der Vergangenheit durch eine gute Verteidigung aufgefallen sind, und damit den
67 Richter*innen das Leben schwer gemacht hat, weil das Verfahren sich verlängerte oder das Gericht
68 eine umfassende Beweisaufnahme abhalten musste, schlechtere Chancen haben, von eben diesen
69 Richter*innen nochmal vorgeschlagen zu werden. Die Richter*innen bestellen lieber ihre
70 „Lieblingsanwalt*innen“, die keinen Ärger machen. Dies zeigt sich dann auch in der Verteidigung.
71 Normalerweise beschweren sich Anwalt*innen in knapp 30% der Fälle bei der nächsthöheren
72 Gerichtsinstanz über ein Urteil, während Pflichtverteidiger*innen nur in 20% der Fälle diesen Schritt
73 unternehmen. In Fällen in denen Pflichtverteidiger*innen wiederholt von denselben Richter*innen
74 beauftragt wurden, verringert sich die Quote sogar auf nur 16%. Um eine gerechtere Auswahl und
75 damit eine bessere Verteidigung zu gewährleisten, fordern wir daher, dass sich ein Vorbild an anderen
76 europäischen Ländern genommen wird, in denen vom Gericht unabhängige Organisationen die
77 Auswahl von Pflichtverteidiger*innen übernehmen.

78 **Einkommen vom Täter*innen dürfen nicht geschätzt werden**

79 Reichere Menschen profitieren gegenwärtig vom bestehenden System der Geldstrafen, das auf
80 Tagessätzen basiert. Tagessätze dienen zur Berechnung von Geldstrafen im Strafrecht. Bei der
81 Verurteilung zu einer Geldstrafe legt das Gericht die Anzahl der Tagessätze fest, die die verurteilte
82 Person zahlen muss. Die Höhe eines Tagessatzes soll dabei unter Berücksichtigung des Einkommens
83 der betroffenen Person festgelegt werden. Der Gedanke dahinter ist, dass die Strafe für alle Personen

84 einen vergleichbaren Effekt hat. Ein Millionär spürt einen 90 Tagessätze in Höhe von 20€ deutlich
85 weniger, als eine Person die Bürger*innengeld empfängt. Deswegen ist es wichtig, dass die Höhe des
86 Tagessatzes sich auch wirklich nach dem Einkommen richtet. Dazu kommt, dass rund 80% aller Strafen
87 vor deutschen Gerichten Geldstrafen sind. Das System der Tagessätze ist daher ein entscheidendes
88 Instrument, um die Justiz fairer zu machen.

89 In der Praxis sieht es allerdings häufig so aus, dass die meisten Verfahren durch sogenannten
90 Strafbefehl entschieden werden. Ein Strafbefehl wird von der Staatsanwaltschaft erlassen und kommt
91 oft bei weniger schwerwiegenden Straftaten zum Einsatz, wo eine Hauptverhandlung als nicht
92 notwendig gesehen wird. Das Verfahren wird also ohne vorherige mündliche Verhandlung
93 abgeschlossen. Ohne mündliche Verhandlung liegt der Staatsanwaltschaft allerdings auch keine
94 Information über das Einkommen der beschuldigten Person vor. Stattdessen wird das Einkommen
95 geschätzt, wobei die Schätzungen bei Menschen mit geringem oder keinem Einkommen oft zu hoch
96 und bei reicheren Menschen zu niedrig ausfallen. Üblicherweise wird dann der Standardregelsatz von
97 20-40€ pro Tagessatz genommen, der für Personen mit einem sehr hohen Einkommen deutlich zu
98 niedrig ist und Personen mit geringem oder keinem Einkommen umso mehr belastet. Obwohl es die
99 Möglichkeit gibt, Einspruch gegen die Höhe des Tagessatzes zu erheben, tun dies gerade Menschen
100 mit geringem Einkommen oft nicht aufgrund fehlender Ressourcen, den Anwaltskosten und
101 fehlendem Wissen über Tagessätze. Reichere Menschen legen natürlich keinen Widerspruch ein, sie
102 sind „gut davongekommen“. Es ist wegen des Steuergeheimnisses für die Staatsanwaltschaft nicht
103 möglich, die wahren Einkommensverhältnisse beim Finanzamt abzufragen.

104 Die gleiche Problematik tritt bei der Berechnung von Unterhaltspflichten auf, wenn das Elternteil sich
105 weigert, die eignen Einkommensverhältnisse offenzulegen. Auch hier hat das Gericht keine
106 Möglichkeit diese beim Finanzamt zu erfragen und ist dann häufig gezwungen das Einkommen zu
107 schätzen. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, fordern wir, dass die Staatsanwaltschaft und die
108 Gerichte in solchen Fällen die Möglichkeit haben eine Abfrage zu den Einkommensverhältnissen beim
109 Finanzamt zu machen.

110 **Keine Steuerprivilegien für Wirtschaftskriminelle**

111 Ein weiterer wesentlicher Faktor, der zu Ungerechtigkeit im Rechtssystem führt, sind die
112 Steuerprivilegien, welche Manger*innen bei Wirtschaftskriminalität zustehen. Wirtschaftskriminalität
113 bezieht sich auf Straftaten, die oft darauf abzielen finanziellen Gewinn zu erzielen oder
114 Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Darunter fällt zum Beispiel Betrug, Korruption, Insiderhandel oder
115 Bestechung. Wirtschaftskriminalität spielt eine entscheidende Rolle in der Gesamtkriminalität.
116 Obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Delikte nur 0,9% beträgt, ist ihr Anteil am wirtschaftlichen
117 Schaden aller Delikte bei knapp 45%. Diese Form von Kriminalität wird oft von Manager*innen
118 während ihrer beruflichen Tätigkeiten begangen, wie im Fall des VW Dieselskandals.

119 Üblicherweise enthalten Verträge von Manager*innen sogenannte „Managerschutz“-Policen, die das
120 Unternehmen dazu verpflichtet, alle Kosten im Zusammenhang mit strafrechtlichen Vorwürfen gegen
121 ihre Manager*innen zu übernehmen, sei es für Strafverteidigung, Geldauflagen oder Geldstrafen. Die
122 Voraussetzung ist lediglich, dass der strafrechtliche Vorwurf gegen die Manager*innen auf
123 betriebliches bzw. berufliches Verhalten zurückzuführen ist, so wie es häufig der Fall ist. Ein
124 prominentes Beispiel ist der Vorstandschef von VW, der wegen des Dieselskandals eine Geldauflage
125 in Höhe von 4,5 Millionen Euro erhielt. Für eine einzelne Person mag das eine erhebliche Strafe sein,
126 für VW jedoch, die die Strafe für ihren Manager bezahlt hat, allerdings nicht. Und ob das nicht schon
127 ungerecht genug ist, kann das Unternehmen diese Zahlung auch noch als Betriebsausgabe steuerlich
128 absetzen. Steuerlich absetzen bedeutet, dass der zu versteuernde Gewinn von VW um diese Höhe
129 verringert wird und VW deshalb insgesamt weniger Steuern zahlen muss. Kurz gesagt: Die 4,5

130 Millionen Euro Strafe gegen den VW Manager wurde von der Gesellschaft gezahlt. Das kann und darf
131 nicht sein. Wir fordern daher, dass Geldauflagen oder Geldstrafen, die gegen Manager*innen
132 verhängen und von den Unternehmen übernommen werden nicht mehr steuerlich absetzbar sein
133 dürfen.

134 Zusammenfassend fordern wir daher:

- 135 • Eine bessere finanzielle Ausstattung der Justiz und insbesondere der Gerichte
- 136 • Die Bereitstellung von Pflichtverteidiger*innen für alle straffälligen Personen verfügbar zu
137 machen, unabhängig von der Schwere des Vorwurfes
- 138 • Pflichtverteidiger*innen schon im Ermittlungsverfahren zur Verfügung zu stellen
- 139 • Eine bessere Bezahlung der Pflichtverteidiger*innen damit auch Menschen mit begrenzten
140 oder fehlenden finanziellen Mitteln angemessen vor Gericht vertreten werden
- 141 • Eine von den Gerichten unabhängige Organisation die Auswahl von Pflichtverteidiger*innen
142 zu überlassen
- 143 • Der Staatsanwaltschaft und den Gerichten die Möglichkeit zu geben, die
144 Einkommensverhältnisse von Täter*innen und unterhaltspflichtigen Personen beim
145 Finanzamt zu ermöglichen
- 146 • Unternehmen es nicht weiter zu ermöglichen, Geldauflagen oder Geldstrafen gegen
147 Manager*innen steuerlich abzusetzen

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

J7_1/24 Ich weiß, was ich tu' – und krieg es auch bezahlt: Gleichberechtigte Vorsorge zur sexuellen Gesundheit sicherstellen

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden
2 aufgefordert alle nötigen Gesetze und Verordnungen so anzupassen, dass anlasslose Tests, die zur
3 Vorsorge gegen die Übertragung und die Erkennung von sexuell übertragbaren Infektionen dienen,
4 einmal alle drei Monate, grundsätzlich von der Krankenkasse übernommen werden. Einschränkungen,
5 insb. aufgrund von Alter, Genderidentität, körperlichen Merkmalen, sexueller Identität oder sexuellen
6 Praktiken, entfallen.

7 Begründung:

8 Wissenschaftliche Durchbrüche, wie beispielsweise die HPV-Impfungen und die HIV-Vorsorge durch
9 die sog. PreP, haben zu einer deutlichen Verbesserung der sexuellen Gesundheit in Deutschland
10 geführt. Gleichzeitig verändert sich die Gesellschaft in Bezug auf das Sexualverhalten beständig und
11 tradierte Beziehungsrollen, die auf Fortpflanzung, Partner*innenbeziehungen und Monogamie
12 beruhen, verlieren an Bedeutung. Ärzt*innen beobachten in diesem Zusammenhang wieder eine
13 Zunahme von Ansteckungen mit STIs, obgleich diese seltener mit schwerwiegenden Folgen einher
14 gehen.

15 Jede Infektion ist allerdings, selbstverständlich, ein Risiko für Betroffene und, insb. bei symptomlosen
16 Verläufen, eine potenzielle Gefahr für andere, weshalb Expert*innen für Menschen mit wechselnden
17 Sexualpartner*innen empfehlen, alle drei Monate einen vorsorglichen Test auf die gängigen STIs
18 durchzuführen. Leider ist es aktuell, insb. für cis Frauen, kaum möglich, diese Tests kostenfrei zu
19 erhalten. Hier gelten Altersbeschränkungen, Voraussetzung von Wissen über Risikokontakte oder
20 auch bereits Symptome einer STI. Die Kosten für selbstfinanzierte Tests sind horrend und Ärzt*innen
21 raten cis Frauen oftmals aus Kostengründen von Tests ab. Medizinische Gründe für diese
22 Einschränkungen sind nicht erkennbar, es handelt sich hier offenkundig vornehmlich um finanzielle
23 und sexualethische Beweggründe aus vergangenen Zeiten.

24 Für Männer, die mit Männern schlafen und trans* Menschen ist es einfacher, einen solchen Test zu
25 bekommen, wenn auch nur in speziell dafür eingerichteten Praxen, die eine entsprechende
26 Infrastruktur voraussetzen oder im Rahmen der PreP-Vorsorge.

27 Diese Einschränkungen sind diskriminierend und behindern das Ziel sexueller Gesundheit für alle.
28 Sexuelle Gesundheit und risikobewusstes Verhalten dürfen nicht nur Motive breitangelegter
29 Plakatkampagnen sein, sondern müssen auch von allen niedrigschwellig in Anspruch genommen
30 werden können. Hierfür bietet die Möglichkeit Kostenübernahme im Dreimonatsrhythmus eine
31 wichtige Ergänzung zu medizinischer Vorsorge, Ausgabe von Verhütungsmitteln und
32 Aufklärungsunterricht und Kampagnen.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

J8_1/24 Bekämpfung des Klimanotstandes als Bestandteil der Verfassung

1 Die sozialdemokratischen Parlamentarier*innen und Regierungsmitglieder werden aufgefordert, sich
2 dafür einzusetzen, dass die einschlägigen Staatszielbestimmungen im Grundgesetz und den jeweiligen
3 Landesverfassung um das Ziel ergänzt werden, das Bund und Länder ihren anteiligen Beitrag zur
4 Erreichung der weltweiten Klimaziele zu erfüllen.

Begründung:

5 Der Klimawandel ist ein erwiesener Umstand. Seine Folgen haben bereits jetzt und in Zukunft
6 Auswirkungen auf unser aller Leben. Ein Fortschreiten der Erderwärmung sowie das überschreiten
7 von Kipppunkten stellt eine fundamentale und unumkehrbare Gefahr für die Lebensgrundlagen und
8 Freiheitschancen unserer Gesellschaft dar. Dabei steht der Welt und anteilig den Staaten ein nur noch
9 begrenztes Budget zur Verfügung.
10

11 Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Klimaschutzentscheidung ein Recht und eine Pflicht zum
12 effektiven Klimaschutz hergeleitet. Dem Klimaschutz kommt im Verhältnis zu anderen Rechtsgütern
13 ein umso stärkeres Gewicht zu wie der unumkehrbare Klimawandel fortschreitet. Es ist daher eine
14 staatliche Aufgabe, diesem Menschen verursachten Phänomen entgegenzutreten. Die Verpflichtung
15 wird auch nicht dadurch gemindert, dass ein effektiver Klimaschutz nur international erreicht werden
16 könne. Vielmehr geht auch die internationale Klimapolitik von einem Prinzip der gemeinsamen, aber
17 differenzierten Verantwortlichkeiten aus. Alle Beteiligten müssen damit anteilig diejenigen
18 Maßnahmen treffen, um die international und auf wissenschaftlicher Grundlage vereinbarten
19 Klimaziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Eine Politik, die von vornherein auf diese
20 Zielerreichung verzichtet, verstößt schon jetzt gegen Art. 20a GG.

21 Allerdings musste das Verfassungsgericht diese Entscheidung auf eine aufwändige dogmatische
22 Konstruktion stützen. Als permanente Zielsetzung ist die Aufgabe Umweltschutz eine nie vollständig
23 erfüllbare Maßgabe. Daher folgen aus Art. 20a GG nur vage Grenzen, wann staatliches Handeln diese
24 Umweltschutzpflicht verletzt.

25 Eine explizite Anerkennung der (anteiligen) Klimaschutzziele statet diese mit einem unbestreitbaren
26 Verfassungsrechtlichen Gewicht aus. Der Verweis auf die völkerrechtlichen Ziele ermöglicht zudem
27 eine quantifizierbare Bewertung, ob das staatliche Handeln einer entsprechenden
28 verfassungsrechtlichen Verpflichtung genügt. Gleichzeitig können die Parlamente den Klimaschutz
29 künftig konkreter und stärker bei der Abwägung mit individuellen Freiheitsrechten berücksichtigen.
30 Der Vorschlag ist daher mehr als Verfassungs-Prosa und Symbolpolitik, sondern räumt dem
31 Klimaschutz den verfassungsrechtlichen Rang ein, den er verdient.

32 Vor diesem Hintergrund muss alles staatliche Handeln vor dem Szenario des Klimawandels in Zukunft
33 daraufhin überprüft werden, ob die lebensnotwendigen Klimaziele (siehe Pariser Klimaabkommen)
34 erreicht werden. Besonders auch die Darstellung des Haushaltes muss mit diesen Zielen in Einklang

35 gebracht werden, sodass alles staatliches Handeln auf seine positive Wirkung auf die Bekämpfung des
36 Klimanotstandes ausgerichtet wird. Alle staatlichen Subventionen und Fördermaßnahmen, sowie
37 gesetzliche Regelungen müssen auf ihre positive Wirkung auf die Bekämpfung des Klimawandels hin
38 überprüft und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden. Damit der Staat sein Handeln klarer
39 festschreibt, braucht es ein starkes Signal durch eine Verfassungsänderung in Bund und Ländern.

Antragsbereich M: Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung

Antragsteller*innen: Juso-Hochschulgruppen Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

M1_1/24 Aus Sorge vor jeder Monatsmiete: Schluss mit dem Wohnungsmarkt als Warenhandel!

1 Die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt stellt Städte und Ballungszentren vor enorme
2 Herausforderungen und ist insbesondere für Menschen, die studieren und nach einer bezahlbaren
3 Unterkunft suchen, ein enormes Problem. Rasant steigende Mieten sind alarmierend, gerade
4 angesichts der hohen Anzahl an Studierenden mit niedrigem Einkommen in Berlin. Letztlich wackelt
5 mit Blick auf die weiter steigenden Mieten nicht nur die individuelle finanzielle Stabilität von
6 Studierenden, sondern auch die grundsätzliche Möglichkeit, ein Studium zu absolvieren.

7 Als jungsozialistischer Richtungsverband setzen wir uns weiter für eine Studienperspektive ein, die
8 nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängig ist. Abhängigkeitsverhältnisse sind in unserer
9 kapitalistischen Gesellschaft jedoch weit verbreitet. Das bedeutet für uns daher, dass wir auch den
10 Wohnungsmarkt in unsere Analyse der sozialen Lage der Studierenden einbeziehen müssen. Konkret
11 kommt es zu einer erschreckenden sozialen Schieflage, wenn ein beträchtlicher Teil des monatlichen
12 Einkommens von Studierenden in Berlin von Mieteinnahmen für Vermietende geschluckt wird. Für
13 uns ist daher klar: Ein sozial gerechtes Studium ist nur mit einer entsprechenden Wohnungspolitik
14 möglich.

15 Wir können die Diskussion nicht länger auf den Ausbau von Studierendenwohnheimen beschränken -
16 "Bauen, bauen, bauen" ist gescheitert. Es ist an der Zeit, den gesamten, bereits bestehenden
17 Wohnungsmarkt zu betrachten!

18 Wo drückt der Schuh? Eine Analyse der aktuellen Probleme

19 Die Frage nach den stetig steigenden Mieten ist schnell beantwortet: Wir beobachten einerseits eine
20 wachsende Nachfrage nach Wohnraum in städtischen Gebieten wie Berlin und andererseits die
21 Tatsache, dass Wohnraum als Handelsware betrachtet wird. Diese Entwicklung führt dazu, dass
22 Wohnungen nicht mehr primär zur Selbstnutzung erworben werden, sondern als Kapitalanlage
23 dienen. Dies hat unvermeidlich zur Folge, dass die Mieten unaufhörlich steigen und Wohnviertel durch
24 ökonomischen Druck gentrifiziert werden. Menschen mit geringem Einkommen werden dadurch aus
25 ihren angestammten Vierteln verdrängt, was zu sozialer Segregation und Ausgrenzung führt.

26 Dem Handel mit einer Lebensgrundlage von Menschen - dem eigenen Zuhause - müssen wir
27 entschieden entgegenreten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss als solches anerkannt werden!
28 Das bedeutet für uns, dass Wohnraum keiner klassischen Marktlogik unterliegen darf. Denn steigende
29 Mieten stellen eine Bedrohung für die gesamtgesellschaftliche Teilhabe am Stadtleben dar und tragen
30 zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten bei.

31 Blick in die Vergangenheit - Eine frustrierende Retrospektive

32 Die Wohnungsfrage ist keineswegs neu. Bereits vor Jahrzehnten wurde die Dringlichkeit einer Lösung
33 für die Wohnungsnot in Berlin erkannt. Die Geschichte des sozialen Wohnungsbaus und der
34 Wohnungspolitik zeigt, dass die grundlegenden Probleme der Wohnungsfrage tief verwurzelt sind und

35 durch temporäre Reformen nicht nachhaltig gelöst werden können. Deshalb kann nur eine
36 grundlegende Veränderung in der Wohnungspolitik einen tatsächlichen Wandel herbeiführen!

37 **Unser Haus steht in Flammen! Der studentische Wohnungsmarkt im Fokus**

38 Gerade für Studierende ist die sich stetig verschärfende Lage am Wohnungsmarkt katastrophal. Die
39 Anzahl der verfügbaren Wohnungen sinkt kontinuierlich, während die Mieten unaufhörlich steigen.
40 Dies hat zur Folge, dass es für viele Studierende, von denen große Teile akut armutsgefährdet sind,
41 beinahe unmöglich wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die derzeitigen, kurzfristig wirkenden,
42 Maßnahmen zur Verbesserung des studentischen Wohnens, wie die Schaffung neuer
43 Wohnheimplätze und die Erhöhung der BAföG-Wohnpauschale, sind wichtige Schritte in die richtige
44 Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Was wir brauchen, ist ein grundlegender
45 Paradigmenwechsel in der studentischen Wohnungspolitik!

46 **Wohin gehen wir? Eine Vision für die Zukunft**

47 Aktuell bereits getroffene Maßnahmen sind ein notwendiger Anfang, aber wir wollen uns mit diesem
48 Sachstand nicht zufriedengeben. Wir brauchen daher eine grundlegende Reform des sozialen
49 Wohnraums und sozialer Wohnprogramme wie dem WBS in Berlin, die im Endeffekt eine dauerhafte
50 Sicherung von bezahlbarem Wohnraum gewährleistet. Zu zentralen Handlungsoptionen gehören eine
51 Entschädigung für Verdrängte, die Einführung von Mietpreisbindungen und eine verstärkte Förderung
52 des sozialen Wohnungsbaus. Die Berliner Landespolitik darf den Wohnungsmarkt nicht länger dem
53 freien Spiel von kapitalistischen Kräften überlassen, sondern muss aktiv eingreifen, um eine gerechte
54 Verteilung von Wohnraum zu gewährleisten.

55 Deshalb fordern wir:

- 56 • Eine angemessene Finanzierung des STUDIERENDENwerks Berlin für den Bau und die
57 Sanierung von Wohnheimen
- 58 • Eine stetige Erhöhung und Regionalisierung der BAföG-Wohnpauschale
- 59 • Eine dauerhafte Ausweitung des Programms "Junges Wohnen", um langfristig die
60 Unterbringungsquoten von Studierenden zu verbessern
- 61 • Nachhaltige und sozial gerechte Wohnungspolitik in Berlin, die über reine Bauziele
62 hinausgeht

Antragssteller*innen: Jusos Mitte und Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

M2_1/24 JETZT Deutsche Wohnen und Co. Enteignen

1 Am 26.09.2021 haben 59,1 % der Berliner*innen für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co.
2 enteignen“ gestimmt.

3 Daraufhin hat der Senat am 29.03.2022 eine Kommission zur Vergesellschaftung großer
4 Wohnungsbestände einberufen. Die Kommissionsmitglieder wurden beauftragt, eine mögliche
5 Vergesellschaftung von großen Immobilienunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin wie
6 beispielsweise Vonovia nach ihrer verfassungsrechtlichen Umsetzung zu untersuchen. Die
7 Kommission fasste in ihrem Abschlussbericht vom 28. Juni 2023 zusammen, dass das Land Berlin in
8 einem Gesetz die Vergesellschaftung großer Immobilienunternehmen regeln kann. Hierzu wird § 15
9 des Grundgesetzes zugrunde gelegt. Im Koalitionsvertrag hatten sich CDU und SPD darauf verständigt,
10 im Falle der Verkündung eines positiven Ergebnisses der Expert*innenkommission innerhalb von zwei
11 Jahre ein Vergesellschaftungsrahmengesetz zu verabschieden. So wolle der Senat vor dem Inkrafttreten
12 des Rahmengesetzes eine verfassungsrechtliche Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht
13 durchführen.

14 Im September 2023, also zwei Jahre nach dem erfolgreichen Ergebnis des Volksentscheids „Deutsche
15 Wohnen & Co enteignen“, hat die Initiative einen Neuen Gesetzesvolksentscheid verkündet.
16 Zusammen mit Jurist*innen, Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft will die Initiative nun
17 ein echtes Vergesellschaftungsgesetz erarbeiten.

18 Für uns ist klar, dass Grundbedürfnisse wie das Wohnen nicht im Eigentum von Konzernen liegen
19 dürfen. Niemand soll die Grundbedürfnisse von Menschen für Gewinnmaximierung und Spekulation
20 ausnutzen. Denn alle Berliner*innen haben ein Recht auf Wohnen und ein Kopf über dem Dach. Es ist
21 eben ein Problem, wenn sich Berliner*innen wegen der Mietpreisentwicklung nicht mehr die
22 Wohnung leisten können und aus ihrem Kiez oder Bezirk vertrieben werden. Wenn der Senat die
23 Enteignung nicht vollstreckt, geht zusätzlich das Vertrauen in die Demokratie und seine Institutionen
24 verloren. Das müssen wir verhindern! **Aus diesen Gründen unterstützen wir die neue Initiative von
25 Deutsche Wohnen und Co enteignen und setzen damit ein klares Zeichen gegen Ausbeutung und
26 Gentrifizierung.**

27 Wir fordern deshalb:

- 28 ● Die Unterstützung der neuen Initiative von Deutsche Wohnen und Co enteignen zum
29 Gesetzesvolksentscheid
- 30 ● Unabhängig vom Gesetzesvolksentscheid, den Zeitplan und die nächsten Erarbeitungsschritte
31 zum geplanten Vergesellschaftungsrahmengesetz transparent zu veröffentlichen und zu
32 kommunizieren
- 33 ● das Land Berlin auf, schnellstmöglich ein rechtssicheres Vergesellschaftungsrahmengesetz auf
34 den Weg zu bringen

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

M3_1/24 Mietenwucher stoppen - Für bezahlbaren Wohnraum ohne Ausnahmen!

1 Die Mieten in Berlin sind in den letzten Jahren dramatisch angestiegen, was zu einer erheblichen
2 Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt führt. Der Mietendeckel wurde eingeführt,
3 um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, jedoch gibt es eklatante Lücken in den Regelungen, die von
4 Vermieter*innen skrupellos ausgenutzt werden.

5 Obwohl die Mietpreisbremse grundsätzlich auch für möblierte Wohnungen gilt, ermöglicht die
6 derzeitige Gesetzeslage Vermieter*innen, durch überhöhte Möblierungszuschläge die
7 Preisregulierung zu umgehen. Diese Praxis führt dazu, dass Mieterinnen und Mieter überhöhte Mieten
8 zahlen müssen, ohne dass dies gerechtfertigt wäre.

9 Die Nichtberücksichtigung von "Wohnen auf Zeit" ist ein weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge der
10 Mietpreisregulierung beachtet werden sollte. Häufig wird möblierter Wohnraum unter dem Vorwand
11 des "Wohnens auf Zeit" vermietet, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Dies führt dazu, dass
12 Mieterinnen und Mieter überhöhte Preise zahlen, ohne langfristige Sicherheit zu erhalten. Eine klare
13 Definition und Regulierung von "Wohnen auf Zeit" ist daher erforderlich, um Missbrauch zu
14 verhindern und faire Bedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

15 Es ist höchste Zeit, dieser ungerechten Praxis ein Ende zu setzen und eine faire Mietpreisregulierung
16 für alle Wohnungen in Berlin durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Vermieter*innen
17 weiterhin von einer Gesetzeslücke profitieren, während die Mieterinnen und Mieter unter
18 unbezahlbaren Mieten leiden.

19 Wir müssen uns als Partei für bezahlbaren Wohnraum für alle einsetzen und gegen Ausbeutung und
20 Ungerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wir fordern diesen dringenden Handlungsbedarf
21 anzuerkennen und konkrete, bindende Maßnahmen zur Beendigung dieser ungerechten Praxis zu
22 ergreifen.

23 Daher fordern wir:

24 **Eine effektive Deckelung der Mieten für möblierte Wohnungen:** Überhöhte Möblierungszuschläge
25 dürfen nicht länger toleriert werden. Wir fordern klare und faire Richtlinien für die Berechnung dieser
26 Zuschläge, um Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.

27 **Transparenz und Offenlegung der Möblierungszuschläge:** Vermieter*innen sollen verpflichtet
28 werden, die Kosten und den Zeitwert der Möblierung transparent im Mietvertrag offenzulegen, um
29 Missbrauch zu verhindern und die Mieterinnen und Mieter über ihre Rechte zu informieren.

30 **Keine Ausnahme der Mietpreisbremse für "Wohnen auf Zeit":** Es sollte eine umfassende
31 Gesetzesänderung geben, die sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von der Mietpreisbremse
32 ausgenommen sind. Dies würde eine gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und verhindern,

- 33 dass Vermieter*innen von möblierten Wohnungen oder Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe
34 Mieten verlangen können.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

M4_1/24 Echter Klimaschutz und schnelle Verkehrswende statt absurder Magnetschwebebahn!

1 Die Klimakrise schreitet immer weiter voran und besonders in urbanen Regionen wie Berlin erleben
2 wir die Auswirkungen der Klimakrise sehr intensiv. Die Sommer in der Stadt werden immer heißer, die
3 Lebensqualität und Gesundheit von Menschen sind bedroht und das Artensterben wächst rasant an.

4 Die schwarz-rote Koalition in Berlin hat das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und
5 Transformation“ ins Leben gerufen, um der Klimakrise entgegenarbeiten zu können. Auch als
6 Argument für eine Koalition mit der CDU wurde dieses Sondervermögen genannt. Umso
7 enttäuschender ist es, dass statt echtem Klimaschutz von den Mitteln zu finanzieren nun Pläne aus
8 der CDU zu hören sind, viel Geld aus diesem Sondervermögen für eine Magnetschwebebahn ausgeben
9 zu wollen. Studien zufolge würde dieses Projekt zwischen 100 und 180 Millionen Euro kosten.
10 Magnetschwebebahnen sind nicht klimafreundlicher als andere Schienensysteme wie S- oder U-Bahn.
11 Die Planung und der Bau würden Jahre brauchen, weshalb im Vergleich zum Ausbau bestehender
12 Infrastrukturen nicht von einem Projekt für den akuten Klimaschutz gesprochen werden kann.

13 Kritik an der Finanzierung des Projektes über das Sondervermögen gibt es vom Berliner
14 Landesrechnungshof. Das Sondervermögen ist für akuten Klimaschutz gedacht, nicht für langjährige
15 Gedankenexperimente der CDU.

16 Diese absurde Idee passt zur Berliner CDU: Sie priorisiert Luxus in der Stadtmitte über den so dringend
17 benötigten Klimaschutz und die Verkehrswende in der ganzen Stadt. Wir sind gegen die Einführung
18 einer Schwebebahn in Berlin und für eine konsequente Verkehrswende, die den Ausbau von U-Bahn,
19 S-Bahn und Tram priorisiert.

20 Der öffentliche Nahverkehr in Berlin ist noch nicht annähernd ausreichend ausgebaut - große
21 Quartiere wie das Märkische Viertel warten seit Jahren auf einen U-Bahnanschluss.

22 An vielen Stellen in Außen- sowie Innenbezirken, an denen starke Verkehrsströme des
23 Individualverkehrs beruhigt werden müssen, fehlen aktuell die Alternativen im ÖPNV. Statt Geld für
24 eine Magnetschwebebahn zu verwenden, bedarf es einer ausreichenden Finanzierung der BVG und
25 attraktiven Arbeitsbedingungen dort. Das Geld aus dem Sondervermögen muss für aktiven
26 Klimaschutz ausgegeben werden.

27 Daher fordern wir:

- 28 • einen Stopp der Planung der Magnetschwebebahn
- 29 • eine Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen, die sich streng an Kriterien des
30 Klimaschutzes hält
- 31 • eine schnelle Verkehrswende in der ganzen Stadt, die den Fokus auf den Ausbau bestehender
32 Infrastrukturen, wie Tram, U-Bahn, S-Bahn und Bus-Linien setzt.

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

M5_1/24 Nur Sharing is Caring

1 CarSharing ist in den letzten Jahren als Bestandteil des modernen Mobilitätssystem Berlins, aber auch
2 anderer Großstädte in seiner Bedeutung stark gestiegen. In Berlin lässt es sich problemlos auf ein
3 eigenes Auto verzichten. Für Menschen, die trotzdem ab und zu ein Auto nutzen möchten, ist
4 Carsharing eine gute Alternative zu den eigenen vier Rädern.

5 Aktuell gibt es deutschlandweit ca. 34.000 Carsharing-Fahrzeuge sowie ca. 4,5 Mio. Fahrberechtigte.
6 Die Zahlen sind in den letzten 10 Jahre um ein Vielfaches gestiegen.

7 Rund 7700 Carsharing-Autos sind in Berlin unterwegs. Das geht aus einer Antwort der
8 Senatsverkehrsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt auf eine FDP-Anfrage
9 hervor. Die Zahlen geben den Stand von Juni 2021 wieder. Die genaue Anzahl der Autos wollte der
10 Senat wegen Vereinbarungen mit den Firmen nicht nennen.

11 Gleichzeitig stieg die Zahl der zugelassenen Pkw (Personenkraftwagen) in Berlin auf 1.233.625 (Stand
12 3. März 2022). Das antwortete die Senatsverwaltung auf eine Anfrage der Linken. 2017 waren es noch
13 rund 1.192.000 Pkw.

14 Vorteile von Carsharing in Berlin

- 15 • Flexibilität: Carsharing-Fahrzeuge können rund um die Uhr an jedem Ort innerhalb des
16 Geschäftsgebiets genutzt werden.
- 17 • Kostenersparnis: Carsharing ist in vielen Fällen günstiger als die Anschaffung und Nutzung
18 eines eigenen Autos.
- 19 • Umweltschutz: Carsharing trägt dazu bei, den Verkehr zu reduzieren und die Umwelt zu
20 schonen.

21 All dies zeigt, wie groß das Potenzial des Carsharings ist, die Entwicklung der Mobilität der Zukunft
22 weg vom motorisierten Individualverkehr zu führen. In Berlin haben wir aktuell verschiedene Anbieter,
23 welche zu unterschiedlichen Konditionen CarSharing anbieten.

24 Aktuell sehen wir insbesondere im sogenannten Free-floating CarSharing (z.B. Miles oder Share Now)
25 für Berlin das größte Potenzial, um private Pkw überflüssig zu machen.

26 Allerdings muss auch konstatiert werden, dass Fahrten, insbesondere für geringe Einkommen,
27 teilweise noch zu teuer sind. Zudem sind vor allem die Randgebiete noch in einem solchen Maße vom
28 CarSharing-Angebot ausgeschlossen, als dass ein Umstieg hier nicht vollumfänglich möglich ist.

29 Als guter Ansatz kann die Jelbi App von der BVG angesehen werden. Hier können Berlins Öffentliche
30 Verkehrsmittel und Sharing-Angebote in nur einer App und mit nur einem Account genutzt werden.
31 Dies reicht aber bei weitem nicht aus.

32 Aus diesem Grund fordern wir:

- 33 • Ein öffentliches CarSharing-Modell. Hierfür soll schnellstmöglich, jedoch allerspätestens bis
34 **2030** ein landeseigenes Unternehmen gegründet werden, um das Angebot aufzubauen und
35 langfristig sicherzustellen.

- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- Es muss allgemeinwohlorientiert und somit ausschließlich kostendeckend arbeiten, sodass alle Menschen die Möglichkeit der flexiblen Mobilität, auch mit einem Auto erhalten. Hierfür kommt zum Beispiel ein Abo-Modell in Frage, als Ergänzung zum BVG-Monatsticket
 - Das gesamte Berliner Stadtgebiet soll als sogenanntes Geschäftsgebiet ausgewiesen werden, sodass die Fahrzeuge überall in der Stadt abgestellt werden können. Zum späteren Zeitpunkt soll auch das Berliner Umland mit eingeschlossen werden.
 - Die Fahrzeuge sollen von Beginn an ausschließlich batterieelektrisch betrieben werden, um den größtmöglichen positiven Effekt auf die Umwelt zu erzeugen.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

M6_1/24 Die Stadt denen, die dort wohnen: ein Stadterneuerungs- und Umwandlungsprogramm für geschlossene Kaufhäuser entwickeln

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden
2 aufgefordert schnellstmöglich ein Förderprogramm zu entwickeln, das es Kommunen ermöglicht
3 ehemalige innerstädtische Kaufhausimmobilien und -grundstücke, für die keine weitere Nutzung als
4 Einzelhandelsstandort vorgesehen ist, zu übernehmen und für weitere, gemeinwohlorientierte
5 Zwecke umzuwandeln. Folgende Förderkriterien sollen bei einer solchen Umwandlung gelten:

- 6 • Die Immobilie geht in den Besitz der Kommune über, langfristige Nutzungen werden, wenn
7 nötig, über Erbpacht-, bzw. Erbbauverträge geregelt. Kaufpreise müssen marktüblich sein und
8 spekulative Projekte zugunsten der Voreigentümer*innen sind ausgeschlossen.
- 9 • Das neue Konzept sieht eine gemeinwohlorientierte Mischnutzung vor, z.B. aus sozialem
10 Wohnraum, Einzelhandel und Kleingewerbe, Kunst-, Kultur-, Sport-, oder Bildungsangeboten,
11 Gastronomie, Ökologieprojekten, und offene Treffpunkte für zivilgesellschaftliche
12 Organisationen.
- 13 • Die Mischnutzung soll generationenübergreifend, barrierefrei und ohne Konsumzwang
14 gestaltet werden und vorhandene Angebote ergänzen und nicht lediglich ersetzen.
- 15 • Sanierungen werden nach den höchsten gesetzlichen ökologischen und sozialen Standards
16 durchgeführt. Der Erhalt des Stadtbildes und die Integration in die umliegende Infrastruktur
17 sollen sichergestellt werden. Neubauten sollen nur im Ausnahmefall und nach denselben
18 Standards durchgeführt werden. Versiegelte Flächen sollen, so weit, wie möglich, entsiegelt
19 werden.
- 20 • Eine Anbindung an den ÖPNV muss sichergestellt sein und es müssen ausreichend
21 Stellflächen für den nicht-motorisierten Individualverkehr angeboten werden. Hierfür
22 können bspw. Parkhäuser umgebaut und umgewidmet werden.
- 23 • Ehemalige Beschäftigte der Kaufhäuser soll eine Weiterbeschäftigung in den Trägern der
24 neuen Angebote durch Aus- und Weiterbildung zu mindestens gleichwertigen, tariflich
25 gebundenen, Bedingungen ermöglicht werden. Ebenfalls soll eine aktive
26 Ehrenamtsförderung betrieben werden.

27 Gesetze und Verordnungen, die ein solches Förderprogramm und entsprechende Projekte behindern
28 könnten, werden angepasst. Ein Austausch mit den Verantwortlichen auf Landes- und kommunaler
29 Ebene für ein koordiniertes Vorgehen wird sichergestellt.

Begründung:

31 Die flächendeckende Schließung von Kaufhäusern, aktuell z.B. derer von Kaufhof und Karstadt, ist
32 ein Schock für viele Kommunen, ihre Einwohner*innen und Beschäftigte. Wichtige Magneten für die
33 Zentren fallen weg und Schließungen und Leerstand greifen auf ganze Innenstädte über. Nicht

34 überall gelingt ein zeitgemäßer Umbau des stationären Einzelhandels mit dem Ziel der Erhaltung,
35 insbesondere bei großen Kaufhäusern. Hiervon sind insbesondere die Innenstädte in
36 strukturschwachen Regionen betroffen. Für die Sozialdemokratie als die politische Kraft in den
37 Städten und Kommunen ist es eine vordringliche Aufgabe, diesen Entwicklungen energisch und zügig
38 entgegenzutreten.

39 Für viele Innenstädte bietet die Schließung der Kaufhäuser allerdings auch die Chance, ihre
40 Einzelhandelsstruktur und die Gestaltung ihrer Innenstädte neuzudenken und anzupassen. Probleme
41 wie Wohnraummangel, Vernachlässigung durch Investor*innen, Erosion sozialer Infrastruktur,
42 Mangel an Freiräumen für Alle und den Folgen der eskalierenden Klimakrise entgegenzuwirken. Ein
43 gutes Beispiel ist hierfür die Stadt Offenbach, die bereits ein solches Projekt angestoßen hat.

44 Die Sicherstellung von Lebensqualität und sozialen Zusammenhalts ist eine flächendeckende
45 Aufgabe, vor allem für die Sozialdemokratie. Damit also auch in Zeiten der Krise kommunaler
46 Haushalte und anhaltender Strukturschwäche in vielen Regionen diese Aufgabe gemeistert werden
47 kann und Kommunen ermächtigt werden, all dies ohne profitorientierte Investor*innen und
48 Immobilienkonzerne umzusetzen, braucht es nachhaltige und verlässliche Förderung durch den
49 Bund mit klaren Kriterien. So werden nicht nur das Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse
50 eingehalten, sondern auch risikoreiche Prestigeprojekte eingedämmt. Denn Städte sind für alle da
51 und sollten auch von allen in eine gute Zukunft geführt werden.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

M7_1/24 Zweckentfremdung von Grund und Boden und Wohnraum beenden

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und in den Bezirksämtern werden dazu aufgefordert,
2 zur Behebung des akuten Wohnungsnotstandes in Berlin

- 3 • § 176 BauGB (Baugebot) und § 177 BauGB (Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot)
4 vollumfänglich in Berlin zum Einsatz zu bringen
- 5 • die Zweckentfremdungsverordnung, insbesondere für Ferienwohnungen. Konsequenter zur
6 Anwendung zu bringen

Begründung:

7 Die genannten Paragraphen können zur Anwendung kommen, da in ganz Berlin langfristig eine akute
8 Wohnungsnotlage besteht. Daher sollten alle bisher vorhandenen Rechtsvorschriften im vollen
9 Umfang genutzt werden, um dem Problem von ungenutztem Raum entgegenzuwirken, der dem
10 Wohnungsmarkt durch Stillstand entzogen wird. Die Eigentümer von möglicher Wohnungsfläche in
11 Berlin müssen stärker in die Pflicht genommen werden, ihren Beitrag zur Bekämpfung von
12 Wohnungsnot zu leisten und dem Land Berlin erhebliche Kosten durch Ankauf bzw.
13 Vergesellschaftung zu ersparen. Weiterhin ist damit den Zielen des Umwelt- und Klimaschutzes
14 gedient, wenn auf bereits ausgewiesenen Grundstücken und bereits bestehender Bausubstanz
15 Wohnraum verfügbar gemacht wird.
16

17 Es besteht die Vermutung, dass eine erhebliche Anzahl an Wohneinheiten für die Vermietung als
18 Ferienwohnung zweckentfremdet werden und dadurch der Wohnungsnotstand unnötig vergrößert
19 wird. Dieses unsoziale Verhalten der Wohnungseigentümer*innen verstärkt den Wohnungsnotstand
20 besonders in der Berliner Innenstadt erheblich und unterstützt die Gentrifizierung. Die SPD Berlin
21 muss sich dafür einsetzen, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum Vorrang vor dem
22 Massentourismus und der Bereicherung Einzelner bekommt.

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

Antragssteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

O1_1/24 X-it now: Raus aus Twitter

- 1 Nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk und die Umbenennung in X hat sich die Plattform
- 2 grundlegend geändert. Neben der Verschwörungsideologischen Einstellung seines neuen Besitzers ist
- 3 die Plattform unter Musk ständigen Sparzwängen unterworfen. So wurde die Hälfte des
- 4 Moderationsteams von Twitter noch vor der Umbenennung eingespart. Unter dem Deckmantel der
- 5 Meinungsfreiheit lässt Musk Hass und Hetze sowie strafrechtlich relevantes Material wie
- 6 Holocaustleugnung und Menschenfeindlichkeit auf seiner Plattform freien Lauf.

- 7 Mit der Übernahme von Twitter im Oktober 2022 beabsichtigte Musk, sich als Kämpfer für die
- 8 Meinungsfreiheit und gegen einen vermeintlichen „Woke-Virus“ zu inszenieren. Während
- 9 journalistische Medien, die kritisch über ihn und sein Unternehmen berichten, zeitweise gesperrt oder
- 10 mit dem Label „von der Regierung finanziertes Medium“ versehen wurden (z.B. BBC), ließ Musk rechte
- 11 Trollaccounts und Accounts von Verschwörungsideologen wieder entsperren.

- 12 Im Juli 2023 setzte Musk um, dass handverlesene Accounts an den Werbeeinnahmen beteiligt werden.
- 13 Davon profitierten vor allem prominente Rechtsextreme, wie beispielsweise der Rassist und
- 14 Frauenfeind Andrew Tate.

- 15 Nachdem das Verbot politischer Anzeigen auf X aufgehoben wurde, war dort ein massiver Anstieg
- 16 staatlicher Desinformation aus Russland, China und dem Iran zu beobachten. Auf Verlangen der
- 17 türkischen Regierung hat X kurz vor den türkischen Präsidentschaftswahlen nachweislich Konten und
- 18 Beiträge der türkischen Opposition gesperrt.

- 19 Nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel stieg die Anzahl antisemitische Beiträge und sowie
- 20 Falschmeldungen über Israel. Der EU-Kommissar Thierry Breton hat Musk daraufhin in einem offenen
- 21 Brief an seine Verpflichtung erinnert, Falschmeldungen und illegale Inhalte zu bekämpfen. Stattdessen
- 22 empfahl Musk über seinen eigenen Account Beiträge und Accounts, die Falschmeldung und
- 23 Desinformation über den Krieg verbreiteten.

- 24 Ende September mischte sich Elon Musk in die Landtagswahlkämpfe in Bayern und Hessen ein, indem
- 25 er einen Beitrag teilte, in welchem eine NGO zur Seenotrettung verunglimpft wurde und die Hoffnung
- 26 geäußert wurde, die AfD würde die nächsten Wahlen gewinnen.

- 27 Während Elon Musk selbst rassistische und antisemitische Beiträge verfasst und die
- 28 Verschwörungslüge des globalen Bevölkerungsaustauschs teilt, nutzt er die Plattform auch dafür, für
- 29 die queerfeindlichen Positionen des US-Republikaners Ron DeSantis zu werben.

- 30 So schafft Musk mit X den Nährboden für politische Desinformation und Diskriminierung. Von
- 31 Diskriminierung betroffene Personen fühlen sich auf X immer weniger geschützt und verlassen die

32 Plattform, was zu einer verminderten Sichtbarkeit von Minderheiten in der öffentlichen
33 Wahrnehmung führt.

34 Trotz all dieser Entwicklungen besteht die Plattform weiterhin, eben weil sich dort bereits eine
35 kritische Masse versammelt hat. Viele Accounts sind auf die Reichweite von X angewiesen, und so
36 lohnt es sich auch für kleine Accounts kaum, die Plattform zu verlassen.

37 Es ist nicht akzeptabel, dass die SPD mit ihren offiziellen Kanälen weiterhin ein Teil der
38 diskriminierenden Entwicklungen auf X bleibt, und so durch ihre Reichweite die Werbeeinnahmen der
39 Plattform weiter erhöht. Eine Stilllegung der Accounts ist daher die logische Konsequenz.

40 Die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken, der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert und auch die SPD-
41 Bundespartei haben ihre X-Accounts bereits aufgegeben und bespielen andere Plattformen. Sie
42 schließen sich damit einer Reihe von Politiker*innen wie der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo,
43 Presseorganisation wie DLF sowie Unternehmen wie Coca Cola, IBM und Universal an. Das
44 Recherchezentrum Correctiv begründet ihren Ausstieg aus X im November 2023 mit den Worten
45 „Einst war Twitter informativ, gar lustig, später in Protestbewegungen sogar lebenswichtig, um
46 Botschaften an die Öffentlichkeit zu senden. Inzwischen breiten sich Hass und Desinformation
47 unkontrolliert aus, auch weil Elon Musk dies bewusst zulässt und sogar befeuert. Ein konstruktiver
48 Diskurs ist auf der Plattform nicht mehr möglich.“

49 Angesichts der Probleme, die eine derartig bedeutende öffentliche Plattform in privater Hand
50 aufgezeigt hat, ist neben der Stilllegung der Accounts weiterhin zu prüfen, ob eine Umfokussierung
51 auf die nächste private Plattform tatsächlich eine langfristige Lösung sein kann, oder ob eine von
52 politischen und kommerziellen Interessen unabhängige Plattform bevorzugt werden sollte. Der
53 Aufbau einer EU-weiten Plattform in öffentlicher Hand, vergleichbar mit dem öffentlich-rechtlichen
54 Rundfunk, sollte das langfristige Ziel bleiben.

55 **Wir fordern daher**

- 56 ● die Stilllegung aller offiziellen SPD-Accounts auf X (ehemals Twitter). Die Accounts sollen nicht
57 gelöscht werden, um einer anderweitigen Verwendung der Accounts vorzubeugen, sondern
58 nach einer entsprechenden Ankündigung und einer aussagekräftigen Änderung des Profilbilds
59 nicht mehr bespielt werden. Es kann regelmäßig überprüft werden, ob sich die Plattform im
60 Sinne eines freiheitlich-demokratischen Diskurses und eines im Wesentlichen sicheren
61 digitalen Raumes entwickelt, was eine Reaktivierung der Accounts ermöglicht.
- 62 ● die Prüfung der erhöhten Interaktion auf Social-Media-Plattformen, die nicht-profitorientiert
63 arbeiten

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O2_1/24 All-Gender Toiletten im Verband

1 Für die meisten Menschen ist es völlig selbstverständlich. In Einrichtungen und Gebäuden finden sie
2 Toiletten, auf die sie gehen können – auch auf Parteiveranstaltungen. Anders jedoch sieht es für TIN*
3 (Trans-, Inter-, Nicht-binäre*-) Personen aus. Diese Personen identifizieren sich häufig gerade
4 außerhalb der Kategorien „Mann“ und „Frau“. Weder „Männer“- noch „Frauen“-toiletten
5 entsprechen also ihrer geschlechtlichen Identität, sodass der Toilettengang nur auf einer „falschen“
6 Toilette möglich ist. Dies setzt TIN*-Personen unter Druck, sich nichtsdestotrotz in das binäre
7 Geschlechtssystem einzuordnen, kann re-traumatisierend wirken und diskriminiert diese
8 Personengruppe bei einer der intimsten „Geschäfte“ eines Menschen. Als Partei, die sich für Diversität
9 – und insbesondere für die Rechte von TIN*-Personen – einsetzt, müssen wir auch unsere Strukturen,
10 Veranstaltungen und Gebäude dementsprechend umgestalten. Dafür sind All-Gender-Toiletten
11 wichtig. Hierdurch können allen Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität die
12 Toilette benutzen, ohne sich als „männlich“ oder „weiblich“ identifizieren zu müssen. Gleichzeitig
13 dürfen jedoch wichtige Schutz- und Rückzugsräume für FINTA (Frauen, Inter-, Nicht-binäre, Trans, A-
14 gender) nicht wegfallen.

15 Wir fordern daher:

- 16 • In Parteigebäuden statt „Männer“- und „Frauen“-Toiletten „FINTA“- und „All-Gender“-
17 Toiletten anzubieten
- 18 • Durch Schilder an der Tür darüber zu informieren, ob auf der jeweiligen Toilette Pissoirs
19 und/oder Kabinen vorhanden sind.
- 20 • Auf Parteiveranstaltungen außerhalb von Parteigebäuden auf das Vorhandensein von
21 „FINTA“-/„All-Gender“-Toiletten zu achten
- 22 • bei Nichtvorliegen von „FINTA“-/„All-Gender“-Toiletten in der Einladungsmail der betroffenen
23 Veranstaltung darauf hinzuweisen
- 24 • Zu prüfen, ob bauliche Veränderungen möglich sind, durch die Pissoirs räumlich von den
25 Kabinen getrennt werden können, sodass sie nicht mehr einsehbar sind, und dies ggfs.
26 durchführen.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf, Neukölln, Treptow-Köpenick und Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O3_1/24 Neugründung des Arbeitskreises Ausbildung

1 Der aktuelle Ausbildungsreport 2023 der DGB-Jugend zeichnet leider weiterhin ein prekäres Bild der
2 Zufriedenheit von 10.000 befragten Auszubildenden der 25 am häufigsten gewählten
3 Ausbildungsberufe. Nur gut die Hälfte der Auszubildenden finden die Qualität ihres
4 Berufsschulunterrichts gut oder sehr gut. Ein Rückgang um 5,3 Prozent zum Vorjahr. Die
5 Ausbildungszufriedenheit (sehr gut, gut) ist ebenfalls in einem Jahr um 2,8 Prozent auf 70,5 Prozent
6 gefallen und immer noch muss rund jede*r dritte Auszubildende*r regelmäßig Überstunden machen.
7 Und das sind nur die Zahlen. Was dies für so viele junge Menschen in ihrem Ausbildungsalltag wirklich
8 bedeutet, bilden diese Zahlen nicht ab.

9 Trotz dieser seit Jahren bestehenden Situation stellen wir politisch noch immer nicht die nötigen
10 Weichen, um tiefgreifend Ausbildungsbedingungen und -qualität zu verbessern.

11 Ausbildung ist ein immens diverses Feld, in dem mehrere Ausbildungsformen in vielen verschiedenen
12 Berufsfeldern in verschiedenen Betriebsgrößen und Berufsschulen existieren. Eine große
13 Herausforderung, für die Auszubildende noch immer nicht die nötigen Plattformen und
14 Mitgestaltungsräume haben.

15 Wir als Jusos Berlin wollen diese Herausforderung angehen und unseren Beitrag leisten, jungen
16 Menschen in unserer Partei diesen Raum zu bieten. Hierzu wollen wir den Arbeitskreis Ausbildung neu
17 gründen.

18 Ziele und Aufgaben:

19 Für die Jusos Berlin soll der Arbeitskreis folgende Aufgaben erfüllen:

20 • Vernetzung:

- 21 ○ Auszubildende innerhalb der Jusos Berlin eine Plattform zum Austausch bereitstellen
22 und sie damit auch innerhalb unserer Parteistrukturen empowern
- 23 ○ Vernetzung mit Bündnispartner*innen wie Gewerkschaftsjugendlichen und anderen
24 externen Akteur*innen

25 • Politische Willensbildung:

- 26 ○ Auszubildende über eigene Rechte und Möglichkeiten im Bereich Ausbildung
27 informieren sowie ihre Erfahrungen aufnehmen
- 28 ○ Interessierte Jusos über ausbildungsbezogene Themen informieren
- 29 ○ Politische Forderungen bilden und in unsere Antragsstrukturen einbringen

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

O4_1/24 Mehr Awareness schaffen: gut ausgebildete A-Teams auf allen Verbandsebenen

1 Als Jusos setzen wir uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung ein. Diskriminierende
2 Strukturen und diskriminierendes Verhalten der Gesamtgesellschaft machen auch nicht vor unserem
3 Verband halt.

4 Die Bekämpfung diskriminierenden Verhaltens jedweder Art ist, unabhängig von der Arbeit des
5 Awarenessteams, Aufgabe aller Genoss*innen bei allen Zusammenkünften der Jusos (auf Bundes-,
6 Landes- und Kreisebene).

7 Wir müssen anerkennen, dass die verbandseigenen Awarenessstrukturen nicht ausreichen, um bei
8 allen Veranstaltungen der Jusos auf Bundes-, Landes- oder Kreisebene ein gut ausgebildetes,
9 ehrenamtliches A-Team stellen zu können.

10 Der bereits im LDK-Beschluss (O1_2/22 Mehr Awareness schaffen: Antisexismuskommission
11 reformieren) festgehaltene Ansatz zur Reformierung und Etablierung von Awarenessstrukturen auf
12 Landesebene bietet einen guten Ausgangspunkt für die Erweiterung von Awarenessstrukturen
13 innerhalb der Jusos, reicht, aber nicht aus, um die Erhaltung von safe spaces (dt. sicheren Orten,
14 gemeint sind Orte, an denen sich insbesondere marginalisierte Gruppen sicher fühlen und äußern
15 können, ohne Diskriminierungen zu erfahren oder Nachteile befürchten zu müssen) auf
16 Veranstaltungen stets umfassend sicherstellen zu können.

17 Hierfür sollte, sofern ausreichend Kapazitäten dafür da sind, jeder Kreisverband der Jusos Berlin
18 mindestens eine Person stellen, welche professionell für Awarenessarbeit seitens des Bundes-
19 /Landesverbands ausgebildet wird. Hierbei wird sichergestellt, dass interessierte Personen im Vorfeld
20 über die Bedeutung einer solchen Position von ihren Kreissprecher*innenräten, Vorsitzenden oder
21 anderen mit dem Konzept von Awareness-Teams vertrauten Personen informiert werden und sich
22 sodann freiwillig für diese Ausbildung entscheiden.

23 Desweiteren werden bei jedweden Veranstaltungen (Verbandswochenenden, Konferenzen und anderen
24 Veranstaltungsformaten) der Jusos min. 2 ausgebildete Personen des landeseigenen Awarenessteams
25 anwesend sein. Sollte dies zeitlich nicht möglich sein, muss vorher ein persönliches oder digitales
26 Meeting mit mind. 2 Personen des landeseigenen Awareness-Teams zur Vorbereitung stattfinden.

27 Für größere Veranstaltungen der Jusos werden im Vorfeld weitere Mitglieder für das Awareness-Team
28 benannt und diese entsprechend zuvor mit den notwendigen Informationen versorgt, um
29 sicherzustellen, dass sie für Veranstaltungen gut vorbereitet sind. Insbesondere sollen diese
30 Maßnahmen dazu beitragen, ein sicheres und inklusives Umfeld auf Bundes-, Landes- und Kreisebene
31 bei Veranstaltungen, Verbands- und Konferenzwochenenden zu gewährleisten.

32 Die Bildung und durchgehende Anwesenheit eines Awareness-Teams auf allen Ebenen der Jusos bei
33 jedwedem Event muss sichergestellt werden. Dieses Team aus ausgebildeten Personen soll eine
34 größtmögliche Repräsentanz von Kreisverbänden und Personengruppen, die von diskriminierendem

35 Verhalten betroffen und bei der Veranstaltung vertreten sind, sicherstellen. Mitglieder des
36 Awareness-Teams dürfen keine anderen Ämter in geschäftsführenden Vorständen auf Kreis-, Landes-
37 oder Bundesebene ausüben, und sie müssen mindestens eine Awareness Schulung besucht sowie
38 nach Möglichkeit regelmäßig weitergebildet werden, um angemessen auf alle Situationen reagieren
39 zu können.

40 Durch die Umsetzung dieser Maßnahme streben wir an, ein diverses und inklusives Awareness-Team
41 auf allen Ebenen unserer Organisation zu etablieren, das effektiv gegen jegliche Form von
42 Diskriminierung vorgehen kann.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O5_1/24 Keine politische Arbeit in unserer Partei ohne die Partizipation Aller: eine Reformkommission für die Geschlechterquote mit dem Schwerpunkt FLINTA*-Personen einrichten

1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert eine Kommission einzusetzen, die bis zum
2 Landesparteitag I/2025 einen Vorschlag zur Reform der Geschlechterquote vorzulegen hat, der alle
3 FLINTA*-Personen adäquat und gerecht berücksichtigt und nicht zulasten anderer strukturell
4 unterrepräsentierter Gruppen stattfindet. Die Kommission soll sich aus Mitgliedern auf Vorschlag der
5 Landesvorstände der SPDqueer Berlin, SPD FRAUEN Berlin, der Jusos Berlin, Mitgliedern der
6 Satzungskommission der SPD Berlin und weiteren, interessierten Genoss*innen zusammensetzen.

7 Im Anschluss an den Beschluss der Berliner SPD wird der Landesvorstand aufgefordert, mit den
8 Bundesvorständen der SPDqueer. der SPD FRAUEN, der Jusos und den mit Satzungsfragen betrauten
9 Mitgliedern des Parteivorstandes einen entsprechenden satzungsändernden Antrag zum nächsten
10 Bundesparteitag der SPD zu erarbeiten und einzubringen.

Begründung:

12 Gender ist keine binäre Identitätskategorie und es ist schon längst möglich, sich mit dem
13 Geschlechtseintrag „divers“ in der Mitgliederdatenbank der SPD führen zu lassen. Dies ist bereits ein
14 großer Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe von nicht-binären Genoss*innen. Gleichzeitig werden
15 Menschen, die nicht männlich oder weiblich sind, noch nicht in der parteiinternen Geschlechterquote
16 berücksichtigt. Diese ist noch immer binär gefasst. Gleiches gilt bei den Regularien zur
17 Listenaufstellung allgemeiner Wahlen. Hier gibt es dringenden Reformbedarf, um die
18 uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe aller Genoss*innen zu realisieren. Eine solche
19 Quotenreform soll ausdrücklich im vollen Bewusstsein und Anerkennung der Leistungen der Frauen
20 in der SPD im Kampf um ihre Gleichberechtigung in der Partei durchgeführt werden. Deshalb ist ein
21 breiter und intensiver Prozess nötig, welcher nur durch eine dezidiert mit diesem Ziel eingerichtete
22 Kommission durchzuführen ist.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O6_1/24 Gründung einer Projektgruppe „Jungsozialistische Sicherheitspolitik“

1 Am 24. Februar 2022 begann Russland einen Überfall auf seinen Nachbarstaat, die Ukraine, mit dem
2 Ziel das gesamte Land zu unterjochen. Bereits 8 Jahre zuvor besetzen russische Spezialeinheiten die
3 Halbinsel Krim und unterstützten angebliche „Seperatist*innen“ in der Ostukraine. Die angeblichen
4 „Kriegsgründe“ der russischen Seite klingen wie aus dem 18. oder 19. Jahrhundert. Den
5 Ukrainer*innen wird eine eigene Kultur abgesprochen und der Anspruch auf ihr Land damit
6 begründet, dass es einmal zum Russischen Reich gehörte. Was die Ukrainer*innen selbst von diesem
7 historischen Konstrukt halten, zeigen sie, indem sie sich nun seit über 2 Jahren der russischen
8 Aggression erwehren.

9 Diese russische Aggression eine neue sicherheitspolitische Qualität: Eine nuklear-bewaffnete
10 Großmacht beginnt einen Angriffskrieg mit dem Ziel, sich einen Nachbarstaat einzuverleiben. Zudem
11 droht sie allen anderen Staaten, die den Angegriffenen zur Hilfe eilen wollen. Immer wieder machen
12 Vertreter*innen des russischen Regimes zudem unverhohlenen Andeutungen, dass sie auch andere
13 ehemalige Sowjetrepubliken militärisch angreifen könnten.

14 Viele davon sind heute militärischen Verbündeten, die ständig russischen Drohungen und
15 Provokationen ausgesetzt sind. Dieser veränderten Sicherheitslage müssen wir Rechnung tragen. Die
16 letzten Monate haben auch gezeigt, dass die militärische Unterstützung der Ukraine aus Europa
17 zurückgeht, da etwa die Produktion von Gerät und Munition zu langsam passiert. Weitere
18 Unterstützung aus den USA hängt im Kongress fest und auch unabhängig davon, wer die
19 Präsidentschaftswahlen 2024 gewinnt, zeichnet sich ab, dass sich das militärische Engagement der
20 USA in Europa in Zukunft eher reduzieren wird. Daraus folgt, dass Europa sich in Zukunft verstärkt
21 selbst um seine Sicherheit wird kümmern müssen. Angesichts eines expansionistischen Russlands ist
22 dies so unvermeidbar wie herausfordernd.

23 Allerdings stellen wir fest, dass, es noch keine klare Linie in der europäischen Politik gibt, wie mit dieser
24 neuen Situation umzugehen ist. In der deutschen Debatte dominieren Detail-Diskussionen über
25 einzelne Waffensysteme und Phantomlösungen wie die Wiedereinführung der Wehrpflicht.
26 Selbstkritisch müssen wir aber auch feststellen, dass auch wir Jusos nach 2 Jahren, weder auf Landes-
27 noch auf Bundesebene, beantwortet haben was eigentlich jungsozialistische Sicherheitspolitik ist.

28 Als ersten Schritt, um diese Frage zu beantworten, berufen wir eine Projektgruppe „Jungsozialistische
29 Sicherheitspolitik“ ein. Diese soll der Vernetzung sicherheitspolitisch interessierter Genoss*innen
30 dienen und das Wissen zum Thema aus dem Verband versammeln. Des Weiteren soll u.a. folgenden
31 Fragen in der Projektgruppe nachgegangen werden:

- 32 • Bedarf die NATO einer stärkeren Abschreckung gegenüber Russland und (falls ja), wie kann
33 diese aussehen
- 34 • Was können Wege und Hindernisse auf dem Weg zu einer Europäischen Armee sein

35 • Welche Rolle sollte Deutschland vor dem Hintergrund seiner Lage, Wirtschaftskraft und
36 Geschichte in einer europäischen Sicherheitsarchitektur spielen

37 Die Projektgruppe soll der LDK 1/25 einen Bericht als Diskussionsvorlage vorlegen, mit dem Ziel, dass
38 die LDK eine Beschlusslage zum Thema Sicherheitspolitik beschließen und an den Bundeskongress
39 weiterleiten kann. Die Einrichtung eines formalen Arbeitskreises „Sicherheitspolitik“ im Anschluss
40 bleibt möglich.